

Erstreckt täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Vertheilung-Vereinigung für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Verlags- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserat für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verlagsort: Amt 1. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 12. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Lehrerbefoldungs-Gesetz.

Nach zweitägiger Verathung vor dem Plenum des preussischen Abgeordnetenhauses ist am vergangenen Freitag das Lehrerbefoldungs-Gesetz an eine Kommission verwiesen worden. Langweilig ist die allgemeine Signatur des Abgeordnetenhauses und langweilig waren auch die Verathungen über das Lehrerdotations-Gesetz. Hier sind die patentirten Vertreter von „Wessy und Bildung“, will sagen: des Geldsacks unter sich und kein unbotmäßiger sozialdemokratischer Vecht führt die beschauliche, idyllische Ruhe des Karpententisches. Jede und trocken schleppt sich das Wasserchen der Diskussion dahin und nur ganz besondere Vorlesungen vermögen seine Oberfläche ein wenig zu kräuseln und die bleierne Schläfrigkeit der dort paradiesischen Volksvertreter zu beleben. So gelang dies am zweiten Tage der Verathung dem greisen Führer des Zentrums, dem Freiherrn von Deereamp, als er mit edlem Stolze die alte, abgetriebene Kulturkampfmähre aus dem Stalle holte und sich auf derselben zum Entsetzen des Kultusministers lustig herumtummelte: „Ein Schulgesetz wollen wir, und zwar so reaktionär und orthodox, wie es geht.“ Darob ergrimmt die nationalliberalen Pfaffenbrüder über Gewissens- und Glaubensfreiheit und unter ihrem anspornenden Weisfall schwang sich der nationalliberale Kampfbahn Dr. Friedberg in den Sattel sein es noch lendenlahmeren Streitrosses — um mit wenig Witz und viel Behagen mit seinen rosigigen Waffen gegen das Zentrum in der Last herumzusuchseln.

Es ist eine unerbittliche Ironie, an zwei langen Sitzungstagen Leute über eine Sache reden zu hören, von deren Verständnis sie innerlich nie auferlich so weit als möglich entfernt sind. Von allen Rednern konnte nur ein ziemlich unbedeutender Zentrumsmann von sich sagen, als Rector Bachmann zu sein, alle übrigen standen in ihrer Eigenschaft als Großindustrielle, Stadträte, Landwirthe, Junker u. s. w. dem Volksschul-Lehrerstand mit einem durch keinerlei Sachkenntnis getrüben Verständnis gegenüber. Weder vermögen sie die komplizirte und durch materielle Noth nicht eingengt sein sollende Kunst des Erzählens vollkommen zu begreifen — man denke nur an den Freiherrn von Deereamp, der die Schulen, sobald sie nicht in jeder Hinsicht unter dem Einflusse der Religion stehen, „Abrihtungsanstalten“ zu nennen sich erlaubte — noch vermögen sie, die sich nach Miquel'schem Ausdruck freien sollten, „hohe Steuern bezahlen zu können“, die Noth, das Elend eines ausgehungerten Proletarierschulmeisters nachzufühlen. Der Eindruck, den die ganzen Verhandlungen hinterlassen haben, einschließlich der sehr wackeligen Haltung der Linken, läßt die Vermuthung gerechtfertigt erscheinen, daß der Gesetzentwurf aus der Kommission höchstens in einer noch traurigeren Verfassung herauskommen wird, als er hineingekommen ist.

Daß es in einem so vollkommenen Militärstaate wie Preußen ein Geld und Zeit zur Erfüllung wichtiger Kulturmissionen, deren erste das Schul- und Erziehungswesen ist und bleibt, gebrechen muß, und daß demnach nur kurzfristige Optimisten von dem letzten großen Kriege sich eine Förderung der Volksschule versprechen konnten, das haben wir erst vor einiger Zeit an dieser Stelle nachgewiesen. So darf es denn auch nicht wunder nehmen, wenn das ganze Gebäude des heutigen Volksschulwesens überaus morsch und baufällig ist, daß man nicht einmal durch kräftige, leistungsfähige Balken in Gestalt eines soliden Schulgesetzes zu stützen der Wölbe für werth hält. Höchstens werden gelegentlich die nothwendigsten Planken drauf gesetzt, die den läglichen Eindruck des preussischen Volksbildungs-Instituts nur verschlimmern. Als neueste Errungenschaft dieser Art hat die Regierung dem preussischen Landtag den Entwurf eines Lehrerdotations-Gesetzes vorgelegt.

Es wurde allerdings höchste Zeit damit, denn auch in den Volksschullehrern regt sich immer mehr das Klassenbewußtsein, auch sie fühlen immer mehr, daß sie von der herrschenden Gesell-

schaft nichts zu erwarten haben und mancher Lehrer zieht daraus die nöthigen Konsequenzen in politischer Beziehung; er wird, wenn auch nicht auferlich, so doch der Gesinnung nach Sozialdemokrat. Um dies zu verhindern, hat man wohl in erster Linie den Entwurf eingebracht; daß er aber ganz und gar sein Ziel verfehlen wird, läßt sich schon jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit voraussagen und geht überdies zur genüge aus der bitteren Stimmung, mit der die freisinnigen Lehrerorgane den Entwurf empfangen, hervor.

Man vergegenwärtige sich nur die Bestimmungen über das Grundgehalt, das für seit angestellte Lehrer 900 M. betragen soll. Während der ersten 4 Dienstjahre dagegen ist es noch um 20 pSt. geringer, so daß es nur 720 M. beträgt. Allerdings erhält der Lehrer außerdem noch freie Wohnung oder Miethentschädigung, dafür werden aber Einkünfte aus Dienstlohn, aus Geld- und Naturalleistungen und, was die Hauptsache ist, aus freier Feuerung — letztere bis zur Höhe von 100 M. — vom Grundgehalt abgezogen. Die „Pädagogische Zeitung“ sagt daher mit recht, daß damit sich das neue Grundgehalt im Vergleich zu den bisherigen Beträgen thalächlich auf 800 M. ermäßigt, und daß in allen vergleichenden Aufstellungen, um zu richtigen Resultaten zu kommen, dieser Betrag statt der Summe von 900 M. eingestellt werden muß. Daß nun 800 M. nicht entfernt ein Äquivalent für die Thätigkeit eines Lehrers weder in der Stadt noch auf dem Lande ist, bedarf wohl keiner besonderen Begründung. Das Gehalt steigt dann von drei zu drei Jahren um eine Alterszulage in Höhe von 80 M., sodas nach einer Berechnung der „Päd. Ztg.“ ein im 20. Dienstjahre stehender Lehrproletarier, abgesehen der 100 M. für freie Feuerung, das geradezu fürstliche Einkommen von 1200 M. erhält.

Dann muß der Lehrer sich aber auch noch dienlich wie a u k er die n slich gut führen, denn einen rechtlichen Anspruch auf die Alterszulagen besitzt er nicht, sie können ihm im Gegenstand bei „unbefriedigender Führung“ versagt werden. „Selbstverständlich“, so heißt es in den Erläuterungen, „ist dabei nicht an ungenügende Leistungen wegen mangelnder Begabung, sondern an ein schuldbares Verhalten gedacht“. Das heißt in anderen Worten, daß ein noch so unwissender Lehrer, so lange er nur hübsch brav und folgsam ist, unbefähigt seine Alterszulagen bezieht, während sein befähigter Kollege, der außerordentlich auch noch seine Pflichten als Staatsbürger in politischer und anderer Hinsicht erfüllt, diesen Vorzug nicht genießt, sobald er sich einfallen läßt, eine eigene und vielleicht gar oppositionelle Meinung zu haben. Wie sicher die Regierung, respektive der geistliche Schulspektor damit den Lehrer am Bande hat, leuchtet ohne weiteres ein.

Außer diesen hier nur kurz zu streifenden „Reformen“ enthält der Entwurf noch eine Reihe weiterer neuer Bestimmungen für die Lehrer, die fast ausnahmslos als Rückschritte, in keinem Falle aber als nennenswerthe Fortschritte zu bezeichnen sind. Außerdem müssen wir aber noch auf eine „Neuerung“ eingehen, die weniger die Lehrer an sich als vielmehr das Verhältnis der Kommunen zum Staate in schulpolitischer Beziehung betrifft. Die Vorlage zeigt in dieser Hinsicht einen so eminent agrarischen Charakter, daß man auf den ersten Blick die Mitwirkung des agrarfreundlichen Finanzministers Miquel bei ihrer Ausarbeitung erkennt.

Der § 20 sagt: „Aus der Staatskasse wird ein jährlicher Beitrag zu dem Dienstlohn der Lehrer und Lehrerinnen und, soweit er hierzu nicht erforderlich ist, zur Deckung der Kosten für andere Bedürfnisse des betreffenden Schulverbandes an die Kasse desselben gezahlt.“ Das will zunächst sagen, daß in den Schulgemeinden, in denen der Staatszuschuß nicht völlig durch das Lehrergehalt aufgebraucht wird, — und das dürfte wohl in erster Linie in den schularmen Gutsbezirken der ostelbischen Junker der Fall sein — der Rest auch zu anderen Bedürfnissen, deren Befriedigung bisher den Gemeinden, be-

ziehungsweise den Patronatsherren oblag, verwendet werden darf.

Es heißt dann weiter, und damit kommen wir auf den unstrittigsten Punkt der ganzen Vorlage, daß „der Staatsbeitrag bis zur Höchstzahl von 25 Schulstellen für jede politische Gemeinde gewährt wird“. Es ist dies eine Bestimmung, die für die größeren Städte Preußens, insbesondere für Berlin, von einschneidender Bedeutung ist, indem sie denselben eine erhebliche Summe des bisher sehr gerechtfertigter Weise bezogenen Staatszuschusses zu den Schulstellen sans sagen nimmt und damit vorwiegend das platte Land, die trotz aller Liebesgaben noch niemals satt gewordenen „nothleidenden Agrarien“ beschenkt. Berlin erhält trotz seiner überaus großen Zahl von Lehrern und der dadurch entstehenden großen Schullasten trotzdem keinen höheren Staatszuschuß wie die kleinen Städte mit circa 25 Lehrern. Das würde für Berlin gegen die jetzigen Verhältnisse einen Ausfall von über 900 000 M. bedeuten; in den übrigen Großstädten ist es ähnlich.

Der Staatszuschuß zu den Alterszulage-Kassen soll in entsprechender „gerechter“ Weise gewährt werden, wodurch allerdings z. B. Berlin, das bisher einen derartigen Zuschuß nicht erhielt, eine Neueinnahme von etlichen tausend Mark, also ein ganz winziger Sümmechen im Vergleich zu dem anderen Ausfall an Staatszuschuß erhalten würde. Nach einer Berechnung der „Päd. Zeitung“ würde der durch diese beiden Maßnahmen, Minderungen der Staatsbeiträge und Alterszulagen zusammengenommen, erzielte Effekt folgendermaßen sein: Die 68 größten Städte (mehr als 25 000 Einwohner) verlieren 2 703 148 M. Die 110 folgenden Städte (10 000—25 000 E.) erhalten mehr 284 780 M. Die 1189 kleineren Städte erhalten mehr 936 224 M. Das Land erhält mehr 4 622 144 M. Für den Staat ergiebt sich mit anderen Worten keinen Posten zusammen eine Mehrausgabe von 8 Millionen Mark.“

Es dürfte sich wohl erübrigen, auf diese sonderbar „gerechte“ Vertheilung des relativ nur sehr mäßigen Staatszuschusses und der Mehrausgabe näher einzugehen; es ist vollkommen begründet, daß der Berliner Magistrat hiergegen gleich entschieden Front gemacht hat. Nur auf eine pädagogische Folge sehr unangenehmer Art soll noch hingewiesen werden. Die Städte, die bisher nur bis zu 25 Lehrern besaßen, werden trotz Zunahme der schulpflichtigen Kinder sich so lange als möglich gegen die Reuanstellung von Lehrern sträuben und statt dessen lieber eine von erzieherischem Standpunkte aus sehr verwerfliche Ueberfüllung der Schulklassen eintreten lassen. Auch die größeren Städte dürften jetzt viel zahlreicher als bisher an die Neueinstellung von Lehrern gehen und in denselben Fehler der Massenüberfüllung verfallen.

Wenn die Lehrer, so wenig Vortheil sie von dem Entwurf haben, ihn dennoch wenigstens aus prinzipiellen Gründen mit Freuden begrüßen, so ist dies verständlich, denn ein einheitliches Befoldungsgesetz, möge es auch in mancher Hinsicht von Nachtheil sein, ist immer besser wie die bisher herrschenden anarchischen Zustände auf dem Gebiete der Befoldung. Aber hoffentlich haben die Lehrer auch aus diesen neuesten „Entgegenkommen“ der Regierung erkannt, daß ihre Interessen, und seien sie noch so dringend, niemals von der heutigen herrschenden Klasse vertreten werden können; denn jede wirkliche Hebung der Volksschule und damit des Lehrerbandes bedeutet nur einen neuen Nagel am Sarge der herrschenden Gesellschaft. Vergrößerung des Heeres und der Flotte, Vermehrung der Kirchen, blindwüthige Reaktion, das sind die Stützen, die das dem Untergang sichere Brad der Bourgeoisie noch eine zeitlang über Wasser halten. Die Interessen der Lehrer laufen auf das innigste zusammen mit den Interessen der übrigen durch den Kapitalismus ausgebeuteten Proletariat; versuchen deshalb die Lehrer, soweit es geht, den Anschluß an das unentwegt vorwärtstrebende organisierte Proletariat zu gewinnen, sie stehen dort an würdigerer Stelle als in den Bierzimmern von Ministern und Erzlegationen!

Clotilde. (Nachdruck verboten.) Roman aus der Gegenwart von H. W. von Walhausen.

„Morgen wird die beste Garderobe, der theuerste Schmuck angelegt.“

„Morgen müssen wir ihn zur Verlobung drängen. Sei ja recht lebenswürdig.“

„Den Brief an Dich hat er nicht gelesen. Er interessiert sich für Dich, das bewies er, als er Dir antwortete, zu unterschreiben, um schnell frei zu werden.“

„Ely war in der angenehmsten Aufregung. „O wie freue ich mich“, rief sie aus, „daß ich einen so stattlichen Mann bekomme! Das wird Aufsehen machen, wie werden sich die anderen ärgern, er liebt mich und ich liebe ihn. Daß uns kein Opfer scheuen, Mama.“

„Behüte! Wenn ich Schulden zahlen muß, so will ich mich auch sehen lassen, daß ich ein paar hundert Gulden verspielen kann, um Dir einen Mann zu erkaufen.“

„Benovon geht gern an die Spielbank, um sich mit uns zu zeigen, das habe ich heraus, warum sollten wir, um ihm gefällig zu sein, nicht auch einmal am Spieltisch glänzen.“

„Wenn er erst Dein Mann ist, will ich ihm das Spiel schon abgewöhnen.“

Nach dem sehr animirten allgemeinen Mittagsmahl fuhr Benovon mit den beiden Damen nach Doss.

Die Gräfin und Ely strahlten förmlich mit ihrem

blühenden Geschmeide, in prächtigen auffälligen Gewändern nach der neuesten Mode.

Benovon sprach wiederholt sein Entzücken aus, er war lebenswürdig denn je.

Sie blieben indes nicht lange in Doss, sondern fuhr bald nach dem Konversationshause zurück. Benovon eröffnete nämlich den beiden Damen, daß er seinem Bruder geschrieben habe, er möge kommen und im Kurssaal mit ihm zusammenzutreffen.

„O, das ist ja schön, daß Sie uns mit Ihrer Familie bekannt zu machen suchen“, rief Ely.

„Er hat seinen Bruder zur Verlobungsfeier herkommen lassen“, sagte sich die Gräfin im Stillen, denn begann sie laut: „Darum müßten wir dieses Wiedersehen auch als ein Familienfest feiern, ich werde das Abendessen auf meinem Zimmer serviren lassen und lade Sie beide ein; es wird mir ein großes Vergnügen sein, Ihren Herrn Bruder kennen zu lernen.“

„Mein Bruder wird sich ebenso freuen wie ich auf einen vergnügten Abend.“

Sie traten in den glänzend erleuchteten Kurssaal, wo sich hunderte von Lichtern in dem blanken Parquet spiegeln. Der Bruder war noch nicht anwesend.

Die Gräfin schlug daher selbst vor, bis zu seinem Erscheinen Roulett zu spielen, da oben, wie sie bemerkte, zwei Sitzplätze frei wurden.

Benovon führte die Damen dahin; das Aufsehen, welches sie verursachten, bis sie sich gesetzt, war groß.

Die Gräfin brachte eine gefüllte Börse hervor, theilte den Inhalt mit ihrer Tochter und beide begannen zu sehen. Benovon stand hinter ihnen.

Die allgemeine Stille wurde nur durch die Worte: Messieurs, fait es lo jou! durch das Klirren der Gold- und Silberstücke, welche die Croupiers hin und her schoben unterbrochen.

Die Gräfin spielte sehr wechselvoll, sie gewann zuweilen, verlor aber dann immer das Doppelte. Dadurch geriet sie so in Aufregung, daß sie im Eifer für das Spiel ohne Bedacht immer zusetzte und bald ihre ganze Baarschaft verlor.

Auch Ely schien ihren glücklichen Tag nicht zu haben, sie sah nach kurzer Zeit mit leeren Händen da.

Benovon bemerkte die Verlegenheit Beider und indem er sich verbogte um zu sehen, flüsterte er der Gräfin zu: „Kann ich Ihnen mit einigen hundert Gulden dienen?“

Die Gräfin schien darauf gewartet zu haben, sie wollte einestheils das Verlorene zurückgewinnen, andertheils den Schwiegersohn in spo an sich fesseln. Sie nickte Benovon zu.

Dann drehte sie sich nach ihm um und bemerkte, daß ein fremder Herr ihm zwei Banknoten einhändigte.

Auf ihre Frage: „Wer ist das?“ antwortete Benovon: „Es ist mein Bruder.“ und fügte dann etwas lauter hinzu: „Hier sind zwei Fünfhundert-Guldenscheine.“

Die Gräfin nahm die Noten und gab eine davon an Ely.

Politische Uebersicht.

Berlin, 11. Februar.

Im Reichstag fand heute eine Debatte über Bimetallismus — anknüpfend an die Sonnabend-Erklärung des Reichskanzlers statt. War's ein Vorpriestergesicht? War's ein Rückzugsgesicht? Nun, beides. In politischer Beziehung ein Vorpriestergesicht, durch das ein weiteres Vordringen der Junker eingeleitet werden soll. Ein Rückzugsgesicht aber in bezug auf die bimetallistische Bewegung selbst. Denn daß es mit dieser vorläufig zu Ende ist, daß trotz der neuen Mythe von dem wieder bimetallisch gewordenen englischen Minister Balfour England so wenig wie irgend ein anderes wirtschaftlich entwickeltes Land für den Bimetallismus eintreten kann — das hat allmählich sogar Herr Kardorff begriffen.

Das Treffen wurde vom Grafen Mirbach eröffnet, der die bekannten Stich- und Schlagwörter vorbrachte und den zweifelhaften Erfolg hatte, daß fürstliche Hohenlöse ihm eine Antwort gab — freilich eine ausweichende. Barth von der Freisinnigen Vereinigung unterzog sich der undankbaren Aufgabe, den Grafen Mirbach und dessen bimetallistische Freunde ins ABC der Nationalökonomie einzurichten. Der Zentrumsmann Fuchs lieferte den Beweis, daß auch außerhalb der Junkerpartei Leute zu finden sind, für welche die Nationalökonomie ein böhmisches Dorf ist. Der nationalliberale Jubelkreis Hammacher, der auf wirtschaftlichem Gebiet den Sprichwort huldigt: In Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf, und der deshalb in diesem Punkte von nationaler Wipperei und Ripperei nichts wissen will — hielt dem guten Goldgeld kräftig die Stange, worauf Scheunlaub die Ziele der bimetallistischen Bewegung: Ausraubung des Volks und Zahlung der Junkerschulden in schlechtem Geld klar beleuchtete. Er deutete auf die Staatsreichgelüste hin, auf das Suchen nach einem „General“, der die Sozialisten in die Pfanne haut und den Junkern die gewöhnlichen Liebesgaben verabreicht. „Kein Kardorff, keine Röhne!“ sei angesichts der drohenden Marinevorlage die Losung der Herren Junker. Der Freikonservative Kardorff wollte die Losung nicht annehmen und ließ seine stereotype Rede vom Stapel, die, da Neben Silber, auch eine Silberrede war. Er hat — zum Unglück seiner Mitmenschen — einen solchen Haß gegen das Gold, als Symbol der Goldwährung, daß er uns das Gold des Schweizens nicht schenken kann. Eine Bemerkung von ihm, daß ein Theil der englischen und amerikanischen Arbeiter für die Doppelwährung sei, veranlaßte Genossen Mollenbuhr zu einer kleinen Vorlesung über diese handvoll Pöpsel- und Musterarbeiter, die sich von englischen und amerikanischen Kardorffs haben einsaugen lassen.

Nach 3 1/2 Stunden verlief die Debatte sang- und klanglos im Sand. Die Herren Agrarier hatten wieder einmal gezeigt, daß sie „schreien“ können und daß die Regierung nicht die Kourage hat, ihnen klipp und klar Nein! zu sagen, oder gar in die Parade zu fahren.

Darauf eine halbe Stunde Gewerbeordnungsdiskussion und gegen die Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen und einige Zentrumsmitglieder wurde die Kommissionsberatung der Novelle verworfen. Das heißt, daß die Majorität in der heutigen Sitzung für Annahme der Novelle wesentlich in der jetzigen Gestalt war. Ob diese Majorität eine dauernde sein wird, ist allerdings zweifelhaft, aber doch sehr wahrscheinlich.

Morgen Interpellation über die Krise im Konfektionsgewerbe und — falls dann noch Zeit — unser Vereinsgesetz-Antrag.

Das preussische Abgeordnetenhaus beendete am Dienstag zunächst die zweite Lesung des Justizetats. Die Debatte, die sich gestern hauptsächlich um einen bestimmten, wenn auch nicht zur Sache gehörigen, Punkt gedreht hatte, verlor sich heute in Einzelheiten, die für die Öffentlichkeit nur von geringem Interesse sind. Abgesehen von den immer wiederkehrenden Klagen über die schlechte Lage der unteren Justizbeamten kamen hauptsächlich lokale Wünsche zur Sprache. Berlin bekam die erste Note für den Bau des neuen Justizpalastes im Betrag von 1 555 000 M. debattellos bewilligt. Nach Erledigung

Diese setzte auf roth und — verlor. Die Gräfin suchte zusammen, als der Croupier die fünf-hundert Gulden einstrich. — Sie zögerte. Nach einer Weile warf auch sie ihren Schein auf „roth“.

Sie verlor ebenfalls.

Tausend Gulden! — murmelte sie vor sich hin. Ihre Blide fixierten wie verglast auf die schnell leergeordnete Stelle, wo die geliehenen fünf-hundert Gulden gelegen. Dann schien sie sich gefaßt und eines besseren besonnen zu haben.

Sie machte gute Miene zum bösen Spiel, winkte ihrer Tochter und erhob sich. Auch Elly stand auf.

Benovon machte Plah, indem er zur Seite trat, bis die Damen dem Spieltisch den Rücken gelehrt hatten. Dann holte er einen jungen Mann herbei und vorstellend sprach er: „Mein Bruder Theodor.“ und zu diesem: „Gräfin und Komtesse Mary.“

Die Damen neigten jede das Haupt und der junge Mann verbogte sich tief.

„Verzeihen Sie,“ redete ihn die Gräfin an, „daß wir Ihnen Herrn Bruder an uns gefesselt und es verzögert haben, daß er sich ganz Ihnen widmete.“ Zu Benovon gewendet: „Ich denke, wir holen dies nach, indem wir sogleich zum Souper ins Hotel fahren, um dort bei mir traulich zu plaudern. Die Herren begleiten uns doch?“

„Mit Vergnügen!“ sagte Benovon, bot Elly seinen Arm und schritt dem Ausgange zu, der Gräfin mit seinem Bruder den Vorrang lassend.

Der noch bereitende Wagen brachte die Vier schnell ins Hotel.

Im Salon der Gräfin angekommen wurde alsbald von zwei Dienern eine gedeckte Tafel hereingebracht.

Benovon gab den Dienern ein Zeichen, das Zimmer zu meiden.

„Nehmen Sie Plah, meine Herren.“ Und die Gräfin ein, „das Souper ist bald fertig und wird dann sogleich aufgetragen.“

Dem Beispiele der Damen, welche sich setzten, folgten die Brüder nicht.

Benovon schob den Niegel der Thüre des Zimmers zu. „Gehe wir davon sprechen.“ begann, zur Gräfin gewendet, Benovon, „möchte ich Ihnen eine wichtige Eröffnung machen und zuerst vor Ihnen gewissermaßen mein Herz ausschütten.“

(Fortsetzung folgt.)

des Justizetats wurde der Etat der indirekten Steuern in zweiter Lesung beraten. Am Mittwoch stoben kleinere Etats, das Binnenschiffregister-Gesch sowie Petitionen und Wahlprüfungen auf der Tagesordnung.

Bürgerliches Gesetzbuch. Die Nationalliberalen und Freikonservativen haben in ihrer Presse und im Reichstag auf das lebendigste ihre völlige Verständnißlosigkeit gegenüber dem Inhalt des bürgerlichen Gesetzbuches und ihre totale Unfähigkeit bewiesen, eine parlamentarische Behandlung des schwierigen Stoffes zu ermöglichen. Nachdem nun in der konstituierenden Kommission der alberne Wunsch der Nationalliberalen, ihren „Peros“ Beningfen zum Leiter der Kommissionsverhandlungen zu machen, kläglich gescheitert ist, schlägt das Organ der Nationalliberalen Purzelbäume über eine angebliche „Verschleppungspolitik“ der Kommission. Ihrer Behauptung nach ist natürlich das Zentrum zu einer Leitung der Verhandlungen völlig unfähig und sind alle Abgeordneten, mit Ausnahme der durch ihr hohles Pathos bekannten nationalliberalen Professoren Cuno und Cuneceerus, böse Verschleppungsbrüder. Diese nationalliberalen Herren, deren Langatmigkeit bekanntlich jede Kommission unendlich verlängert, die das zweifelhafte Vergnügen hat, sie zu ihren Mitgliedern zu zählen, werden in den Himmel gehoben, den übrigen Mitgliedern muß sich das nationalliberale Organ an, Verhandlungsmahregeln geben zu wollen. Die „Post“ tritt den nationalliberalen Tolpatschigkeiten bei und weiß gar davon zu erzählen, daß die Regierung „die Hoffnung aufgegeben habe, den Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches noch in dieser Session durchzubearbeiten. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ dementirt die „Post“-Nachricht auf das Bestimmteste: — Jedem Verständigen ist klar: entweder das bürgerliche Gesetzbuch bleibt so, wie es die Oberausbeuterseelen wünschen — dann kommt es überhaupt nicht zu Stande, oder es wird in dem von unserer Seite und theilweise vom Zentrum dargelegten Sinne geändert — dann kann es sehr schnell zu Stande kommen, wenn die nationalliberalen und freikonservativen Kommissionsmitglieder durch unnützen Widerspruch die Debatten nicht in die Länge ziehen. —

In Sachsen fängt man an und im Reich hört man auf. Das das sächsische Wahlrechts-Attentat schließlich dem Reichstags-Wahlrecht gilt, wird jetzt von der „Leipziger Zeitung“, dem amtlichen Organ der sächsischen Regierung, offen zugegeben. Sie schreibt:

Die Erkenntniß, daß es sich in dem Kampfe um die sächsische Wahlvorlage um eine Frage von nationaler Bedeutung handelt, kommt in der auswärtigen Presse immer mehr zum Durchbruch. Dem „Vorwärts“, der mit richtigem Instinkt eher als die anderen erkannte, daß es sich hier um den bahnbrechenden Schritt gegen das Treiben der Umsturzpartei handle, folgen jetzt nicht nur die Radikalen jeder Provenienz, die, wie die Bossische, die sozialdemokratischen Flugblätter an Kraft der Sprache noch zu überbieten suchen, sondern allmählich auch die Konservativen, die letzteren selbstverständlich zustimmend. „In Sachsen wird die große Schlacht um die politische Gleichheit geschlagen werden,“ verkündet ganz zu treffend die „Frankfurter Zeitung“.

Also es soll „Bahn gebrochen“ werden.

Wohin wofür? Für die Reaktion, welche die „politische Gleichheit“ vernichten will? Und der klassische Ausdruck die Grundfrage der „politischen Gleichheit“ ist das allgemeine Stimmrecht, ist in Deutschland das Reichs-Wahlgesetz. —

Das englische Parlament ist am 11. Februar mit einer Thronrede eröffnet worden, in der es heißt:

„Ich empfangen fortgesetzt von den anderen Mächten Versicherungen freundschaftlicher Gesinnungen. Zwischen meiner Regierung und der der französischen Republik ist ein Abkommen getroffen worden, welches den Zweck hat, die Unabhängigkeit des Königreichs Siam noch mehr zu sichern. Die Kommissare für die Feststellung der Grenze zwischen Indien und Afghanistan einerseits und den Ländern des Kaisers von Rußland andererseits haben sich über die Grenzlinie geeinigt; diese Linie ist sowohl von mir als auch von dem Kaiser von Rußland genehmigt worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Wunsch ausgedrückt, an der Beilegung der Streitigkeiten, welche seit langen Jahren zwischen meiner Regierung und Venezuela bezüglich der Grenze zwischen letzterem Lande und dem englischen Guyana bestehen, mitzuwirken. Ich habe dem Wunsch, daß eine billige Regelung stattfinden, beigepflichtet und hoffe, daß die weiteren Verhandlungen zu einer befriedigenden Regelung führen werden. Der Sultan der Türkei hat die hauptsächlichsten Reformen in Armenien genehmigt, auf die, gemeinschaftlich mit dem Kaiser von Rußland und dem Präsidenten der französischen Republik, zu bestehen ich für meine Pflicht gehalten habe. Ich bedauere lebhaft, daß der fanatische Aufruhr eines Theiles der türkischen Bevölkerung in jenen Provinzen zu einer Reihe von Greuelthaten geführt hat, welche in unserem Lande tiefsten Unwillen hervorgerufen. Der plötzliche Einbruch einer bewaffneten Armee aus dem unter der Kontrolle der englischen Südafrika-Kompagnie stehenden Gebieten in die südafrikanische Republik hat zu einem bedauerlichen Zusammenstoß mit den Streitkräften der Bürger geführt.“ Nach einer Darlegung der bekannten Vorgänge und der von der englischen Regierung und dem Präsidenten Krüger unternommenen Schritte heißt es in der Rede weiter: „Nach der von dem Präsidenten Krüger bei dieser Gelegenheit beobachteten Haltung und nach seinen freiwillig abgegebenen Versicherungen darf ich annehmen, daß er erkennt, wie wichtig es ist, den berechtigten Beschwerden abzuweichen, welche die Mehrzahl der Einwohner Transvaals vordringt.“

Als wichtigsten Beratungsgegenstand des Parlaments nennt die Thronrede die Vermehrung und Verbesserung der Seekreistkräfte. Dann werden in der Rede Maßregeln angekündigt zur Milderung des unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung infolge der unglücklichen Lage der Landwirtschaft herrschenden Nothstandes, ferner werden angekündigt eine Gesetzesvorlage betreffend die Haftpflicht der Arbeitgeber bei Unfällen der Arbeiter, sowie eine Vorlage, welche die Einschränkung der Einwanderung von ausländischen Armen bezweckt, und endlich ein Gesetz betreffend die agrarischen Verhältnisse in Irland.

Die Thronrede ist weit friedlicher, als noch vor wenigen Wochen zu erwarten war. Der Streit mit den Vereinigten Staaten kann als begraben gelten, und die „armenische Frage“ ist zu den Alten gelegt. Sehr diplomatisch ist die Stelle, die auf den „plötzlichen Einbruch“ in die Transvaal-Republik sich bezieht, aber auch die von dorthier drohende Gefahr ist augenscheinlich beseitigt. Gefahr hätte ja bloß entstehen können, wenn die englische Regierung mit den Hülfsmitteln der Chartered Company gemeinsame Sache gemacht hätte. Und das ist nicht geschehen, mögen hier und da auch noch so lebhaft Sympathien vorhanden gewesen sein.

Der einzige dunkle Punkt bleibt vorläufig die orient-

alische Frage. Und daß die englische Regierung trotz aller Versicherungen über die Friedlichkeit der Lage erhabene Besorgnisse hegt, das erhellt aus dem Nachdruck, welchen die Thronrede auf eine große Vermehrung der Flotte legt.

Durch die Ausübung des Telegramms, welches der deutsche Kaiser an Krüger gerichtet hat, ist es der englischen Regierung leider gelungen, das Volk in eine chauvinistische Stimmung zu versetzen. —

Nus Transvaal. Von Johannesburg wird der „Frankfurter Zeitung“ unterm 13. Februar geschrieben: Die telegraphischen Nachrichten aus England über die Stellungnahme der deutschen Regierung in bezug auf Transvaal haben vielfach in Südafrika Bestimmung hervorgerufen. Besonders die Mitteilung, daß Deutschland bestrebt sei, das Protektorat für die südafrikanische Republik zu übernehmen, hat hier allgemein auch die Deutschen unangenehm berührt. Die große Majorität der Umländer-Bewohnerung will die Unabhängigkeit der Republik und würde sich weit mehr gegen eine deutsche Oberherrschaft sträuben, als gegen eine englische, welche letztere Garantien bietet für eine liberale Herrschaft, besonders jetzt, wo Rhodes seine politische Rolle ausgespielt hat. Von keiner der hiesigen Parteien wird eine weitgehende Einmischung Deutschlands gewünscht. Vorläufig hat diese nur auf das ausgezeichnete Einvernehmen, das bisher zwischen Deutschen und Engländern hier herrscht, unvortheilhaft eingewirkt, was keinesfalls im Interesse der ersteren liegt. Wie wenig die hiesigen Verhältnisse in Deutschland bekannt zu sein scheinen, zeigen auch die Mittheilungen über Sammlungen, die für die verwundeten Buren veranstaltet werden. Die Buren in Transvaal sind durchschnittlich bemittelter als Leute, die in Deutschland als wohlhabend gelten.

Der Brief stammt wohl aus kapitalistischen Kreisen. Wie man in Arbeiterkreisen denkt, das zeigen die Briefe eines Arbeiters, die wir an anderer Stelle veröffentlichten, und die uns von dem absehbaren Chauvinismus berichten, der unter den Engländern jetzt gewekt worden ist. Freilich, der Anlaß ist leider von deutscher Seite gegeben worden. In dieser Beziehung hatten wir das kaiserliche Telegramm von Anfang an richtig beurtheilt. Was in obigem Brief über die Unbeliebtheit eines deutschen Protektorats — von dem ja im Ernst auch nie die Rede war — gesagt ist, empfehlen wir der Aufmerksamkeit unserer Herren Staatsmänner, falls es welche giebt. Sie sollten doch einmal darüber nachdenken, ob und inwiefern unsere so viel betonte „Machtstellung nach außen“ durch den Widerwillen, den unsere reaktionäre Regierungspolitik überall erregt, beeinträchtigt wird. Ein guter Ruf — und darunter verstehen wir nicht den Ruf, die meisten Soldaten, Polizisten und Prozesse zu haben; dieser Ruf ist es eben, der uns so arg geschädigt hat — ein guter Ruf ist für unser Ansehen in der Welt mehr werth als hundert Flottenpläne. —

Präsident Krüger hat den Gouverneur der Kapkolonie Robinson davon verständigt, daß er bereit sei, England zu besuchen, vorausgesetzt, daß die Angelegenheiten, über welche Verhandlungen mit der englischen Regierung stattfinden sollen, im voraus definitiv festgesetzt werden. Man darf dem bewährten staatsmännischen Gesichts Krüger's wohl zutrauen, daß er das Staatsschiff durch die gefährlichen Klippen, die in London seiner harren, glücklich hindurch steuern wird, ohne daß dessen schwer erkaufter Unabhängigkeit zerschellt. Leicht wird's ihm nicht werden, da in England allmählich in der Sonne der Ministergunst die Macher der Chartered Company über Wasser gewinnen. Cecil Rhodes ist nach Afrika zurückgekehrt, um in Matabeli-Land eine neue Goldstadt, größer als Johannesburg zu gründen und die Direktoren der Chartered Company machen bekannt, daß sie die Abhaltung einer Versammlung der Anteilhaber für unnötig halten, weil diese mit ihnen darin übereinstimmen, daß nichts gethan werden sollte, was für Jameson nachtheilig sein könnte. Die Direktoren glauben behaupten zu dürfen, daß, obgleich die Polizei der Kontrolle der englischen Regierung unterstellt werde, die Stellung der Compagny in anderer Beziehung wesentlich unverändert bleiben werde. Da wird ja Jameson auch bald seine segensreiche Thätigkeit in Afrika wieder entfalten können. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Eine Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung ist vor dem Landgericht II Berlin gegen den Genossen Paul Jahn eingeleitet. Das „Verbrechen“ soll Jahn in einer Volksversammlung am 28. Dezember v. J. in der Pfahlsdorfer Brauerei bei Spandau begangen haben.

Deutsches Reich.

— Zum Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern ist nach dem „Reichsanzeiger“ der Direktor Rothe, zu dessen Nachfolger als Direktor im Reichsamt des Innern v. Woebke ernannt worden.

— Hammerstein über Krüger. Von dem eingeleiteten Hammerstein wird in bürgerlichen Zeitungen berichtet, er habe, als ihm von der Rede des Abgeordneten v. Krüger im preussischen Abgeordnetenhaus erzählt wurde, folgendes erwidert: „Sehen Sie, und gerade dieser Herr hat mit anderen sich bemüht, mich schon vorher zur Reife über den Djean zu bewegen! Als Herrn v. Krüger mitgeteilt wurde, wie mir zu helfen sei, erwiderte dieser: „Dem Hammerstein können nur noch die Mittel für eine Pistole oder zur sicheren Ueberfahrt nach Amerika helfen!“ Unbequemer Gesell, dieser Hammerstein! wird Herr v. Krüger antworten, wenn er diese neueste Escapade des Schwindelbarons liest. —

— Freiherr v. Schorlemer in Großenhain, dessen Verhaftung wegen Wechselfälschung erfolgte, soll einer Darstellung der „Deutschen Tageszeitung“ zufolge die Fälschung aus „Freundschaft“ begangen haben. Er habe nämlich auf das Drängen eines Freundes eine Bürgschaft für Wechselfälscher übernommen. Am Versaltage der Wechselfälscher konnte weder der Freund noch er zahlen. In seiner Verzweiflung, da ihm Pfändung drohte, schrieb v. Schorlemer als Wechselfälscheracceptanten den Namen eines dritten, wohlbegüterten, ihm seit Jahren eng befreundeten Herrn nieder. Er schob so den Wechsel, machte sich Lust damit, veräußerte aber dann den betreffenden Freund von seiner Verweigerung ab und auch seine mittlerweile gemessene Frau. Die Geschichte klingt zweifellos sehr räuberisch. —

München, 10. Februar. (Fig. Ver.) Ueber Thema's darf nicht mehr gesprochen werden! Nachdem sich am vergangenen Freitag in der Abgeordnetenversammlung die Debatte über den Etat des Innern endlich erschöpft hatte, kam am Sonnabend der Justiz-Etat an die Reihe. Den verächtlichen Volkvertretern scheint auch hier die Sache langweilig zu werden, denn kaum ein Drittel ist in der Kammer anwesend. Die „Generaldebatte“ verlor sich in der Besprechung von Kleinigkeiten und Kleinigkeiten. Und als heute Gen. Scherem namens unserer Fraktion allgemeine Betrachtungen über die Gestaltung der bayerischen Rechtspflege anstellen wollte und dabei, wie selbstverständlich, auch kurz die Situation in

den Nachbarstaaten streifte, um den Einfluß preussischer und badischer Vorgänge auf die bayerische Judikatur zu beleuchten, wurde er von dem Präsidenten erst zweimal „zur Sache“ (?) verwiesen, und gleich darauf für das Verbrechen, aus der Generaldebatte wirklich eine Generaldebatte machen zu wollen, mit Fortentziehung bestraft. Schemm appellirte an das Haus, dieses gab in seiner Mehrheit dem Präsidenten recht! Von einer Kammermehrheit, die gelegentlich des Tadelantrages unlänglich Rücksicht sich durch die Erklärung, daß sie nicht berechtigt sei, die Minister zu tadeln, selbst entmannt hat, ist auch diese Mamelukenthat weiter nicht verwunderlich.

Die Mehrheit der bürgerlichen Kammerbayern zeigt sich allmählig in einer Weise verjämmerlicht, daß schließlich auch dem schlafmüthigsten Wähler die Augen aufgehen müssen.

Mainz, 7. Februar. (Eig. Ber.) Wie der Staat seine Beamten bezahlt, zeigt wieder folgender Fall. Ein bei der großherzoglichen Oberrechnererei dahier beschäftigter Gehilfe wurde plötzlich verhaftet, weil derselbe, wie sich herausgestellt hat, 8100 M. amtliche Gelder unterschlagen hat. Der junge Mensch ist erst 19 Jahre alt, ist seit vier Jahren bei der Oberrechnererei beschäftigt, hatte einen Anfangsgehalt von 10 M. pro Monat, der allmählig auf sage und schreibe vierzig Mark gestiegen ist. Dabei gingen dem jungen Mann ansehnliche Summen durch die Hände, die er zu verbuchen hatte. So werden Verbrecher geübt.

Neuer neue Ausschreitungen russischer Grenzsoldaten wird der „Deutschen Tageszeitung“ aus Thorn, 10. Februar berichtet:

Der Grenzanseher v. Lichnowski aus Ottlofschin befindet sich vorgestern Nachmittag unweit der russischen Grenze auf dem Grundstück des Mühlenbesizers Tonn in Kutta auf Posten und hatte zufällig sein Gewehr einige Schritte entfernt aus der Hand gesetzt, als plötzlich ein russischer Grenzsoldat auf v. Lichnowski zukam, ihm unerwartet sein Gewehr mit Bajonett auf die Brust setzte, ihn für verhaftet erklärte und aufforderte, über die Grenze in den nabeliegenden russischen Kordon mitzukommen. v. Lichnowski, der völlig überrascht und augenblicklich waffenlos war, ergriß das Gewehr des Russen und suchte es diesem zu entreißen. Das gelang ihm aber nicht, weil der Russe stärker war. Da kam der Mülsergeselle aus der Mühle dem Bedrängten zu Hilfe. Nun wurde dem Russen das Gewehr fortgenommen und er festgenommen. Der Verfall trug sich 50 Schritte von der Grenze auf preussischem Gebiet zu. Der Russe wurde nach einiger Zeit losgelassen und mußte ohne Gewehr über die Grenze zurückgehen. Die Untersuchung über den Verfall ist sofort eingeleitet worden. Das Gewehr des Russen wurde dem Amtsvorsteher in Ottlofschin übergeben. In der auf den Anfall folgenden Nacht erschienen fünf russische Grenzsoldaten mit ihrem Nachtmesser vor dem unweit der Grenze auf preussischem Gebiete liegenden Einwohnerhause des Mühlenbesizers Tonn und forderten die Bewohner auf, das Gewehr des Russen herauszugeben. Als man ihnen sagte, man habe das Gewehr nicht mehr, zogen sie davon. Einen Grenzsoldaten, der sein Gewehr verliert, trifft nämlich in Rußland eine sehr schwere Strafe. Der Anfall auf den Grenzanseher von Lichnowski ist wohl auf ein Vorkommnis in letzter Zeit zurückzuführen. Er hat nämlich kürzlich eine harmlose Zivilperson, welche von den russischen Grenzsoldaten auf preussischem Gebiete festgenommen worden war und über die Grenze gebracht werden sollte, aus den Händen der Russen befreit und dadurch deren Vorhaben vereitelt. Es scheint, als ob die Russen sich dafür an v. Lichnowski rächen wollten.

Österreich.

Wrag, 10. Februar. Landtag. Bei der Generaldebatte über den Landesvoranschlag ergelb sich der jungtschechische Abgeordnete Dr. Waga in überaus heftigen Angriffen gegen den Adel, die deutschliberale Partei und den Statthalter.

Schweiz.

Basel, 8. Februar. Die Basler Wirthe haben gegen das kantonalste Alkoholmonopol Stellung genommen. Sie sammeln gegenwärtig Unterschriften, um mit Hilfe des Referendums das verhasste Monopol zu beseitigen. Das eidgenössische Brauweinmonopol wird dadurch selbstverständlich nicht berührt.

Frankreich.

Arton's Audileferung wird unmittelbar nach Beledigung einiger Rechtsfrömmlichkeiten erfolgen, die jedoch nicht viel Zeit mehr in Anspruch nehmen, so daß die Ankunft des Ghes-Hollanten in Paris schon Ende der Woche erwartet wird. Für die Gegner des Kabinet's Bourgeois ist das ein schwerer Schlag, für dieses selbst eine gewonnene Schlacht. Jetzt naht den Ghes-Empfängern die böse Viertelstunde des Adels, wo sie die Rechnung mit der Dame Justitia zu begleichen haben.

England.

London, 7. Februar. (Eig. Ber.) Unter dem Namen „Stepnia Memorial Fund“ ist in London von einem Komitee von Freunden und Gönninggenossen des zu früh verstorbenen S. Stepnia Memorial ein Fonds gestiftet worden, der zum Zweck hat, die Witwe Stepnia's in den Stand zu setzen, einen Lieblingswunsch Stepnia's und seiner Genossen zur Ausführung zu bringen, nämlich die Veranstaltung einer Gesamtausgabe seiner Werke in russischer Sprache. Dem Komitee gehören außer einer Reihe von namhaften Mitgliedern der englischen Sozialdemokratie (John Burns, J. Burrows, J. Keir Hardie, Tom Mann, W. Morris, G. Shaw, W. D. Smith, Sidney Webb etc.) eine ganze Anzahl liberaler und radikaler Parlamentarier, wie Thomas Burt, W. P. W. P. Sir Charles Dillk, R. W. Galdane, L. Lough, G. J. Morton und G. C. Schwan, hervorragende Vertreter der Kunst und Literatur (Walter Crane, H. Garnett vom Britischen Museum, Jessie Streeton, Alice Woods) und verschiedene Geistliche an. Zu den nichtengländerischen Mitgliedern des Komitees gehören: Viktor Adler in Wien, Georg Brandes in Kopenhagen, Frank Garrison und G. Keenan in Boston, W. Liebknecht in Berlin und J. Stabing in Stockholm.

Einem Kurus, den das Komitee erlassen, entnehmen wir folgende Stellen:

„Es ist kein der besondere Stolz Englands gewesen, auf seinem Boden Patrioten und Freiheitskämpfer anderer, weniger begünstigter Länder zu bewillkommen, die zu verschiedenen Zeiten vor der Unterdrückung und Gewalt tyrannischer Regierungen und Despoten Zuflucht gesucht haben. Paoth und Kossuth, Mazzini und Herzen, Karl Marx und Viktor Hugo — diese und viele andere, deren Namen und Thaten heute von Millionen verehrt werden, haben in unserem Lande den Schutz gefunden, den sie zu Hause vergeblich erstrebt.“

„Das Loos des Exilirten ist ein hartes. Ein Fremder in einem fremden Lande hat er lange und schwer für seinen Lebensunterhalt zu kämpfen. Stepnia war dank seiner außerordentlichen literarischen Begabung erfolgreicher wie viele andere; aber seine Werke sind stets für die Unterhaltung seiner Genossen offen, und nur diejenigen, die ihm näher gestanden, haben eine Idee davon, wie groß seine Freigebigkeit allen Bedürftigen gegenüber war. Unter diesen Umständen war er nicht in der Lage, Geld zu sparen oder für die Uebersetzung und Herausgabe seiner Werke ins Russische Vorkehrung zu treffen. Das Komitee hat daher beschlossen, eine Summe aufzubringen, die hinreicht, um Frau Stepnia in Stand zu setzen, die Werke zu unternehmen. Sie ist im Besitz der Dokumente, der Erinnerungen und Eindrücke von ihres Mannes Thätigkeit, und sie allein kann der Welt die Geschichte eines Lebens erzählen, das bereits in den verschiedensten Ländern Arbeitern Ankoth gegeben.“

So der Kurus.

Was dort nur diskret angedeutet, glauben wir hier etwas deutlicher aussprechen zu dürfen: es handelt sich bei dem Fonds zugleich darum, der tapferen und treuen Gattin Stepnia's mit der Arbeit eine Quelle des Unterhalts zu eröffnen. Wer dazu beitragen will, möge den betreffenden Betrag an den Schatzmeister des Fonds, Dr. Robert Spence Watson, Newcaslle on Tyne, übersenden.

London, 11. Februar. Sexton hat die Uebernahme der Führerschaft der irischen Partei aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt.

Der „Times“ zufolge steht für das im März endigende Finanzjahr ein Ueberschuß von über 6 Millionen Pfund Sterling zu erwarten.

Eine englische Presstimme über den Wahrscheinlichkeit der sächsischen Regierung.

Aus London wird uns unterm 7. d. M. geschrieben: Von den heutigen Morgenblättern gehen nur die „Times“ und das „Daily Chronicle“ auf das Prachtstück der sächsischen Regierung ein. Die liberal-konservative „Times“ schreiben lutz und schuldig, und aus diesem Grunde genügt das Urteil: „Es — das vorgeschlagene System — ist, wie sein preussisches Vorbild, seiner ganzen Natur nach ein plutokratisches System.“

Das radikal-liberale „Chronicle“ geht dem Ding etwas näher zu Leibe. Hier einige Stellen aus dem Leitartikel, den es ihm widmet:

„Diese Maßregel kann schwerlich anders genannt werden als infam. Sie ist ein planmäßiger Versuch, Sachsen zurückzuführen, auf einen überlebten Typus zurückzugehen, die Reformen, welche die politische Entwicklung dieses Theils von Deutschlands zur jetzigen Höhe gebracht, mit Füßen zu treten. Sie ist sozusagen ein Schwertstreich, um das mittels traffer Gewalt niedergebaltene, den man bisher nicht vermocht hat, die Mittel der Vernunft und politischen Weisheit entgegen zu stellen. Der sächsische Landtag wird in ein ausschließliches Werkzeug des kapitalistischen Proleteniums verwandelt, und mit einer eingeschränkten Presse, einem fast vernichteten Verstand und dem Mangel einer gehörigen oder richtigen Volkvertretung rechnet man darauf, wie wir vermühen müssen, daß in Sachsen ein gleicher „Friede“ herrschen werde wie einst in Warschau. Eine gewaltthätigere, reaktionärere, beleidigendere — und wie wir hinzuzufügen, kurzfristige — Maßregel würde es schwer fallen, auszubringen.“

Eine Reihe von Resektionen des „Chronicle“ entziehen sich der Wiedergabe, darum übergehen wir sie und lassen hier nur den Schluß des Artikels folgen, indem wir noch bemerken, daß das „Chronicle“ in dem Moment auf das sächsische Wahlrecht den Vorläufer eines solchen auf das Reichstags-Wahlrecht erblickt:

„Es wäre natürlich vergebliche Mühe von seiten der Kritiker, die Frage zu stellen: „Wie könnt ihr eine Idee damit belämpfen, daß Ihr lediglich ihre äußeren Kundgebungen unterdrückt. Eine solche Frage stellt man vernünftigen Menschen, die im Stande sind, auf einen Einwand mit Verstand einzugehen, nicht aber unvernünftigen Personen, die sich von blinder Leidenschaft leit von der Vernunft leiten lassen und sich brüsten auf ihre Nachvollkommenheit berufen, mit Gewalt niederzutreten, wo sie nicht zu überreden vermögen. Wird die Befassung des Deutschen Reiches dergestalt geändert, daß die arbeitenden Massen ihre politischen Ansichten nicht angemessen zum Ausdruck zu bringen vermögen, so kehrt allermählig die Geschichte, was geschehen wird. Diese Ansichten werden auf irgend eine Weise zum Ausdruck kommen, wenn auch nicht auf friedlichem Wege. Deutschland hat sich der großen Gelegenheit einer friedlichen Entwicklung vom feudalen Militarismus zur Demokratie erzeigt — es scheint . . . diese Gelegenheit wegzuworfen.“

Für den Fall, daß deutsche Reptilienblätter versuchen sollten, diese Aeußerung daraufhin zu verdächtigen, daß die Engländer dem Deutschen Reich sübel wollten, sei im voraus bemerkt, daß das „Chronicle“, wie „Daily News“ u. a. bei der jetzigen Kritik von Anfang an sich der Beteiligung an der Deutschenhege enthalten und hinter keinem deutschen Blatt in bezug auf Brandmarlung der britischen Südafrika-Gesellschaft und der Jamefonschen Expedition zurückgeblieben hat, und weiter daß, als vor fünf Jahren Deutschland Niene machte, die Leitung in Sachen internationaler Sozialreformen zu übernehmen, sein Blatt lauter das Lob der deutschen Regierungen gesungen hat wie das „Daily Chronicle“. Dieses Lob hat man damals mit Behagen registriert, so wolle man jetzt auch gefälligst die Kritik mit Anstand entgegennehmen.

Italien.

Rom, 8. Februar. (Eig. Ber.) Soziale Zustände in Sardinien. Nicht nur die Konzentration des Grundbesitzes in den Händen weniger, auch die allzu große Zersplitterung des ländlichen Besitzes kann die ackerbaureibende Bevölkerung eines Landes in das Elend bringen. Der Laßlandienbesitz ist der Grund der unglücklichen Lage der Laßlandbevölkerung in Sizilien; in Sardinien ist es die übergroße Zersplitterung des Besitzes, welche Zustände herbeiführt hat, die an Traurigkeit diejenigen Siziliens noch bei weitem überbieten.

Die Grundstücke der sardinischen Bauern sind so winzig klein, daß jede Missernte sie sofort der Mittel zur Fristung des Lebens beraubt. Nach einer solchen Missernte, wie sie im letzten Jahre eingetreten ist, ziehen diese „Grundbesitzer“ schaarenweise aus, um in der Umgegend Nahrungsmittel als Almosen zu erbiten. Sie ziehen sogar vor die Gefängnisanstalten, um sich das Brot geben zu lassen, das die Strafgefangenen ungenießbar finden. Missernten sind in dem des Lebens entbehrenden Lande sehr häufig und die ländliche Bevölkerung ist durch sie körperlich und geistig so zerrüttet worden, daß sie unfähig ist, ihre Lage irgendwie zu verbessern; zur Nahrungseligkeit kommen noch die Malariafieber, denen schlecht genährte Körper stets ausgesetzt sind.

Aber auch außerhalb der Zeiten eigentlicher Missernten übt die Zersplitterung des Grundeigentums in kleinen Parzellen ihre Wirkung. Die Darlethe auf Wuchersinsen, welche die „Besitzer“ in schlechten Jahren aufnehmen müssen, entziehen ihnen auch den Ertrag der guten Jahre. Es klingt ungläublich, ist aber durch die amtliche Statistik nachgewiesen, daß die Zahl der Zwangsversteigerungen von ländlichen Grundstücken auf der Insel Sardinien größer ist, als im ganzen übrigen Italien zusammengezählt. Dem Staate erwächst aus den wegen Steuerrückständen oder Privatschulden konfiszirten Grundstücken dort die größte Verlegenheit; niemand will sie erlösen, oft muß man sie notgedrungen dem ausgetriebenen Besitzer ohne Entgelt wieder überlassen. Die definitiv ausgetriebenen Familien aber vereinigen sich in freiesorten und Erbhöhlen; wer noch leidlich rüthig und im Besitz einer Hinte ist, schlief sich den in den Wäldern lebenden, auf gleiche Weise entlandenen Räuberband an. Das Räuberwesen, davon zeigt die Verhältnisse der Gendarmerie, hat in Sardinien eine noch weit größere Ausdehnung als in Sizilien. Bisweilen werden ganze Dörfer überfallen und ausgeraubt.

Die sardinischen Gemeinden sind völlig außer Stande, zur Abhilfe der chronischen Noth irgend etwas zu thun; denn die Gemeindeverwaltung ist infolge der Armut der Gemeindeangehörigen gleichfalls in vollem Verfall begriffen.

Der Staat hat für die Insel Sardinien schon damals nichts gethan, als diese noch einen Bestandtheil des Königreichs Sardinien bildete. Aber auch der italienische Gesamtstaat findet offenbar, daß die in Sardinien zu lösende Aufgabe seine Kräfte übersteigt. Es würde sich darum handeln, zahlreiche unfruchtbarere Länder zur Verbelegung und mittels erheblicher Geldvorschüsse zur Bebauung zu bringen, ungesunde Landstriche zu

entsumphen u. s. w. Woher sollte ein Staat, dessen Bevölkerung mit Steuern überlastet und dessen Finanzverwaltung schlecht geordnet ist und der außerdem überflüssige Kriege in Afrika führt, die erforderlichen Mittel zur Errettung jener unglücklichen Provinz nehmen? —

Erhöhung des Steuerdrucks. Daß die Klagen der italienischen Bevölkerung über die zunehmende Steuerbedrückung und die allgemeine Theuerung nicht unbegründet sind, erweist man aus der nachfolgenden Liste der neuesten Steuererhöhungen u. s. w., welche eines der größten Blätter Italiens zusammenstellt:

1. Die Erhöhung des Einfuhrzollens, besonders für Getreide.
2. Die Erhöhung der Lage für den Verkauf von Alkoholla.
3. Die Erhöhung der Steuer für bewegliches Kapital.
4. Die Reduktion der Staats-Schuldenrenten.
5. Die Uebertragung der bisher den Gemeinden gehörigen Steuern vom beweglichen Kapital an den Staat.
6. Die Veränderung der Polltaxe.
7. Die Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer.
8. Die Erhöhung der Lage für Zichorie.
9. Die Abgaben für die Raffinerie mineralischer Oele.
10. Die Erhöhung der Lage für den Spiritusverkauf.
11. Die neue Lage für die Fabrikation von Streichhölzern.
12. Die Steuern für Gas- und elektrisches Licht.
13. Die Hypotheksteuer.
14. Die Affekurssteuer.
15. Die Uebersteuer auf die Geldstrafen und die Uebertragung der Registersteuer u. c. c.

Wo sind, so fragt das Blatt, die Früchte all dieser Lasten, Gebühren? Immer neue Steuern stehen in Sicht, eine Anleihe von 200 Millionen.

„Zähle, Bajazzo!“ ist jetzt das verbreitetste Lied, das jedem täglich und stündlich in die Ohren klingt.

Aus Afrika keine Nachrichten, als die, daß Baratieri in aller Eile 13000 Mann Verstärkung und mehrere tausend Posttiere verlangt. Die Lage ist also sehr kritisch. Die gebrauchten Verstärkungen können frühestens Ende des Monats zu Baratieri's Verfügung sein. Kann er sich so lange halten? —

Spanien.

Madrid, 11. Februar. Die Erregung unter der Bevölkerung von Madrid wegen des bei der Plakete des Marschalls Martinez Campos stattgefundenen Zwischenfalls dauert fort. Die republikanische und die antidynastische Partei suchen die Anwesenheit gegen das Kabinet auszubenten. Das Kabinet Canovas scheint immer mehr seine Volkshämlichkeit zu verlieren.

Es ist uns neu, daß dieses Kabinet, das Konservatismus und ärgste Korruption gleichzeitig repräsentiert, jemals vollständig gewesen ist.

Ueber den Zustand in Kuba veröffentlicht die spanische Regierung jetzt nur noch Siegesdepeschen. Kein Tag ohne Sieg — ja meistens sind's zwei Siege an einem Tag. Und das alles noch vor Ankunft des neuen Feldherrn, des Generals Weyler, der in den 10 Jahren des vorigen Zustands — von 1868 bis 1878 —, elliptische dreißig Tausend gefangene Insurgenten erschossen ließ. Wenn Weyler, der dieser Tage auf der Insel angelangt ist, seinen Feldzug beginnt, wird es jeden Tag mindestens drei spanische Siege geben — auf dem Papier.

Schery bei Seite — die spanischen Kriegsberichte sind ganz ungläublich. Das Ganze wird vom Himmel heruntergelogen. Auf der anderen Seite sind auch die amerikanischen Berichte nicht zuverläßig. — immerhin nähern sie sich, wie bisher der Erfolg gezeigt hat, weit mehr der Wahrheit als die spanischen. Aus Paris erfahren wir, daß die Amerikaner selbst dort ein eigenes Organ herausgeben, die „Republique Cubaine“, welche seit Ende des vorigen Monats wöchentlich erscheint. Eine Nummer ist uns noch nicht zu Gesicht gekommen. Auf Unparteilichkeit kann das Blatt selbstverständlich auch keine Ansprüche machen, allein es ist immerhin schon eine bedeutsame Thatfache, daß die Insurgenten regelmäßige Verbindungen mit der Außenwelt erlangt haben. Es ist das um so bedeutsamer, als daraus erhellt, daß die Spanier keine wirkliche Blockade aufrechterhalten können. Und das ist für die Vereinigten Staaten ein völkerrechtlicher Grund, die Amerikaner als kriegsführende Macht anzugreifen.

Bulgarien.

Rußland beherrscht im Augenblicke die Situation, wie aus der folgenden Depesche aus Sofia hervorgeht:

Zanlow und Genossen erklären sich als Anhänger des Fürsten. Zwei der heftigsten Gegner der Dynastie, Trajowitsch und Stantschew wurden vom Fürsten in längerer Audienz empfangen. Die „Swoboda“, das Organ des ermordeten Stambulow, ist ebenfalls in das Lager der Russophilen übergegangen.

Serbien.

Belgrad, 10. Februar. In der Clupschina wurde ein Ulas verlesen, durch welchen die Regierung ermächtigt wird, eine Vorlage betreffend die Revision der Verfassung einzubringen.

Türkei.

Konstantinopel, 10. Februar. Heute wurden abermals zahlreiche Verhaftungen von Jungtürken vorgenommen. Auch der Adjutant des Kriegsministers befindet sich unter den Verhafteten.

Afrika.

Kairo, 10. Februar. Die gesetzgebende Körperschaft ist heute von dem Khedive eröffnet worden.

Aus Abyssinien keine Nachrichten. Crispin läßt keine Telegramme und Briefe durch, die nicht die Zensur passiert haben. Bewahmt ist, daß Menelik, der Oberhäuptling von Abessinien, nach der Bezeichnung von Makalle, unter Deckung der kriegsgefangenen Italiener, die er dann später frei ließ, das italienische Meer unter Baratieri umgangen hat. Die Frage ist nun: hat Baratieri so viel Truppen, daß er sich einer Umklammerung entziehen kann? Wenn nicht, so ist er mit der ganzen Armee verloren. Die italienische Oppositionspresse behauptet, die Expeditionstruppen seien sehr mangelhaft ausgerüstet und im Lager Baratieri's herrsche nichts weniger als Ordnung und Zuversicht. Beweis ist ferner, daß seit Monaten, das heißt offiziell seit dem 20. September, mit Menelik unterhandelt wird. Ist es aber Menelik Ernst damit? Hat er bloß Zeit gewinnen wollen? Niemand kann es sagen; und die öffentliche Meinung in Italien macht sich auf neue und schmerzliche Diababosten gefaßt.

Nach den letzten Telegrammen hat Baratieri seine frühere feste Stellung aufgeben müssen, und steht in nächster Nähe von feindlichen Truppen, so daß eine Schlacht jeden Augenblick zu erwarten ist.

Südafrikanisches. In Pretoria ist eine lange Liste von Geschenken, welche dem Volktraad im Mai vorgelegt werden sollen, veröffentlicht worden. Außer den Reform-Geschenkwürfen, die sich auf das Unterrichtswesen, die Stadtverwaltung in Johannesburg und auf Preberegungen beziehen, umfaßt die Liste Geschenkwürfe betreffend die Errichtung einer Abteilung für Landwirtschaft im Ministerium, sowie die Schaffung von Arbeiterschulen und die Regelung der Verwendung einheimischer Arbeiter.

Die „Standard and Diggers News“, welche in Beziehung zu der Regierung Transvaals stehen, erhielten ein Telegramm aus Johannesburg von gestern, wonach Präsident Kräger die Einladung Chamberlain's, nach England zu kommen, angenommen hat. Präsident Kräger wird sich demnach mit einer Kommission dahin begeben. Die Punkte, über welche derselbe mit der englischen Regierung verhandelt wird, werden

vor seiner Abreise festgestellt werden. Die Arbeiten in den Minen seien auf der ganzen Linie wieder aufgenommen worden; reichlicher Regen sei gefallen. Die Einwendungen, gegen den Gesetzentwurf betreffend die Stadtverwaltung von Johannesburg beruhten auf einem Missverständnis. Sämtliche Personen, welche Eigentum in Johannesburg im Werte von 200 Pfund Sterling besitzen, während zweier Jahre in Johannesburg gewohnt haben und naturalisiert sind, könnten zu Gemeinderäten gewählt werden. —

Madagaskar. Dem „Neuter'schen Bureau“ wird aus Port Louis gemeldet, ein Schreiben, welches ein französischer Korrespondent auf Madagaskar am 24. v. M. an eine auf Réunion erscheinende Zeitung gerichtet habe, Berichte von einer großen Verschwörung in Antananarivo. Viertausend Hovas hätten die Franzosen angegriffen, seien aber mit einem Verluste von dreitausend Toten (offentlich sind es ein paar weniger gewesen. Red. d. B.) zurückgeschlagen worden. Gerüchtweise verlautet, französische Offiziere und Soldaten seien ermordet worden. Dierzehn Hauptlinge der Hovas seien zum Tode verurteilt worden und der Generalgouverneur Parache habe die sofortige Erschießung derselben angeordnet. Mehrere andere Hauptlinge der Hovas seien zur Deportation verurteilt worden. — Die Meldung ist jedenfalls mit Vorsicht anzunehmen, da die Nachricht offiziell unbestätigt ist.

Amerika.

Washington, 10. Februar. Präsident Cleveland hat dem Senate die Ernennung Uhl's zum Botschafter in Berlin mitgeteilt. Der Senat hat die Ernennung bestätigt. —

Der Plan der Gründung einer National-Universität in Washington. Dem Kongress ist wieder einmal ein Vorschlag zur Gründung einer National-Universität unterbreitet worden und eine entsprechende Bill, ähnlich einer solchen, wie sie in der vorigen Kongress-Session dem Senate vorlag, wurde in beiden Häusern eingereicht. An der Spitze der Universität sollen sechzehn Verwaltungsräte nebst dem Präsidenten als Vorsitzenden stehen und diese sollen nebst zwölf bedeutenden Pädagogen einen Erziehungsrath bilden.

Gegen den Plan macht sich indes in Gelehrtenkreisen eine starke Opposition geltend, da man eine Konkurrenz für die bestehenden Universitäten fürchtet und Washington wegen der ibenehrenden Unterhaltskosten und der Anwesenheit der Hemterjäger für ein ungeeignetes Pflaster hält. —

Savannah, 11. Februar. (C. N. of G.) Das von General Wesley erlassene Manifest ist in der offiziellen „Gazette“ erschienen. Es enthält sehr scharfe Bestimmungen gegen alle diejenigen, welche irgendwie sympathische Kundgebungen zu Gunsten der Insurgenten veranlassen oder ausführen. Alle solche sollen sofort in Haft genommen und von einem mit außerordentlichen Befugnissen ausgestatteten Gerichtshof prozessiert werden. Im ferneren deutet das Manifest die Organisation eines kubanischen Freiwilligen Korps an. —

Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

Aufruf!

Nachdem die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen Berlins vergeblich versucht haben, durch friedliche Vereinbarung mit den Unternehmern eine Besserung ihrer überaus traurigen Lage zu erzielen, blieb ihnen nur übrig, die Arbeit einzustellen.

Der nun entbrannte Kampf stellt an den Muth, die Ausdauer und die Entbehrungsfähigkeit der Streikenden die höchsten Anforderungen. Aber was nützt alle Begeisterung, was aller Duldersinn, wenn es am Nothwendigsten fehlt, wenn der nackte Hunger an die Thüre pocht? Von ihrem geringen Verdienste, der kaum hinreichte, den Magen zu füllen und die Blöße zu decken, konnten die jetzt Ausständigen keine Arsenale zu dem Kampfe vorsorglich füllen.

Sie wenden sich darum an alle anderen Arbeiter und an alle diejenigen, welche die Nothwendigkeit einer Aenderung der verrotteten Zustände in dieser Industrie einsehen, mit der dringenden Aufforderung, nach besten Kräften ihnen zu helfen.

Alle, alle mögen freudig ihr Scherlein opfern, denn es gilt den Aermsten der Armen zu helfen!

Auch die Expedition des „Vorwärts“ hat sich bereit erklärt, Beiträge für die Streikenden entgegenzunehmen und darüber in dem Blatte Rechnung zu legen.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.
J. A.: J. Timm.

Aus den Reihen der Kampfsenden gehen dem „Vorwärts“ täglich eine Menge Zuschriften zu, die alle Zeugnis ablegen, sowohl von einer tiefen Einsicht in die Ursachen der Noth unter den Konfektionsarbeitern und Arbeiterinnen, als auch von einer überaus lobenswerthen Entschlossenheit, den einmal begonnenen Kampf bis zum Siege durchzuführen. Es ist unmöglich auch nur andächtigweise alle diese Briefe zu veröffentlichen. In vielen lehrte aber die beherzigenswerthe Mahnung wieder, der wir hier Raum geben, daß alle einsichtigen Arbeiter ihre Frauen und Töchter, die vielleicht von den Konfektionsarbeitern durch glänzende Versprechungen zum Bruch ihres Wortes verlockt werden, von dem schloßen Verrathe der ganzen Sache abhalten möchten. Nur durch Einigkeit und entschlossenes Aushalten aller, aber auch aller, kann ein gedeihliches Resultat erreicht werden.

Der „Berliner Abendpost“ entnehmen wir die Meldung, daß viele Zwischenmeister behaupten, der Streik beruhe sie garnicht, da sie nur Frauen und Töchter kleiner Beamten beschäftigen, die entschlossen seien, weiter zu arbeiten. Verwunderlich klingt diese Nachricht nicht gerade, da die Einseitigkeit in sozialpolitischen Angelegenheiten in jenen Kreisen zu Hause ist. Aber man darf doch vielleicht hoffen, daß in den bürgerlichen Häusern, bei den kleinen Beamten und bei allen, die es angeht, das Ehrgefühl sich ein wenig regt, sodas sie die Frauen abhalten, in dieser schweren Zeit ihren geknechteten proletarischen Schwestern in den Rücken zu fallen. Hier heißt es wirklich einmal eine Pflicht erfüllen!

An die Adresse der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ in einem Briefe einer Konfektionsarbeiterin aus Berlin W. finden wir folgende Stelle, die wir dem „Kraftmenschen“ in der Redaktion jener Zeitung als einen neuen Ausdruck der Volkmeinung über die „Kritikrathentheorie“ vorführen. Es heißt da: „Was so ein Unternehmer in einem Tage verdient, dafür muß manche Wamsel sich ein Vierteljahr und noch länger quälen. Und die Herrn dünken sich die edlen, wollen

kommen und rechtthuenden Geschäfte und betrachten uns für den Auswurf der Menschheit.“

Ein Flugblatt über den Lohnkampf in der Konfektion ist zur Aufklärung des Publikums am Dienstag Morgen in 300 000 Exemplaren in Berlin verbreitet worden.

Die Schneidermeister werden, wie verlautet, eine große Versammlung einberufen, um sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, Ausbeuter der Arbeiter zu sein. Besonders die Regierungsvertreter und die Veranstalter der bürgerlichen Kundgebung im Konzerthause sollen dazu eingeladen werden.

Berichte.

Breslau, 11. Februar. Das Wolff'sche Telegraphen-Bureau meldet:

Zu der heutigen Versammlung der hiesigen Schneider und ihrer Arbeitgeber wurde nach Anerkennung der Forderungen der ersteren der Streik beigelegt.

In Stettin fand am Montag eine von 700 Personen besuchte Versammlung statt, die eine Lohnkommission beauftragte, unter Hinzuziehung von Näherinnen einen Lohnsatz für Näherinnen auszuarbeiten, der den Zwischenmeistern zugestellt wird. — Der Streik dauert in Stettin unverändert fort.

Halle a. d. S., 11. Februar. Eine Versammlung von 600 Arbeitern und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche beschloß in den Streit einzutreten, da die Forderungen von den Konfektionsfirmen nicht bewilligt worden sind.

Aus Erfurt bringt uns heute ein Privattelegramm die wichtige Nachricht, daß die meisten Zwischenmeister sich mit den Arbeitern solidarisch erklärten und gleichfalls in den Streik eintreten.

Dortmund, den 9. Februar. Am Sonntag, den 9. Februar, fand hier eine Versammlung aller gewerblichen Arbeiter statt, die sehr gut besucht war und folgende Resolution annahm: Die heutige öffentliche Gewerkschaftsversammlung hält nach den Ausführungen des Referenten Genossen Lehmann die Forderungen der Schneider und Schneiderinnen für mindestens berechtigt und erklärt, den gegenwärtigen Kampf moralisch sowohl als finanziell nach Möglichkeit zu unterstützen.

Kassel. In der Sitzung des Gewerkschaftsrates wurde am Freitag der einstimmige Beschluß gefaßt. Dienstag, den 18. Februar, eine öffentliche Schneiderversammlung abzuhalten, welche sich mit der Bewegung in der Konfektionsindustrie beschäftigen soll.

Lüneburg, 9. Februar. (Sig. Ber.) In einer öffentlichen, gut besuchten Volksversammlung aller Branchen, in welcher Stähler aus Hamburg über die Lage der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen referierte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige sehr gut besuchte öffentliche Volksversammlung Lüneburgs erkennt in anbedacht der sehr großen Nothlage der in der Konfektionsbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die Bewegung derselben zur Erreichung besserer Existenzbedingungen als vollkommen berechtigt an und spricht in Uebereinstimmung mit der gesammten Arbeiterchaft Deutschlands dieser Bewegung die vollste Sympathie aus. Die Volksversammlung verspricht nach besten Kräften zur recht baldigen Erreichung ihrer gerechten Forderungen behülflich zu sein.“

Partei-Nachrichten.

Quittung.

Für die Familien der im Offenher Prozeß verurtheilten Bergleute sind bei mir noch eingezogen aus Berlin, Kirschberg, Weinbergsweg 20.— M. Von August Düll 5.—, H. Nirdorf in Beerberg 4.—, Wgen vom Bahloer und sonstigen Auhängern der Nothe 16.—, Krefeld durch H. Baer, Ueberschuß vom Volks-Unterhaltungsabend am 1. Dezember 1895 49,58, Zwidau i. S. von den sächsischen Bergarbeitern gesammelt durch H. Pr. 571,90, Gesehensünde, Norddeutsche Volksstimme 345,55, Buenos Aires (Süd-Amerika), Verein Vorwärts durch H. Nüdiger 141,22, Altona, Jahrbücher des Metallarbeiter-Berbandes 24.—, Nürnberg „fränkische Tagespost“ 15,50, Rothhausen 3.—, Summa 993,15 M. Am 27. Januar quittirt 55 020,35 M. Gesamtsomme 56 018,50 M. Den Gebern besten Dank.

Wolfg. Wunderlich.

Bochum, den 10. Februar 1896.

Von der Agitation. In Fürstenwalde a. d. Spre e hielt vor einer zahlreich besuchten Volksversammlung am Montag Abend der Reichstagsabgeordnete August Kühn-Langensielau einen Vortrag über die politische und wirtschaftliche Lage und die Aufgaben des Reichstages.

Die erste diesjährige größere Landagitation von Breslau aus hat am vorvergangenen Sonntag stattgefunden. In zwei Abtheilungen zu je 20 Mann ging es mit den ersten Lagen der Freiburger, sowie Niederschle, Mark. Bahn in den Wahlkreis Breslau-Neumarkt. 10 000 Stück Flugblätter und 3000 Broschüren wurden vertrieben. Durch das eingetretene Thauwetter, sowie durch den vorangegangenen Sprühregen waren die Fuß- und Fahrwege so durchweicht, daß stellenweise die Genossen bis an die Knöchel im Schmutz waten. Die Aufnahme war im allgemeinen eine gute und mancher der Landagitatoren nahm ein „baldiges Wiederkommen“ mit auf den Heimweg.

Als Mitglieder des rheinischen Agitations-Komitees in Elberfeld sind gewählt die Genossen Grimpe, Neumann, Kondla.

Mainz, 6. Februar. Laut Beschluß des Landes-Komitees der sozialdemokratischen Partei des Großherzogthums Hessen, das hier in Mainz seinen Sitz hat, findet Mitte April, voraussichtlich in Oberhessen, eine Landeskonferenz der Partei statt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bilden die im Herbst oder Spätsommer stattfindenden Wahlen zum hessischen Landtag. Von den vier Mandaten, welche die sozialdemokratische Partei in der zweiten hessischen Kammer gegenwärtig inne hat, werden drei erledigt und zwar die unserer Genossen Jöst und Ulrich für die Stadt Mainz und das Mandat des Genossen Philipp Müller für den Offenbacher Landkreis. Die Partei hofft ihre seither innegehabten Mandate behaupten, wenn die Genossen allermüths ihre Schuldigkeit thun. Auch in einigen weiteren Wahlkreisen wird die Partei sich mit Erfolg betheiligen können, denn die Vorbedingungen sind dazu vorhanden.

Als weiterer Punkt der Tagesordnung der Landeskonferenz wird die Stellung der sozialdemokratischen Partei in Hessen zu den Gewerkschaften“ festgesetzt, welcher Gegenstand auf Antrag der Genossen in Offenbach schon auf der Tagesordnung der letzten Landeskonferenz in Plungstadt stand, dort aber nicht zur Verathung gelangte. Weiter hat das Landeskomitee beschlossen, möglichst bald eine rege Agitation vorwiegend in den ländlichen Bezirken des ganzen Großherzogthums zu entfalten.

Der Jahrestag der polnischen Märtyrer wurde in Zürich in Saale des Vereins „Eintracht“ würdig gefeiert. Drei Reden wurden gehalten: vom Genossen Geislich, von einem Polen und von dem russischen Genossen Plechanow. Von der Rede des letzteren sagt die „Berliner Zeitung“:

„Die Rede war kurz, aber kernig. Er erzwang an einen Spruch des Franzosen Lamennais, den dieser an die Adresse der Polen richtete: „Schlaf ruhig im Grabe, da ich aber für eine Wiedergeburt“ — und sagte, daß wir die Sache anders

auffassen müssen: Polen liegt nicht im Grabe, die gewaltige Entwicklung seiner Sozialdemokratie giebt dafür den besten Beweis. Und wenn diese Sozialdemokratie einmal ans Werk geht, um dem Zarismus einen Todesstoß zu geben, dann kann sie getrost auf die Hilfe des ganzen proletarischen rechnen. Im Westen sind es die deutschen, im Osten die russischen Arbeiter, die ihr die Hand reichen werden, und es wird die Aufgabe dieser letzteren sein, das im entscheidenden Momente aus Rußland nach Polen — nicht nur Denken kommen. Als die russische revolutionäre Bewegung vor zehn Jahren erlahmte, da fragten sich die aus den gebildeten Ständen stammenden Revolutionäre: was thun? woher die Kräfte zum Kampfe finden? Da gaben ihnen die russischen Sozialdemokraten die Antwort: wendet Euch an die Arbeitermassen, das sind die einzigen revolutionären Elemente; und wenn Ihr nicht wisst, wie die Arbeit anzugreifen, so nehmt Euch ein Beispiel an den Polen, die, in denselben politischen Verhältnissen wie die Russen lebend, eine kräftige Arbeiterbewegung gebildet haben. Für dieses glorreiche Beispiel, das uns die Polen geben, sind wir ihnen dankbar und immer werden wir wiederholen: „wirke, du, unser Polen, du, unser proletarisches Polen, kämpfe und du siegst!“

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— „Gilt!“ Unter dieser Aufschrift erhielt am 5. Februar Genosse Feldmann in Langensielau aus Köln einen Gerichtsbrief, wonach in einer Strafsache gegen ihn wegen angeblicher Beleidigung durch die Presse am 4. Februar (also am Tag vorher) in Köln ein Zeuge vernommen werden soll, bei dessen Vernehmung er berechtigt ist, anwesend zu sein oder sich durch einen Verteidiger vertreten zu lassen. Wie dies letztere aber möglich sein soll, wenn erst einen Tag später von der beabsichtigten Vernehmung Kenntnis gegeben wird — dies Kunststück möge man uns erst vorzeichnen.

— Wegen Beleidigung des Fabrikanten Springorum in Düsseldorf, des Mannes, dessen zu Gewaltthätigkeiten neigenden Charakter das Schöffengericht durch Urtheil ausdrücklich hervorgehoben hatte, wurde der verantwortliche Redakteur der „Niederhessischen Volkszeitung“, Genosse Wessel, von der Strafkammer zu 40 M. Geldstrafe verurtheilt. Spr. hatte einen ehrlichen Arbeiter ohne Grund „Lump“ genannt und ihm, ohne auch die leiseste Spur eines Beweises oder irgend einen Anhaltspunkt dafür zu haben, vorgeworfen, daß der Arbeiter dem Spr. 180 M. gestohlen habe. Die „Niederh. Volkszeitung“ hatte diesen Vorfall einer Kritik unterzogen.

— Die Nr. 4 der „Thüringer Tribüne“ und des „Nordhäuser Volksblattes“, die vor längerer Zeit wegen Respektlos- und Kriegsminister-Beleidigung konfiskirt wurde, ist wieder freigegeben. Der Staatsanwalt hat das Strafverfahren eingestellt.

— In Gotha wurde der Redakteur unseres Parteiblattes, Genosse Jock, in der Verurteilung wegen Beleidigung eines Schuldirektors zu einem Monat Gefängniß verurtheilt.

— Groben Unfug soll der Redakteur der „Apoldaer Freien Presse“ verübt haben, weil er unter den Lesern Mittheilung machte von den zahllosen Bestrafungen, Verfolgungen, Maßregelungen etc., denen sich unter dem Septemberherrscher die Sozialdemokraten zu erwehren haben. Die Anklage wird gerade am 1. a. s. n. a. c. t. a. g. t. a. g. e. vor dem Schöffengericht in Apolda verhandelt werden.

— Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen soll der Redakteur unseres Chemnitzer Parteiblattes, Genosse Emil Rosenow, nach Ansicht der Staatsanwaltschaft begangen haben durch eine in der letzten Nummer vom vorigen Jahre enthaltene Notiz. In der Sache hat vor der Staatsanwaltschaft eine Vernehmung stattgefunden.

— In der Verurteilung in Strafkammer in Mannheim über eine Privatbeleidigungsklage des Redakteurs der in Frankfurt am Main erscheinenden „Kaufmännischen Presse“, Dr. Quard, gegen den Mannheimer Amtsrichter Nedel verhandelt. Der Beklagte hatte in einer Urtheilsbegründung einen Artikel der „Kaufm. Presse“ als „gefährlich und unerschämmt“ bezeichnet. Das Schöffengericht hatte den von Dr. Quard wegen dieser Ausdrücke verklagten Richter freigesprochen. Die Verurteilung Dr. Quard's gegen dieses Erkenntniß wurde heute verworfen. Das Gericht war der Anschauung, daß der Unterrichter berechtigt, ja gezwungen gewesen sei, den fraglichen Artikel in Berücksichtigung zu ziehen. Die gebrauchten Ausdrücke seien vielleicht etwas hart, aber eine Ehrenkränkung könne darin nicht gefunden werden. Also, nicht.

— Genosse Jean Hauck, der frühere Verantwortliche der „Pfälzischen Post“ in Ludwigshafen war dieser Tage von einem Lehrer wegen angeblicher Beleidigung vor den Rabi citirt; er trat aber einen umfangreichen Wahrheitsbeweis an und enthielt, daß der biedere Jünger Pestalozzi's für ein Vorbild in Heidelberg Wein liebt und in Freiburg i. B. selbst einige Hühnerhühner besitzt. Der brave Ordnungsmann und Erzieher der Jugend wurde mit seiner Klage selbstverständlich abgewiesen und dürfte sich hinfort nur einem Gewerbe widmen, weil's doch mit der Schulmeisterei ein Ende haben muß.

— Genosse August Krohn in Konstanz ist in Folge des Amnestie-Erlasses ebenfalls einiger Strafen sammt Kosten ledig. Wegen „Störung der Sonntagstruhe“ — verübt durch Vertheilung des „Offenburger Volksfreunds“ an die Abonnenten! — war er in dritter Instanz zu 3 M. und wegen Uebertretung des badiischen Einfuhrungsgesetzes, betreffend Verbreitung von Flugblättern, ebenfalls in dritter Instanz zu 10 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Die Kosten dieser Prozesse mögen sich auf 200 M. belaufen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 11. Februar. (B. Z. B.) Die internationale Schlafwagen-Gesellschaft“ meldet: Der Orient-Expresszug Konstantinopel-Paris ist unweit Constanza in Rumänien entgleist. Ein weiterer Unglücksfall hat sich dabei nicht ereignet.

Wien, 11. Februar. (B. Z.) Wegen Wechselfälschungen wurde der Buchhalter der hiesigen Konfektionsfirma „Maison Francine“, namens Sander Trost verhaftet.

Budapest, 11. Februar. (B. Z.) Auf Requisition des Kultusministers wurde Pulszky verhaftet und aus dem Irrenhause nach dem Untersuchungsgefängniß gebracht.

Zürich, 11. Februar. (B. Z.) Wegen des ablehnenden Beschlusses der Direktion der Gotthardbahn zu den Forderungen des Personals werden die schweizerischen Bahnbeamten am Sonntag auch gegen die Gotthardbahn Stellung nehmen.

Madrid, 11. Februar. (B. Z.) Wegen Betheiligung an der republikanischen Kundgebung am Freitag vergangener Woche wurden drei Redakteure des Blattes „El País“ verhaftet.

London, 11. Februar. (B. Z.) Der Antrag der Grubenarbeiter auf Einführung des Achtstundentages in allen Bergwerken ver sprach der Minister des Innern seinen Ministerkollegen zu empfehlen.

Washington, 11. Februar. (B. Z.) Der Senat hat auf Antrag des Republikaners Cameron beschloffen, die Regierung anzuweisen, sich nach Kräften bei der spanischen Regierung zu verwenden, damit dem für seine Freiheit kämpfenden Volke von Kuba seine Unabhängigkeit gewahrt werde.

Savannah, 11. Februar. (B. Z. B.) General Wesley hielt bei seiner Ankunft hier selbst Ansprachen an die Behörden, worin er ausführte, daß er, so lange der Krieg dauere, keinerlei politische Unterscheidung machen werde; für ihn gäbe es nur Spanier und Separatisten.

Vercia, 11. Februar. (B. Z. B.) Das von dem Universitätsprofessor Salgioni erfundene Instrument, welches für das menschliche Auge die Nöthenigen Strahlen wahrnehmbar macht, hat den Namen Triptostop erhalten. Man wird mit Hilfe desselben im Stande sein, in den Geweben des menschlichen Körpers befindliche Fremdkörper unmittelbar auch ohne Anwendung von Photographien deutlich wahrzunehmen.

Reichstag.

87. Sitzung vom 11. Februar 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Fürst zu Soltendörff, Graf Posadowsky, v. Marschall, v. Bötticher.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Besprechung der Erklärung des Reichskanzlers über die Währungsfrage.

Abg. Graf Mirbach (L.): Wenn man die Erklärung des Reichskanzlers rein äußerlich betrachtet, wo „sehr richtig!“ rechts und „sehr richtig!“ links mit einander abwechseln, so hat man den Eindruck einer Serpentine; ich will nicht sagen Serpentinanz, die sich anlehnt an einen Hic-Hac-Bogen. Es fällt mir nicht ein, die Wichtigkeit der Erklärung der Regierung zu bezweifeln. Auf einer Seite muß aber hier ein Irrthum vorliegen und diesen Irrthum müssen wir klar stellen. In keinem Lande sind die Schwierigkeiten so groß, wie gerade in England; denken Sie an die englischen Vorurtheile, an das ungeheure mobile Kapital in England, und deshalb müßte zunächst, wie gesagt, eine Vorkonferenz stattfinden. Bereits in der Pariser Münz-Konferenz in den 80er Jahren — das müßte doch im Reichs-Schahami bekannt sein — war ein Vorvertrag geschlossen zwischen Nordamerika und Frankreich als programmatische Basis einer Währungsvereinbarung. Woran scheiterte sie? An dem Widerstande von England. Was meinen Freund v. Kardorff persönlich angeht und die Verdächtigung, als hätten unsere bimetalistischen Freunde in Deutschland Geld empfangen von den Silberleuten Amerika's, so werden wir Gelegenheit nehmen, gegen eine solche Insinuation, die in die Presse übergegangen ist, mit größter Schärfe zu protestieren, und zwar in demselben Sinne, wie es Herr v. Kardorff gethan hat. Man könnte eher annehmen, daß unsere Goldwährungsmänner von den Goldminenbesitzern Geld empfangen. Das ist wahrscheinlicher, weil die größeren Vermögen sich auf jener Seite befinden. Unsere Bewegung wird nur getragen von der aufopferungsvollen Hingabe der Männer, denen es nur um die Sache zu thun ist. (Beifall rechts.) Wir haben mit Dank aus der Erklärung des Reichskanzlers herausgehört, daß man bereit ist, unsere Produktion vor der vernichtenden Valutadifferenz zu retten. Diese prinzipielle Stellung verdient gegenüber der früheren Staatspolitik eine recht weite Anerkennung. Unsere Goldwährungsmänner lassen ja lieber unser ganzes Wirtschaftsleben in Trümmer gehen als daß sie eine Aenderung an der Währung vornehmen. (Sehr richtig! rechts.)

Wenn zugegeben wird, daß die Wiederherstellung des Silberpreises etwas wirtschaftlich Wertvolles, allerdings nur international Erreichbares ist, so hat die Regierung allen Anlaß, denjenigen, die auch in privater Stellung dieses Ziel erstreben, ihre Anerkennung nicht vorzuenthalten. (Lachen links.) Es hieß, wir seien nach Frankreich, zu unserem Erbfeind, gegangen und hätten dort beim Präsidenten der Republik antichambriert. Als wir in Paris waren, ist auch nicht einmal von uns der Wunsch laut geworden, den leitenden Staatsmännern vorgestellt zu werden; als aber der Präsident und die Staatsleiter erklärten, sie wünschten, uns zu empfangen, antworteten wir, daß das für uns eine besondere Ehre sein werde. Hätten wir uns ablehnend verhalten, so hätten wir eine eklatante Thorheit begangen (Zustimmung rechts), die wir gern denen überlassen, die uns durch Anpassungen auf ein solches Niveau stellen. Der Rückgang des Silberpreises hat uns große Verluste verursacht. Die Verluste von 1873-95 betragen 235 Millionen Mark, wovon allerdings ein Bruchtheil abzugelassen ist für die ausländischen Erze. Unser Export nach den Silberländern soll seinem Werthe nach nur 3-4 pCt. der gesammten Ausfuhr betragen. Welcher Rückschlag diese Auffassung entspricht (Heiterkeit), unterliegt wohl keinem Zweifel. In dem industriellen Export liegt für England der springende Punkt. Der englische Export ist zurückgegangen um 1 Milliarde, und man kann die Tage zählen, wo die blühende Industrie zerfällt ist. (Sehr richtig! rechts.) Daher die Zunahme der Anhänger für die Doppelwährung; unter den Ministern in England sind 7 Bimetalisten und 8 Vizepräsidenten der Liga; bei uns habe ich eine solche Annäherung noch nicht wahrgenommen. (Sehr richtig! rechts.) Im April 1894 hat Professor Sering im Landwirtschaftsrath erklärt, daß nur der vertragsmäßige internationale Bimetalismus helfen kann, denn die Preissteigerung ist verschärft worden durch die Valutadifferenz. Das ist kein begehrtlicher Agrarier, sondern ein Berliner Professor. (Widerpruch links.) Wenn das Silber um 50 pCt. fällt, dann kann ein Silberland um so viel billiger produzieren, wenn das Silbergeld volle Zahlungskraft behält in den Silberländern. Das ist nicht wegzuleugnen, daß dies der Fall ist in den Silberländern. Die Goldwährung ist irrelevant gegenüber der Valutadifferenz, denn das Gold geht nicht in die Silberländer hinein. Den Banken ist das Gold allerdings reichlich zugeflossen. Dadurch wurde der Diskont auf einem niedrigen Niveau gehalten. Aber auf die Weltmarktpreise ist dies von keiner Wirkung gewesen. Ich gebe dem Abg. Friedberg vollkommen Recht, der Schwerpunkt der Frage liegt in den Valutadifferenzen. Man hat davon gesprochen, daß die Landwirthe ihre Schulden in Silber bezahlen wollen. Aber das ist ja gleich, denn bei der Doppelwährung ist Gold und Silber dasselbe. (Gelächter links.) Die monetären Verhältnisse in Italien, Oesterreich-Ungarn und Amerika nehmen die gesteigerte Goldproduktion vollständig in Anspruch. Wenn es gelänge, das Silber und Gold neben einander als Münzmetalle zu etablieren, so müßten die Papierländer sofort zur Baarzahlung übergehen; das können sie jetzt nicht, weil sie nur Gold ausprägen konnten. Wer im Stande ist, jeden Augenblick zu zahlen, der hat den besten und billigsten Kredit; je mehr die Verhältnisse sich verschlechtern, desto mehr schwindet der Kredit. Die Frage des Exports und Imports wird nicht bloß durch die Silberländer entschieden, sondern auch durch die Papierländer. In der Währungsfrage steht die Landwirtschaft ein großes Mittel zu ihrer Hebung. Mit Genugthuung sehe ich in der Erklärung des Reichskanzlers eines: an keiner Stelle begegnen Sie dem Satz, wir wollen an der Goldwährung festhalten; denn die Hebung und Befestigung des Silberpreises ist ein wertvolles Ziel. Der betretene Weg war ein falscher; aber begangene Fehler kann man in der Zukunft vermeiden. Man müßte mit Frankreich und Amerika unterhandeln, dann wird man zu einem Erfolg kommen. Wenn der Reichskanzler erklärt, daß zur Zeit die Frage nicht zu lösen ist, so heißt das: heute. Schon morgen können Ereignisse eintreten, welche zu einer neuen Initiative auffordern. Die verbündeten Regierungen haben 1891 mit dem schärfsten Ertz und unter Anwendung aller legalen Mittel die Handelsverträge zu Stande gebracht; selbst eine Kommissionsberatung wurde verweigert; die verbündeten Regierungen haben den Getreidezoll nach oben festgelegt, sie haben und der Produktion des Auslandes ausgeliefert, sie haben also allen Anlaß, die Landwirtschaft aus dieser Lage hinauszubringen; das ist Aufgabe der verbündeten Regierungen, nicht unsere Aufgabe. (Beifall rechts.) Der Silberpreis ist vom Jahre 1891 gesunken von 45 auf 28 im Jahre 1894.

Und in diesem Augenblick wurde er verhängnißvoll für die gesammte europäische Produktion. Die verbündeten Regierungen haben die Verantwortung, alles daran zu setzen, daß diese treue landwirtschaftliche Bevölkerung nicht vom Hause fortgetrieben wird, und wenn sie am 16. und 17. Januar die schärfste Ablehnung unseren Anträgen entgegengekehrt haben, so liegt darin eine Kompesse, jetzt unseren Vorschlägen zu folgen. Wir akzeptieren loyal die Stellung, daß die Frage in England entschieden werden soll. Bis zu diesem Zeitpunkt werden wir warten. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Fürst zu Soltendörff: Meine Herren, ich will jetzt nur eine Thatsache hervorheben. Aus den Ausführungen des Herrn Vorredners wie aus den Aeusserungen des Herrn Abg. v. Kardorff in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 7. Februar und aus den in die Presse gelangten Mittheilungen ergibt sich, daß man es unternommen hat, im Auslande über den von der Reichsregierung mit der englischen Regierung auf diplomatischem Wege gepflogenen Meinungsaustausch private Ermittlungen anzustellen. Dieser Vorgang veranlaßt mich, in bezug auf den Inhalt und die Ergebnisse jenes Meinungsaustausches eine kurze nachträgliche Bemerkung zu machen. Die englische Regierung hat die Beteiligte an einer Münzkonferenz nicht grundsätzlich abgelehnt (hört! hört! rechts); sie hat aber ungewissheit erwecken lassen, daß die Öffnung der Indischen Münzhütten von ihr nicht in Aussicht genommen sei, und daß sie auch für die Zukunft in dieser Beziehung nach keiner Seite hin eine Verpflichtung übernehmen könne. (Hört! hört! links.) Bei dieser Sachlage war meines Erachtens von einer die Hebung und Befestigung des Silberwerthes bezweckenden Münzkonferenz ein praktischer Erfolg nicht zu erwarten (sehr richtig! links), und deshalb habe ich geglaubt, die hierauf gerichteten Verhandlungen auch nicht weiter fortsetzen zu sollen.

Abg. Barth (fr. Bg.): Auch wir ausgesprochenen Goldwährungsanaliter mit der Erklärung des Reichskanzlers sehr zufrieden (Zustimmung links), weil der Schwerpunkt darin liegt, daß die verbündeten Regierungen einstimmig beschlossen haben, keine Initiative zur Zusammenberufung der Konferenz zu ergreifen. (Zurück rechts: Zur Zeit!) Mir scheint die Aussicht, daß etwas zu Stande kommt, sehr problematisch zu sein. Aus der Erklärung des Reichskanzlers von der Einstimmigkeit der einzelstaatlichen Regierungen scheint mir hervorzugehen, daß an eine Aenderung der bewährten Goldwährung nicht zu denken ist; es handelt sich immer nur um die Hebung des Silberpreises, nicht um das, was die Bimetalisten wollen.

Es ist verständlich, daß die Münzfelder Gesellschaft, welche ein Drittel der deutschen Produktion umfaßt, ein Interesse an der Hebung des Silberpreises hat! Genauso verständlich ist es, daß die amerikanischen Silberminen-Besitzer es sich etwas kosten lassen, eine Hebung des Preises zu erzielen. Für industrielle Zwecke werden 100 000 Kilogramm gebraucht; sie stehen den Silberproduzenten gegenüber und würden die Kosten der Preissteigerung tragen müssen. Es bleiben also 70 000 Kilogramm übrig, für welche ein höherer Preis im Interesse der nationalen Wirtschaft amehmbar wäre. Diese 70 000 Kilogramm würden bei Verdoppelung des Silberpreises einen Mehrgewinn von 6 Millionen Mark ergeben. Wenn aber die Preissteigerung nur 50 pCt. betragen würde, dann bliebe ein Mehr von 3 Millionen! Und darum Räuber und Mörder! Darum alle anderen nationalen Interessen auf Spiel setzen? Man spricht immer von der rühmlichen Konkurrenz der Silberländer. Die Einfuhr von indischen Weizen betrug nur 0,3 pCt. der gesammten Weizenzufuhr. China, Japan u. haben keinen für unsere Landwirthe schädlichen Export. Es handelt sich um eingebildete Gefahren. Wenn diese landwirtschaftlichen Artikel von diesen billig exportirenden Ländern nicht kommen, dann haben wir doch einen Vortheil davon, denn dann würden wir ja Thee, Kaffee, Seide u. recht billig beziehen können. Graf Mirbach meinte freilich, die Länder mit Papierwährung kämen ebenfalls in Betracht (Sehr richtig! rechts), sie würden bei der Doppelwährung sofort zur Baarzahlung übergehen. Die Herren von der Doppelwährung sind im Prophezeien stark. Ausland ist ein Papierwährungsland und hat einen ausgezeichneten Kredit, Argentinien dagegen hat einen niederträchtigen Kredit. Will Graf Mirbach die Garantie übernehmen, daß Argentinien zur Baarzahlung übergeht, wenn die Doppelwährung eingeführt wird? (Zustimmung links.) Ausland wird, wenn es die Gelegenheit für günstig hält, nicht zur Silber-, sondern zur Goldwährung übergehen. Die Russen würden sich sehr bedanken für eine internationale Doppelwährung. Der Goldbesitz, der unter Kontrolle der russischen Regierung steht, bezieht sich auf mehr als zwei Milliarden Mark. In einem dem russischen Finanzminister nahe stehenden Blatt wird eine internationale und nationale Doppelwährung als eine ökonomische Verirrung bezeichnet. Warum rüden alle Länder von dem uns angeblich so viel Segen versprechenden Bimetalismus ab? Graf Mirbach hat in Zeitungsartikeln erklärt, wenn keine internationale Vereinbarung herbeigeführt werde, werde Amerika zur reinen Silberausprägung übergehen und dadurch die europäische Goldwährung unmöglich machen, indem es seinem Export eine Prämie von 50 pCt. verschafft; das alternde Europa würde dann seinem Schicksal überlassen bleiben. Aber es liegt auch nicht der geringste Anhalt dafür vor, daß eine solche Wendung in Aussicht steht. Eine amerikanische Anleihe, die in letzter Zeit aufgenommen ist, ist nicht in Gold aufgenommen, aber sie wird thatsächlich in Gold ausbezahlt; würden die Staatsgläubiger annehmen, daß die Rückzahlung thatsächlich in Silber erfolgen könnte, dann würde die Anleihe unter pari stehen. Es wird die Entscheidung schließlich dahin gehen, daß auch Amerika zur Goldwährung übergeht. Die bimetalistische Agitation macht sich allerdings sehr bemerkbar, aber keine Regierung hat sich bisher ernsthaft auf solche Ideen eingelassen. Wenn das Ministerium Bourgeois und sieben Mitglieder des englischen Kabinetes bimetalistisch gesinnt sind, dann können wir diesen Ländern die Initiative überlassen; wir können die Dinge mit Ruhe an uns heran kommen lassen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Fuchs (Z.): Die Erklärung des Reichskanzlers bedeutet einen Fortschritt in dem Sinne, wie die Befehle des Reichstages und des Landtages es ausgesprochen haben. Herr Barth meint, es handle sich nur um die Hebung des Silberpreises und man könne jetzt sich ruhig verhalten. Dadurch würde nur eine Stagnation eintreten. Wie die freisinnigen sich auf diesen Standpunkt stellen können, verstehe ich nicht; sie verlangen ja sonst eine Vermehrung der internationalen Beziehungen. Erhebt sich nicht die Valutadifferenz als eine stetig steigende Schranke für den Export? Wenn der Export nach Silberländern nur 3-4 pCt. des ganzen Exportes ausmacht, so ist das ein Beweis für meine Behauptung; denn die Bevölkerung der Silberländer beträgt 800 und die der anderen Länder nur 400 Millionen Einwohner. Länder wie Japan und China sind doch sehr aufnahmefähig, sie sind laun der Kultur erschlossen. Der Export Indiens nach China hat sich in der letzten Zeit verdreifacht. Die Valutadifferenz befördert den Import; aber die Interessen des

Importeurs und die der Bevölkerung sind einander entgegen gesetzt. Der Kubelkurs steigt, weil die Möglichkeit vorhanden, daß zur Goldwährung übergegangen und eskomptirt wird. Wenn Gold und Silber als Unterlage für die Valuta genommen wird, ist die Baarzahlung um so eher möglich. Können wir denn allgemein zur Goldwährung übergehen? Eine einheitliche Weltwährung ist nur möglich auf der Grundlage zweier Metalle. Seit der Einführung der Goldwährung stehen wir vor der stetigen Reduktion der Preise; das ist an 45 Waarenartikeln der letzten 20 Jahre gezeigt worden. Um 13 1/2 Milliarden Silber ist der Geldumlauf vermindert worden, diese Lücke drückt auf die Preise, daher datirt der Nothstand der Landwirtschaft und der Industrie. Es hilft nichts weiter als eine Rückkehr zu den früheren Zuständen. Die Goldwährung war ein Experiment; die Doppelwährung beherrschte früher die Welt. Gerade auf dem Währungsgebiet heißt es: Graus ist alle Theorie. 1803-1873 hatten wir die Doppelwährung und sie hat den Preis des Geldes von allen Schwankungen frei gehalten. Alle Stände haben sich dabei gut gefanden. (Lachen links, Zustimmung rechts.) Wenn Frankreich die Milliarden bezahlten konnte, so lag es namentlich an seiner Doppelwährung. (Zustimmung rechts.) Ich sehe nicht ein, warum man nicht mit Frankreich und Amerika sich vereinigt zu einem Betrage, der erst in Geltung tritt, wenn England zustimmt und die indischen Münzhütten wieder eröffnet werden. (Zustimmung rechts.)

Abg. Pannwacker (nat.): Ich betrachte die Auseinandersetzung nur als ein Vorgeficht der großen Münzdebatte, die noch bevorsteht. So leicht wie der Vorredner kann ich die Sache doch nicht nehmen. Er meint, wir sollten zum alten Zustande zurückkehren und wir würden alle Schäden geheilt haben; d. h. wir in Deutschland sollten zur Silberwährung zurückkehren, denn wir haben die Doppelwährung niemals gehabt. (Sehr richtig! links.) Wir hatten in Deutschland vor 1873 etwa 3,6 Milliarden Silber und 1,7 Milliarden Gold. Sollen wir zu diesen Zuständen zurückkehren? Unsere Reichsbank hatte einen Zufluß von Gold; sind dadurch die Preise gestiegen, weil die Umlaufsmittel geflogen sind (Widerspruch des Abg. Fuchs), wie der Vorredner es darstellt als eine Wirkung der Wiederzulassung des Silbers? Wir erkennen an, daß durch die Entwerthung des Silbers unser Abschlag nach den Silberländern nicht die günstige Entwicklung genommen hat, die man erwarten könnte. Der Import aus den Silberländern wird dadurch gestärkt. Aber ist dieser Schaden so deutlich, daß man hieraus die Initiative ergreifen muß, um eine Aenderung der Währung herbeizuführen? Während unser Export nach den Silberländern nur 3-4 pCt. beträgt, ist der Export Englands etwa 40-50mal so groß; der Export nach den Silberländern wird auf 250 Millionen Pfund geschätzt, davon ist England mit 1/4 beieiligt. Es hat überhaupt ein großes Interesse an den Silberpreisen, fast ein vitales Interesse. Also in England müßten die ersten Anstrengungen zur Hebung des Silberpreises gemacht werden. Von dem Sinken des Silberpreises haben wir Vortheil, namentlich auch die Landwirtschaft. Unsere Landwirtschaft konkurriert nicht mit Silberländern, sondern mit Ländern mit unterwerthiger Papierwährung. Gabe es ein Mittel, Staaten von dem Bankrott zu retten, dann würden wir es anwenden müssen. Die Herren vertreten den Satz, daß bei der Doppelwährung Argentinien u. s. w. gleich gestellt sind, dann gehört doch derselbe Kredit dazu Silber oder Gold zu kaufen. Nur wenn Silber ein unterwerthiges Metall ist, können die Papierländer über zur Doppelwährung als zur Goldwährung übergehen. Aber sie muß wissen, um was es sich handelt und ob etwas Nützliches daraus hervorgeht. Ich nehme an, daß wir demnächst die Anträge des Grafen Mirbach und seiner Genossen erhalten werden, und daß wir dann ausreichend Gelegenheit haben werden, uns mit dieser Frage zu befassen. (Zustimmung links.)

Abg. Schoenlauf (Soz.): Die Erklärung des Reichskanzlers giebt ein Beispiel der Staatskunst des allerneuesten Kurzes. Es macht einen unterhaltenden Eindruck, zu sehen, wie die Jurise auf den verschiedenen Seiten des Hauses vertheilt sind. Es wurde gerufen während der Rede: Sehr richtig! zweimal von der Rechten, Bravo! auch zweimal, hört! hört! einmal von der Linken; von der Linken wurde gerufen zweimal Sehr richtig!, einmal Bravo! und dreimal hört! hört! Der Reichskanzler hat seine Kunst gleichmäßig im Ganzen vertheilt. Aber seine Darlegungen weichen doch sehr ab von der apodiktischen und energischen Weise, wie früher mit den Agrariern abgerechnet wurde. Erinnern Sie sich, wie 1892 der Graf Caprivi kurz und bündig erklärte: an der bewährten deutschen Goldwährung darf nicht gerüttelt werden, dann macht die jetzige Erklärung des Reichskanzlers den Eindruck eines Verlegenheitskompiments vor dem Junkerthum, sie klingt wie ein Liebesbrief an die Agrarier. Es läßt sich begreifen, daß die Regierung sich den Agrariern gegenüber sehr vorsichtig verhält; auf der einen Seite stehen die Interessen des Großkapitalismus, der Industrie, auf der anderen die Rücksichtnahme auf den dem Untergange geweihten feudalen Kleinadel, der nur mit künstlichen Mitteln des Staates über Wasser gehalten werden kann. Und wenn die Regierung deshalb mit dieser Verbeugung vor der Rechten sich doch auf den Standpunkt stellt, daß alles beim Alten bleibt, so wird diese bittere Pille verfaßt durch die Zuckersteuer; der Bissen, den sie hinunterwürgen müssen, wird geschmeidiger gemacht durch die Margarine-Verlängerung. Warum wird jetzt wiederum die Frage der Währungspolitik aufgerollt? Diejenigen, welche der Reichskanzler die ruhigen Bürger genannt hat, beunruhigen fortwährend das ganze ökonomische Leben nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Die Herren haben nicht genug damit, daß sie eine ganze Fülle von Viebesgaben erhalten. Sie wollen große Mittel, obwohl ihnen gezeigt ist, daß der Antrag Kanis eine Utopie ist. Mit der Doppelwährung wird gegen das Ministerium geschossen, weil man sich einen funkelneuen Kurs der Staatsstreichepolitik wünscht, eine feste Hand, welche die Sozialdemokraten unterdrückt und die extremsten Wünsche der Agrarier befriedigt. Es soll ein General kommen, ein St. Arnaud, der den Staatsstreiche macht.

Man hat uns vorgeworfen, daß wir eine internationale Gesellschaft seien, die kein Vaterlandsgelühl, keinen Patriotismus hätte und sich mit den Proletariern aller Länder vereinigte. Wie heißt denn heute der Schlußsatz des bimetalistischen Manifestes? Nicht „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“, sondern „Bimetalisten aller Länder vereinigt Euch!“ Und diese bimetalistische Begeisterung geht so weit, daß die Herren Mirbach und Kardorff Audienzen bei den Vertretern des Landes gehabt haben, das uns gewöhnlich als der Erbfeind hingestellt wird. Mit welcher Begeisterung hat Graf Mirbach von der Ausnahme gesprochen, die er in Frankreich gefunden habe! Ein gemeinsames Ziel überdrückt jetzt die Klüft zwischen Frankreich und Deutschland — so konnten wir noch neulich in der „Kreuz-Zeitung“ lesen. Wenn Graf Mirbach und seine Freunde mit den Engländern und Franzosen fraternisieren, so kann man, wie früher von einer goldenen und rothen, jetzt von einer silbernen Internationale reden, und diese ist von einem geheimen Konventikel in Paris beschworen worden. Die Herren haben gedroht, wir würden schon in der nächsten Zeit etwas erleben, und der Prozeß des Bimetalismus,

Herr Krenndt, hat dem Fürsten Hohenlohe mit dem Janusfuß gewinkt, es könnte plötzlich ein anderes Ministerium kommen. Ich glaube, jede Partei hat den Prophezen, den sie verdient, und die Bimetallisten verdienen den Dr. Krenndt. (Geisterheit bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeiterschaft muß dieser Plasmacherei, denn um etwas anderes dreht es sich nicht, entgegenzutreten; man will den Brotwucher indirekt durchzuführen, man will die in Gold gemachten Schulden in mindereverthigen Silber zurückzahlen. Die Spekulation würde durch die Doppelwährung in die Höhe getrieben werden, ohne daß die Löhne nachfolgen. Es ist eine historisch zu beleugnende Erfahrung, daß mit dem Steigen der Preise das Steigen der Löhne nicht gleichen Schritt hält. Jetzt will man Millionen von Arbeitern, die bereits durch die Steuerpolitik und den Lebensmittelpreis auf das Ärgste bedrängt sind, die Lebensmittel noch mehr verteuern, die Lebenshaltung des werktätigen Volkes noch mehr verschlechtern. Will man denn etwa die Zustände zurückführen, wie wir sie im vorigen Jahrhundert bei der Münzpolitik der Ripper und Wipper des Ephyraim gehabt haben?

Vergleichen Sie doch den jetzigen Zinsfuß mit demjenigen in früheren Jahren! Freuen mußte 1820 oder 1821 durch Vermittlung des Hauses Rothschild in London eine Anleihe von 6 pCt. aufnehmen zum Kurse von 80. Wie will man überhaupt in der Zeit des Giro- und Wechselverkehrs eine solche Maßregel durchführen? Die Herren, welche die ruhigen Bürger vertreten wollen, und die den Grundfah aufgestellt haben: quies non movens, wollen die Welt geradezu beunruhigen, wie es seiner Zeit die Regierung mit dem Tabakmonopol gemacht hat. Professor Sering unterscheidet sich von dem Agrarier, dem Grafen Mirbach, wie dieser von Herrn v. Kardorff. Gerade in der Zeit des Plottenenthusiasmus muß man sich wehren gegen den Versuch, eine neue Vertheuerung der Lebensmittel herbeizuführen. Werden die Herren, wenn die Frage an sie herantritt, wie früher „Kein Kanth keine Käthe“ sagen: kein Kardorff keine Käthe? Gegen die Doppelwährungspolitik müssen die Arbeiter sich mit allen Mitteln wehren. Die Goldwährung ist die einzige normale Währung, für die die Arbeiterschaft eintreten kann, und sie wird in der Lage sein, sehr energisch ihren Willen durchzusetzen. Diese Stellung zur Währungspolitik ist immer die unrichtige gewesen. Wir haben keine Lust etwas zu thun, was einer Minderheit die Taschen fällt und die Mehrheit auspöwert. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. v. Kardorff (Rp.): Der Vordredner hat dasjenige Lob gerechtfertigt, welches der Reichsbaub-Präsident Koch der deutschen Sozialdemokratie im Gegensatz zu den englischen und amerikanischen Arbeitern erteilt hat. Die deutschen Sozialdemokraten sind in der That die festesten Vertreter der Goldwährung, während die große Masse der englischen und amerikanischen Arbeiter einer ganz anderen Richtung anhängen. Ich habe auf den Tisch des Hauses ein Plakat niedergelegt, welches vor den Wahlen in England angeheftet worden ist und unterschrieben ist von den Sekretären einer großen Menge von Trade-Unions. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die arbeitenden Klassen in England haben zu dem großen Fonds der bimetallistischen Partei sehr große Beiträge beigegeben. Die englischen Gewerkschaften vertreten wirklich in ihrer Weise die Interessen der arbeitenden Massen. Die deutsche Sozialdemokratie dagegen hat lediglich das Interesse Unzufriedenheit im höchsten Grade im deutschen Vaterlande zu erregen, um es zu einem gewaltigen Unsturz kommen zu lassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das ist Ihnen wiederholt aus Ihren eigenen Aeußerungen nachgewiesen worden und darum treten Sie für die Goldwährung ein. Herr Hammacher hat die merkwürdige Aeußerung gethan, die Landwirtschaft hätte an dieser Frage gar kein Interesse. Die „Bank- und Handels-Zeitung“ hat aber die der deutschen Landwirtschaft durch die Ermäßigung der Getreidepreise erwachsenen Verluste auf 378 246 000 M. berechnet! Auch Valfour, in den Augen des Herrn Hammacher gewiß kein unfähiger Mann, hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Produkte der Goldwährungsländer notwendig unter dem Sinken der Silberpreise leiden müssen. Die Papierländer haben ein Interesse an der Wiederherstellung des Silberwerthes, weil dadurch eine Steigerung der Preise herbeigeführt wird und weil es ihnen leichter wird, die Metalldeckung zu beschaffen. Ich habe mir in der letzten Rede einen Ordnungsruf zugezogen, der berechtigt war. Aber wenn ich den Ton des Hauses damals verlegt habe, lassen Sie vielleicht den Gusschuldigungsgrund gelten, daß ich seit 10 Uhr in der Budgetkommission als Vortragender fungirt hatte und daß ich um 5 1/2 Uhr nicht mehr alles genau gehört habe, und ferner, daß die Insinuation, die Agitation würde durch amerikanisches Geld unterhalten, immer wiederkehrt in der Presse, trotzdem sie so sehr tödlich ist.

Die Bimetallisten nehmen in Amerika zu; sie haben im Senat die Mehrheit und bald auch im Repräsentantenhaus; sie werden auch vielleicht einen Präsidenten ihrer Meinung bekommen und dann steht der deutschen Landwirtschaft eine große Gefahr bevor. Deswegen müssen wir wünschen, daß unsere Regierung eine Initiative nicht so von der Hand weist, wie es geschehen ist. Herr Schoenlant soll ruhig abwarten, ob das Wort: „Kein Kardorff — keine Käthe“ kommt. Ich gelte für einen Plottenenthusiasten, ich werde für die Vertheidigung des Vaterlandes, soweit ich es verantworten kann, immer die Mittel bewilligen. Mit den Franzosen und Engländern haben wir einen Antrag vereinbart, der von letzteren im englischen Parlament vorgelegt werden wird. Dann wird sich zeigen, ob im englischen Parlament eine Mehrheit dafür zu finden ist; die englischen Bimetallisten hoffen es. In England macht sich in Kapitalistenkreisen die Meinung immer mehr geltend, daß es besser ist, Schuldner zu haben, die überhaupt bezahlen, statt bankrotte Schuldner zu haben. Ich leugne, daß die Engländer ein höheres Interesse haben. Deutschland hat das Interesse an der Erhaltung seiner Landwirtschaft und die verbündeten Regierungen hätten alle Veranlassung, die Aufregung zu beschwichtigen, welche in der deutschen Landwirtschaft über die bisher verfolgte Wirtschaftspolitik herrscht. (Zustimmung rechts.) Deshalb wünsche ich, daß die Regierung sich vorzorkommend gestellt hätte. Wenn Sie die Landwirtschaft verschonen wollen, wenn Sie die kulturellen Interessen und die Vertheidigung des Vaterlandes schätzen wollen, dann führen Sie die Doppelwährung ein. (Beifall rechts.)

Hg. Mollenhufe (Soj.): Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die deutschen Arbeiter anders stehen zur Währungsfrage als die englischen. Die Unterschriften unter dem Aufruf, den Herr v. Kardorff auf den Tisch gelegt hat, führen hauptsächlich von Arbeitervereinen der Baumwollen-Industrie her. Das kommt daher, daß die Textilarbeiter nicht lesten Lohn haben, sondern gelohnt werden nach einer sliding scale (gleitenden Lohnskala), die abhängig ist von den Preisen. Deshalb haben sie an einer Steigerung der Preise ein Interesse. In Amerika sind die Arbeiter gegen den Silberdollar gewesen. Für die Silber- oder Doppelwährung sind die Arbeiter der Silberstaaten zu haben und damit wird dann in Europa haufirt. Gewisse Kreise werden von der Silberwährung einen großen Profit haben. Aber wer soll die höheren Preise bezahlen? Glaubt man, daß mehr von unterirdischen Geistern herbeigeschafft wird? Die Arbeiter werden es bezahlen müssen und die deutschen Arbeiter haben keine sliding scale wie die englischen und kein freies Koalitionsrecht wie die Amerikaner. Nicht die hohen Preise rufen das stötte Geschäft hervor, sondern die gesteigerte Nachfrage steigert die Preise. Die Arbeiter würden keine höheren Löhne erhalten, sie würden also weniger Waare kaufen können und bald würde die Ueberproduktion wieder da sein. Deswegen sind die Arbeiter gegen die Doppelwährung.

Damit ist die Besprechung beendet. Es folgt die Fortsetzung der ersten Berathung der Novelle zur Gewerbe-Ordnung.

Hg. v. Strombeck (B.) tritt im Interesse des Sächsischen für Ausnahmestimmungen für die dortigen Häufte ein. Die Knechte und Mägde die Bauern haben keine Zeit, sich die Waaren aus den größeren Städten zu holen, sie seien auf die Häufte angewiesen. Redner wendet sich gegen den Ausschluß der Sämereien und der Schmuckgegenstände vom Hauftehandel und gegen die Hinausschiebung der Altersgrenze bis zum 25. Lebensjahr.

Hg. Hilpert (Wid.; bayerischer Bauernverein) bedauert im Interesse des lebhafte Kaufmannstandes, daß die schärferen Bestimmungen, wie die von Bayern beantragte Vorlage enthielt, nicht angenommen sind.

Hg. Fuchs (B.) wendet sich gegen die Beschränkung des Detaileins; die mittleren und kleineren Unternehmer könnten sich nur dadurch konkurrenzfähig erhalten gegenüber den großen Betrieben. Wenn man so einschneidende Bestimmungen trifft, wie die Vorlage, dann müsse man eine Uebergangszeit festsetzen, damit die Tausende, die davon betroffen werden, sich eine andere Existenz schaffen können.

Damit schließt die Debatte; die Verweisung der Vorlage an eine Kommission wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Nationalliberalen und Sozialdemokraten, sowie einiger Mitglieder des Zentrums abgelehnt.

Ohne Debatte erledigt das Haus darauf den Etat des Reichs-Schaßkammer, soweit er sich nicht in der Kommission befindet.

Schluß 5 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Interpellation wegen der Verhältnisse der Arbeiterinnen in der Wäschefabrikation, Fortsetzung der Berathung der Anträge wegen des Reichs-Vereinsgesetzes.)

Tokales.

Von der Zusammenkunft der Genossen des zweiten Wahlkreises, welche die Polizei am Montag Abend unter Aufgehob von sozialmännschaft führte, scheint die Behörde der Meinung gewesen zu sein, es handle sich um eine höchst staatsgefährliche Verschwörung, sonst wäre es nicht zu verstehen, wieso sie ohne jeden äußeren Anlaß zu den Wasserwerkstätten schritt, zu denen in der Unterhaltung der bei Wöhring anwesenden Genossen auch nicht der geringste Anlaß vorlag; denn daß Sozialdemokraten auch bei einer Geburtsstagsfeier sozialdemokratische Gedanken äußern und über ihnen naheliegende Ideen und Pläne sich unterhalten, dürfte auch der Berliner Polizei nicht wunderbar vorkommen. Und daß man ohne Polizei sich oft angenehmer unterhält, als in ihrer überwachenden Gegenwart, wird sie selbst nicht leugnen und daher begreifen, daß man sie nur dann einlädt, wenn es ohne sie nicht geht. Das ist bei Gelegenheiten, die am Montag zahlreiche Genossen zusammenführte, vorüberhand noch nicht der Fall. Die Polizei scheint darüber allerdings gegentheiltiger Ansicht zu sein. Denn da man sie nicht einlud, suchte sie auf Schleichwegen Zutritt zu erhalten. Sie steckte, nach den uns gewordenen Aufklärungen, einen ihrer geschicktesten (?) Beamten in ein Kellertokium, bewaffnete ihn mit gefüllten Bierseideln aus dem Restaurant „Sonsjoui“ und sandte ihn zu den in einem separierten Zimmer mit separatem Eingang sitzenden Genossen, die ihrerseits diesen unerwarteten Biergusch — sie hatten selber ein ganzes Häfchen im Zimmer — höflich, aber deutlich ablehnten. Der zuvorkommende Kellner suchte seinen Aufenthalt im Zimmer zu verlängern — der Liebe Müß war unsonst, es gelang ihm nur, ein paar Blicke umherzuwerfen, dann mußte er die Thüre hinter sich zugehen sehen. Aber bald „kehrte er reißiger wieder“. Und siehe da: im gestrichelten Laufe raunte er durch das Zimmer auf den Abgeordneten Fischer zu: „Sie sind mein Arrestant!“ Wahrscheinlich hatte er bei seinem abgelängten Aufenthalt diesen besonders deutlich reden hören.

Dann folgten die bekantenen Vorgänge, die sich bei solchen Gelegenheiten in gewohnter Weise abspielen. Bemerkenswerth ist nur die nette Thatsache, daß ungefähr eine halbe Stunde nach Räumung des Lokals plötzlich ein Kriminalbeamter zum Restaurateur Wöhring kam und ihn bat, ihm doch die zwei Gläser wiederzugeben, die ein Kollege von ihm habe stehen lassen, als er in oben geschilderter Weise den Zutritt zum Lokal suchte.

Wie uns zu der bemerkenswerthen Gelegenheit in achter Abendstunde gemeldet wird, sind nach einer polizeilichen Vernehmung des Reichstags-Abgeordneten Fischer sämtliche Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Einer von den festgenommenen Genossen, Namens Jung, war bereits mittags 12 Uhr entlassen worden, weil sein körperlicher Zustand — er litt an einer Unfallverletzung an der Hand — die Behandlung durch einen Arzt notwendig machte.

Welche Bedeutung die Polizei übrigens der Sache beilegte, mag aus der Thatsache erhellen, daß am Dienstag Morgen um 7 Uhr in der Wohnung sämtlicher Verhafteten eine eingehende Hausdurchsuchung abgehalten worden ist. Alle Dinge, welche der Polizei als Material dienlich schienen, wurden konfisziert. Wie wir aus der „Berl. Korr.“ erfahren, glaubt die Polizei in der Zusammenkunft eine Fortsetzung des vorläufig geschlossenen Wahlvereins des zweiten Berliner Wahlkreises erblicken zu müssen. Eine fundige Polizei weiß natürlich aus allem etwas zu machen.

Achtung, Schöneberg! Die Gewossen mögen sich heute, Mittwoch Abend 8 Uhr behufs Flugblattverbreitung bei Hoffmann, Sebanstr. 10, Klauke, Goltstr. 43, Obft, Brunnewaldstr. 110, einfinden. Der Vertrauensmann.

Unter der göttlichen Weltordnung. Für die sozialen Zustände, welche im Jubeljahr von Deutschlands Einzug in die Hauptstadt des Reiches der Gottesfurcht und frommen Sitte herrschen, ist die folgende durch die bürgerliche Presse gehende Meldung bezeichnend:

„Der kaiserliche Gnadenelack hat auf den Bestand der Berliner Gefängnisse nur ganz vorübergehend Einfluß geübt. Die Aufnahmen sind nach wie vor stark überfüllt. Pflegen und seine Kummelburger Zweiganstalt zählten gestern 2488, die Stadtvogtei 800, die Anstalt in der Perlebergstraße 350 Gefangene, und das Weibergesängnis in der Barnimstraße 403 Weiber, 8 Säuglinge und 9 Männer. Allein in der Stadtvogtei war seitens der Gnadenelack nahezu 700 Gefangenen die Freiheit gegeben worden.“

Ist eine solche Weltordnung nicht werth, daß zu ihrer Erhaltung Polizei, Landgendarmen und das herrliche Kriegsheer in steter Bereitschaft gehalten werden?

Freiherr v. Hammerstein ist am Dienstag Morgen 6 Uhr 5 Minuten auf dem Bahnhalt Bahnhofe eingetroffen. Trotz der frühen Morgenstunde hatte sich eine größere Anzahl Personen vor dem Bahnhofgebäude eingefunden; etwa 200 Leute riskirten den Nictel zu einer Bahnsteigkarte, um den gefeierten Mann gleich bei der Ankunft aus nächster Nähe besichtigen zu können. Die Polizei, die in ziemlich großer Zahl erschienen war, hatte jedoch recht geschickt Vorkehrungen getroffen, um jedes Aufsehen zu vermeiden. Als der Zug hielt, stiegen die begleitenden Polizeibeamten mit dem Verhafteten auf der dem Schienengleise zugekehrten Seite des Zuges aus. Herr v. Hammerstein wurde schnell die wenigen Schritte auf dem Gleise entlang geführt bis auf den Fahrstuhl, der zur Beförderung von Gepäckstücken vom Bahnsteig nach der Kabine im Erdgeschosse dient. Im Nu waren Beamte und Verhafteter in der Verfenkung verschwunden. Unten stieg man ebenso schnell in eine Droschke zweiter Klasse und fuhr nach dem Untersuchungsgefängnis, ehe das Publikum vor dem Bahnhofe recht wußte, daß der Erwartete eingetroffen war.

Ein anderer Berichterstatter weiß noch mitzutheilen, daß v. Hammerstein bis gestern Nachmittag 3 Uhr dem Untersuchungsrichter noch nicht vorgeführt worden ist. Seine Vernehmung werde im Laufe dieses Tages überhaupt nicht erfolgen, weil ihm ein Tag der Ruhe gegönnt werden solle. Diese Rücksicht, so schreibt der Berichterstatter weiter, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß v. H. auf der Reise zwar sehr ruhig, wenn auch sehr niedergeschlagen war, daß er aber bei seiner Entlassung in das Untersuchungsgefängnis überaus aufgeregt wurde und daß sich seine Aufregung bis zur offenkundigen Reizung steigerte. Will der „unglückliche Mann“ etwa den wilden Mann spielen?

Nicht bezeichnend ist auch die folgende Meldung eines Gerichtsberichterstatters: „Gegen 7 Uhr morgens wurde bereits dem Justizminister Erzengel Schönsfeldt und den sonstigen Behörden von seiten der königlichen Staatsanwaltschaft amtliche Depesche gegeben, daß Hammerstein w o h l e h a l t e n im Untersuchungsgefängnis eingetroffen sei. Nach dem Zimmer des Untersuchungsgefängnisses ist sogar ein Sopha geschafft worden, welches bei Tage benutzt werden darf. Um 2 Uhr nachmittags sollte die erste Vernehmung durch den Untersuchungsrichter Dr. Brandt erfolgen. Dieselbe findet nicht im Kriminalgerichts-Gebäude statt, sondern im Sprechzimmer des Kleinen Männergefängnisses, wohin sich der Untersuchungsrichter mit dem Protokollführer begiebt.“

Als man nach der bekantenen Rede des Kaisers unsere Parteigenossen Pfund, Kautmann und Dierl am 4. September vorigen Jahres morgens früh aus den Betten geholt und in Untersuchungshaft geschleppt hat, ist es niemandem im Traum eingefallen, diesen allerdings in jeder Beziehung ehrenhaften Männern die Vergünstigung zu gewähren, die gestern dem Erzammerhammerstein zu Theil geworden sein soll. Auch besagt keiner von den Berichten, die uns über die braven Genossen vorliegen, welche am Montag Abend in der Admiralstraße mit immensen Polizeiaufgebot festgenommen wurden, daß ihnen im Polizeigeängnis ein Sopha zur Verfügung gestanden hätte.

Die erfolgte Haftentlassung des kürzlich verhafteten Gesangslehrers Graziani wird vom „Berl. Tagbl.“ in der folgenden eigentümlichen Form gemeldet: Der Gesangslehrer Graziani, über dessen Verhaftung wir vor einigen Tagen eingehend berichtet haben, wurde, wie uns mitgeteilt wird, gestern auf Verfügung des Wiener Berichtes aus der Untersuchungshaft entlassen. Es geschah dies auf Betreiben der Hauptgeschädigten, welche nunmehr geneigt sind, die Angelegenheit als einen leichtsinnigen Streich, nicht aber als betrügerische Handlung zu beurtheilen. Die Schulden des Herrn Graziani wurden von einem als Mäcen wohlbekannten Herrn beglichen. Die Berichte verschiedener Blätter, die sich seither mit Herrn Graziani beschäftigten, sind in vielen Punkten unrichtig. So ist es zum Beispiel nicht zutreffend, daß Graziani im Herbst vorigen Jahres in Wien gewesen ist. Die Angelegenheit, die so viel Aufsehen erregte, dürfte unter der Hand ihre endgiltige Regelung gefunden haben.

Aus Spandan wird uns berichtet, daß in der dortigen königl. Gewerfabrik binnen kurzem große Arbeiterentlassungen erfolgen sollen. In erster Linie hat man die Arbeiter ins Auge gefaßt, die noch keine fünf Jahre in der Fabrik beschäftigt sind. Dann folgen diejenigen, die schon bestraft waren. Wenn bis zum 5. März keine nennenswerthe Bestellung eintrifft, werden die zur Entlassung in Aussicht genommenen Arbeiter auf diesem Tage zum 20. März gekündigt werden. Auch ist den Arbeitern gesagt worden, daß, wer etwa andere Beschäftigung finde, die Fabrik jederzeit ohne Kündigung verlassen könne.

Der Druckfehler-Kobold hat gestern einem hiesigen Blatte einen argen Streich gespielt. Ueber die merkwürdige Himmelserscheinung, die in Madrid am Montag so großes Unheil angerichtet hat, meldet es cynisch: Die Explosion des Meteor verursachte eine große Komik.

Der Polizeibericht wird vom 15. d. M. an wieder regelmäßig erscheinen, und zwar in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Das Polizeipräsidium hat seine Absicht, sich die Kosten der Herstellung durch die Zeitungen ersehen zu lassen, wieder aufgegeben und zahlt jetzt für den Abdruck des Berichtes noch etwas zu.

Stadtverordneten-Wahl. Im stelle des zum Stadtrath gewählten Stadtverordneten Wagner wurde gestern im 10. Kommunal-Wahlbezirk (1. Abtheilung) eine Neuwahl vorgenommen. Aufgestellt waren: Kaufmann Esar Ed und Bezirksvorsteher Schröder. Im ganzen wurden 80 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Herr Esar Ed 17, Schröder 13 Stimmen. Mitthin ist gewählt Ed zum Stadtverordneten.

Ausstellungsbillets zu ermäßigten Preisen werden, wie der „Ausstellungs-Ztg.“ mitgeteilt wird, nur an Vereine und Angehörige von Fabriken ausgegeben werden unter der Bedingung, daß mindestens 24 Stunden vorher dem Verleitsausfah die Zahl der Besuchenden gemeldet sein muß. Die festgesetzte Besuchzeit muß dann pünktlich innegehalten werden; auch ist die Einführung von Personen, welche dem Vereine resp. der Fabrik nicht angehören, unstatthaft.

Der Gesundheitszustand der hiesigen Garnisonstruppen ist, wie die „Berl. Ztg.“ schreibt, gegenwärtig kein besonders günstiger, denn alle Militär-Lazarethe sind stark belegt. Vorerkrankend sind die Krankheiten der Athmungsorgane, deren Entfaltung sich während des diesjährigen Winters herrschende sehr veränderliche Witterung zurückzuführen ist. Epidemische Krankheiten grassiren nicht, Typhus und Diphterie treten nur sehr vereinzelt auf.

Durch ein kriegsgerichtliches Erkenntniß wurde jener Fällier von der 2. Kompagnie Garde-Fällier-Regiments, dessen raffinerter Einbruch in die Kantine des ersten Bataillons dieses Regiments wir in Nr. 30 eingehend berichteten, zu drei Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurtheilt. Bereits am Freitag Abend ist der Mann mittels geschlossener Droschke zur Leichter Bahn befördert und in Begleitung eines Unteroffiziers und eines Gefreiten seiner Kompagnie mit scharf geladenen Gewehren in das Festungsgefängnis nach Spandan transportirt worden. Nach Verbüßung seiner Gefängnisstrafe wird er zur weiteren Ableistung seiner Dienstpflicht sowie zum Nachbienen der auf Festung verbrachten Strafzeit in die Disziplinär-Abtheilung des Garde-Korps im Fort Dabneberg bei Spandan verlegt werden. Bei den Linien-Regimenten verbleiben die zweifelhafte Soldaten bei ihrer Kompagnie, da das bloße Fehlen der Mähenkolarde nicht allzu auffällig ist. Bei den Regimentern der Garde würde aber das Fehlen der Ligen an Stragen und Aufschlägen, sowie der Abzeichen auf den Achsellappen zuviel Aufsehen erregen. Um dieses zu vermeiden, werden die Zweifelhafte in die genannte Abtheilung verlegt.

Die deutsche Gesellschaft für vorkühnliche Kainründe veranstaltet am Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 Uhr, wiederum einen Vortragabend im Bürgerkaale des Rathhauses. Herr Landesgeologe Prof. Dr. Wahnschaffe wird über „Unsere Heimath zur Eiszeit“ sprechen.

Der große Saal des alten Reichstagsgebäudes soll, wenn einer Berichterstatter zu trauen ist, von Ostern ab zu einem Theater umgewandelt werden, in dem ein preussisch-patriotisches Stück „Friedrich der Große“ dem Publikum vorgeführt werden soll. Allmählig entwickelt sich das historische Gebäude mithin doch wohl zum Tingelangel.

Der Tod des Arbeitlosen. Durch einen Sturz von der Treppe wurde am Sonntag Abend um 10 1/2 Uhr der 47 Jahre alte Arbeiter Hermann Lieben auf dem Grundhübel Georgenstr. 27 getödtet. Lieben, der sich seit mehr als

zwei Jahren obdachlos in Berlin aufhielt, wollte auf der Treppe nächtigen und hatte sich zu diesem Zwecke abends vor Thoreschloß in das Haus eingeschlichen. Um 10 1/2 Uhr hörte die Frau des Schriftsetzers Jankowski, die im Erdgeschoss wohnt, einen schweren Fall auf dem Treppenaufgang des Erdgeschosses. Die Frau sah gleich nach, was geschehen sei, und fand auf dem Absatz einen Mann liegen, der am Kopfe entsetzlich zugerichtet war. Der Farbenhändler Niemann hatte einen Arzt herbei, der jedoch nicht mehr helfen konnte. Der Mann, der Kopf über von der Treppe herabgestürzt war, hatte inzwischen schon seinen Geist abgegeben. Mehrere Schädelverletzungen hatten ihn getödtet. Aus einer Invaliditäts-Versicherungskarte stellte man die Person des Verunglückten als die des Arbeiter Hermann Lieben fest.

Durch zwei Dachstuhlbrände ist die Bevölkerung von Moabit gestern Vormittag abermals in Aufregung versetzt worden. Zunächst brannte es in der Kirchstraße 28. Die Feuerwehre wurde um 10 1/2 Uhr hierher berufen und hatte eine halbe Stunde später das Feuer abgelöscht. Rann war sie aber nicht, als es auf dem großen Grundstück Kirchstraße 16, Ecke Alt-Moabit, brannte. Vier Züge arbeiteten hier unter der persönlichen Leitung des Branddirektors Hierberg. Der Dachstuhl brannte vollständig nieder. Um 12 Uhr war die Gefahr, daß das Feuer weiter um sich greifen konnte, im wesentlichen beseitigt.

Von einem neuen Dachstuhlbrande wurde Moabit gestern Abend um 8 Uhr heimgesucht. Diesmal brannte es im Hause Thurnstraße 78. Die Aufregung der Bevölkerung ist ob dieser geheimnißvollen Brandstiftungen selbstverständlich ungemein groß; vielfach fragt man sich, ob es der Polizei, die gegenüber einigen Sozialdemokraten, welche harmlos im Südboten der Stadt verammelt waren, mit einer so impotanten Machtentfaltung austrat, denn nicht möglich sei, in Moabit zu all-gemein nützlichen Zwecken eine große Razzia nach dem Brandstifter abzuhalten.

Der Paket-Schuldner, jener gemeingefährliche Bursche, welcher seit Jahren schon Betrügereien derartig verübte, daß er junge Leute auf der Straße ansprach und sie bot, ein Paket nach irgend einer Adresse zu befördern, wofür ihnen Geld ausgehändigt würde, sich von den betreffenden Boten aber Pfand für ihre Sicherheit durch Uhr, Ring oder andere Werthgegenstände geben ließ, ist gestern in der Jägerstraße verhaftet worden. Er übergab einem Hausdiener, der eben aus dem Gefindevermittlungskontoir herausgetreten, ein kleines Paket zur Beforgung an ein photographisches Atelier, Friedrichstraße 76, wo der Hausdiener 12 M. erhalten sollte. Der Gauner forderte dem jungen Mann die Taschenuhr ab und wollte damit verschwinden. Die Szene war jedoch vom Miethskontoir aus gesehen worden und der Fremde wurde verhaftet. In ihm wurde der stellunglose Kaufmann Krüger telognosziert, der seit 2 Jahren bereits das Handwerk treibt.

Der im Fickus Busch kürzlich verunglückte Jockeyreiter Dehtschlagel ist bereits wieder aus der Charité als geheilt entlassen worden.

Unbekannt geblieben ist bis jetzt der junge Mann, der am Sonntag Abend gegen 10 Uhr auf dem Bahnhofe Stralau-Nummelsburg von einem Zuge überfahren und sofort getödtet wurde. Die Leiche ist daher in Schauhause heute öffentlich ausgestellt worden. Als Erkennungsmerkmal ist noch anzuführen, daß der Getödtete im Obertheile vorn eine Zahnfläche hat.

Zu einer argen Schlägerei, an der sich zahlreiche Personen beteiligten, kam es am Sonntag Abend in der Vereins-Druckerei aus Anlass einer Differenz, die der Tischler H. mit einem Kellner hatte. Die Beamten machten von ihren Säbeln Gebrauch und führten schließlich den Tischler und andere Personen in Haft.

Einen schweren Schädelbruch hat am Sonntag Nachmittag der neunjährige Knabe Thiersam durch einen Fall vom Boden des Hauses Lützowstraße 86 erlitten. Das Kind war leichtfertigweise auf das Dach gestiegen und von dort auf den asphaltierten Hof gestürzt. Der Vater brachte seinen Sohn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo er befinnungslos darnieder liegt.

Witterungsübericht vom 11. Februar 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (90 C = 49 F)
Swinemünde	766	WSW	5	Dunst	4
Hamburg	770	WSW	4	Nebel	5
Berlin	770	WSW	4	Regen	5
Biesbaden	776	SW	1	halb bedeckt	1
München	776	SW	1	bedeckt	3
Wien	764	SW	2	bedeckt	4
Japaranda	740	WSW	4	heiter	-8
Petersburg	747	WSW	2	heiter	-4
Cord	775	WSW	3	wolftig	11
Aberdeen	765	WSW	1	wolftig	10
Paris	777	WSW	1	Nebel	8

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 12. Februar 1896.
 Ziemlich trübes, warmes Wetter mit leichten Regenschauern und mäßigen bis frischen westlichen Winden.
 Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Im Schillertheater hat die leichtgeschürzte Muse ihren Einzug gehalten, nachdem als letzte „Première“ Romeo und Julia aufgeführt worden ist. Man braucht sich nicht allzu sehr ob dieser Gegensätze zu ereifern. Der Vieles bringt, muß Manchem etwas bringen, und da das Schillertheater sich nicht, wie es die freie Volksbühne that, an Leute wendet, die durchweg dasselbe geistige Streben verbindet, so muß es der Direktion schon zu gute gehalten werden, wenn sie von Zeit zu Zeit nichts thut, als ihr Publikum zu amüsieren. „Der tolle Ginkoff“ ist ein etwa 8 Jahre alter Schwank von Karl Laufs, der im alten Wallnertheater schon manchen Sieg davon getragen hat. Das Stück hat sogar einen Stich ins Politische, und da es auf einem drohenden Grundgedanken aufgebaut ist und jeder Akt ein gut gequirrtes Theil wirklicher Situationskomik enthält, so konnte ein Erfolg unmöglich ausbleiben. Es kam ein recht flottes Spiel hinzu, in dem die Herren Pashow, Schmalow und Steinecke und die Damen Lebermann, Meyer, Wille und Hling manchen billigen Triumph errangen. Die Inszenirung des Stückes war überaus sorgfältig.

Zum Direktor der königlichen Nationalgalerie ist Professor Dr. v. Tschudi berufen worden. Für die Dauer seines Amtes wird er zugleich Mitglied des Senats der Akademie der Künste. Professor v. Tschudi war bisher unter Geh. Rath Vode Direktorial-Assistent der Gemäldegalerie, sowie der Sammlung der Skulpturen des Mittelalters und der Renaissance bei den königl. Museen.

Von der Erfindung eines leuchtbaren Luftschiffes wird abermals berichtet. Generalleutnant Graf Zeppelin hat kürzlich in Stuttgart einen aussehenerregenden Vortrag gehalten. Ein Jüngling der Stuttgarter polytechnischen Schule, hat Zeppelin seit Jahren mit Versuchen, bisher theoretischer Art, auf aeronautischem Gebiet beschäftigt, und er glaubt nunmehr zu Ergebnissen gekommen zu sein, die einen praktischen Erfolg in großem Maßstab

rechtfertigen. Der Graf hatte seine Entwürfe, um die nach seiner Meinung hochwichtige Sache dem Deutschen Reich zu sichern, dem preussischen Kriegsministerium vorgelegt, das aber zweimal den Bau eines Versuchsfahrzeuges ablehnte. Die Anstände, die von der vom preussischen Kriegsministerium niedergesetzten Kommission erhoben wurden, und die nicht die Ausführbarkeit, sondern die Fahrgeschwindigkeit betrafen, glaubt der Erfinder nunmehr gehoben, und er berief sich dabei auf Berechnungen, an denen eine Reihe von Maschinenfabriken sich beteiligt haben, insbesondere aber auf das Gutachten des Direktors Groß, langjähriges Mitglied der Leitung der Kempf'schen Fabrik in Essen, der auf grund seiner Untersuchungen den Bau eines solchen Fahrzeuges in theoretischer und praktischer Hinsicht für wünschenswerth erklärt. Trotz dieses Gutachtens hat aber das preussische Kriegsministerium eine erneute Prüfung der Entwürfe abgelehnt und am 29. September v. J. entschieden, „daß es weder jetzt, noch in absehbarer Zeit möglich sein werde, die Mittel flüssig zu machen, die zur Erbauung des von Guer Excellenz erfindenen Luftfahrzeuges erforderlich sind“. Der Erfinder wendet sich nun an die Öffentlichkeit, die ihm den Bau eines Versuchsfahrzeuges ermöglichen soll. Die Zeichnungen sollen auf die Höhe von 800 000 M. gebracht werden. Der Vortrag hatte, der „Nordd. Allg. Zig.“ zufolge, den Zweck, die Theilnahme weiterer Kreise für sein Unternehmen zu gewinnen, von dessen Ausführbarkeit der Erfinder festest überzeugt ist.

Soziale Uebersicht.

Betteres aus einer sozialpolitischen Debatte. Eine Verhandlung in der ersten badischen Kammer gab dem ultramontanen Fürsten v. Löwenstein-Wertheim-Rosenberg Gelegenheit, seine außerordentliche Naivität in sozialpolitischen Dingen zu zeigen; es handelte sich um die „Fabrikinspektorinnen“ und Se. Durchlaucht verstand darunter — die Gattinnen der Fabrikinspektoren, die, wie er zu meinen geruhte, allerdings hervorragende zu Mittelspersonen in sozialen Kämpfen geeignet seien. Ob der Staat dabei in die Herzogswahl des Fabrikinspektors eingreifen oder wie er die Sache sonst anfangen soll, um die Frau Fabrikinspektoren für die Sache zu engagiren, ließ der fürstliche Redner einstweilen unentschieden.

Ein blutiger Weberaufstand hat sich am Sonntag in Sala Biellese in Piemont abgespielt. In diesem kleinen Alpenstädtchen von etwa 2000 Bewohnern nährt sich der größte Theil der Bevölkerung von der hausindustriellen Weberei. Seit einiger Zeit machte sich eine Unzufriedenheit mit den Behörden bemerkbar, weil von der Reichbehörde für Waage und Gewichte eine jährliche Lage von 50 Cent. für jeden Handwebstuhl vorgeschlagen war.

Als am Sonntag bei Gelegenheit eines Fests der Weberinnen zu Ehren der heil. Agathe eine große Erregung unter den Opfern Crispischer Staats- und Ausbeutungskunst entstand, bestanden die zu der Feier ausgetobenen Karabinieri eine Befehlsmachung an, mit der Versicherung, daß der Präfeld die unbillige Steuer zurückziehen gewillt sei. Aber da der städtische Stempel auf dem Plakat fehlte, schenkte man der Versicherung kein Vertrauen im Gegentheil, einige Redner hielten Ansprachen an die Menge, bis sich das anwesende Volk zu einer gemeinsamen Demonstration entschloß. Man zog vor das Rathhaus und drohte mit dem Rufe „Vogliamo la giunta!“ das Thor zu zertrümmern.

Die Karabinieri pflanzten die Bajonette auf und drangen gegen den Haufen vor. Dieser antwortete mit einem Steinregen; und als einige Arbeiter versuchten, die Bajonette zu entreißen, wurde Feuer gegeben.

Dieses übereilte Vorgehen hatte blutige Folgen: Drei der Arbeiter, Leute im besten Alter (einer hatte sich am Sonnabend verheiratet) blieben auf der Stelle todt. Außerdem wurden zwei schwer verletzt, mehrere mit leichten Verwundungen fortgetragen. Jetzt herrscht wieder Ruhe in dem Städtchen die Ruhe des Kirchhofs; und die armen Weber werden weiter frohuden, und Crispi, der große Crispi, der ein System ist, wird weiter regieren. . . .

Gewerkschaftliches.

Zum Streit der Berliner Zimmerer ist zu berichten: Bis Dienstag Abend 7 Uhr hatten 105 Gangeschäfte, die zusammen 1500 Zimmerer beschäftigen, die Forderungen bewilligt. Wir ersuchen nun sämtliche Berufsgeossen, sich unbedingt den Beschlüssen der Berliner Zimmerleute zu fügen. Es ist für uns ein Leines, die schon halb bewilligten Forderungen vollständig durchzuführen, wenn jeder seine Schuldigkeit thut und nicht eher die Arbeit aufnimmt, bis die Zustimmung, daß die Forderungen bewilligt sind, entweder den in dem betr. Geschäft arbeitenden Zimmerern oder der Lohnkommission gemacht worden ist. In allen Fällen ist aber der Lohnkommission Mittheilung zu machen. Diesenigen Kameraden, welche die Forderungen bewilligt erhalten haben, müssen sich unbedingt in den Besitz einer Arbeitsberechtigungskarte setzen. Diese Karten kann der Platzdeputirte für sämtliche auf der betreffenden Baustelle beschäftigte Zimmerer nach Angabe des Namens und der Wohnung täglich im Streiklokal Neue Friedrichstraße 44 in Empfang nehmen. Es ist diese Maßnahme zur Kontrolle unbedingt nöthig. Weiter verweisen wir auf die heute Mittwoch, den 12. d. Mts., vormittags 10 Uhr in Cohn's Festhallen, Beuthstr. 20-22, stattfindende Versammlung. Das Erscheinen aller außer Arbeit stehenden Zimmerer ist unbedingt nöthig. Darum auf, Kameraden, keiner fehle! Jeder auf den Posten, wo er hingehört, und hauptsächlich möge man roge für die Sammlung zum Unterstützungsfonds eintreten. Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.

Ueber die Berliner Adressendureans und die Ausbeutung ihrer Angehörigen wird Reichstags-Abgeordneter Bueb Donnerstag, den 13. Februar, abends 9 Uhr, in einer Versammlung im Schweizer Garten am Friedrichshain sprechen. Die Adressenschreiber werden auf diese Versammlung hiermit besonders aufmerksam gemacht.

Von der Firma Wurzel in Treptow wird uns mitgeteilt, daß nicht sämtliche Tischler, sondern nur vier Mann ie Arbeit niedergelegt haben. Acht Mann arbeiten, wie uns die Firma meldet, zu dem bisherigen Lohn weiter. Es sei nicht allgemein üblich, daß die Tischler Bänke und Handwerkzeug mitbrächten.

Die Mauerer Bielefelds stehen mit den Meistern in Differenzen und eruchen die auswärtigen Kameraden, der Solidarität eingedenk zu sein.

Von England aus werden Versuche gemacht, deutsche Zeitungsfeser für London anzuwerben. Als Lockmittel soll die Versicherung dienen, daß 40 und mehr Mark wöchentlich zu verdienen wären. Abgesehen davon, daß dieser Lohn bei den überaus kostspieligen Lebensverhältnissen der englischen Hauptstadt durchaus nicht glänzend ist, werden die deutschen Buchdrucker dem Vortritt schon deshalb nicht folgen, weil sie wissen, daß die Londoner Kollegen wegen der Bezahlung der Schmiedemaschinen-Arbeit mit den Prinzipalen in Differenzen stehen. Im übrigen zeigt der Vorfall, daß es um den Patriotismus der englischen Unternehmer nicht besser steht, als um den ihrer deutschen Klassengenossen.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Ueberschreitung des schulamtlichen Züchtigungsrechtes hatte sich am Dienstag die Lehrerin Marie Schmitz aus Treptow vor der ersten Strafkammer am Land-

gericht II zu verantworten. Wie die Berichtsaufnahme ergab, hatte die Angeklagte, welche der 3. Klasse der Gemeindegatschule in Treptow vorstand, mit dem Ordinarius der 2. Klasse, dem Lehrer Moskow, einen Schulausflug per Dampfer nach Potsdam für den 1. Juli v. J. verabredet. Die Schülerinnen der ersten Klasse hätten sehr gern daran theilgenommen, deren Ordinarius, Lehrer Specht, versagte aber die Genehmigung, weil seine Gattin sich mit anderen Lehrerfrauen nicht gut vertragen konnte. Er hat aber zu einzelnen Schülerinnen gefragt: „Macht was Ihr wollt! Erlauben kann ich es nicht, aber bestrafen kann ich Euch auch nicht!“ Am nächsten Tage war die erste Klasse halb leer, die andere Hälfte theilte sich an dem Ausflug. Da die Mädchen erklärten, die Lehrerin habe die Erlaubniß gegeben, machte der Lehrer Specht Meldung beim Lokal-Schulinspektor Pastor Schläger. Dieser untersuchte die Sache, die Lehrerin bestritt, eine generelle Erlaubniß gegeben zu haben, als aber die Kinder über die angestellte Unteruchung miteinander schwatzten, äußerte die 14jährige Valeska Lepski: „Die Lehrerin wird sich schon rauswindeln!“ Das wurde der Lehrerin hinterbracht, und als dieselbe die nächste Handarbeitsstunde in der ersten Klasse zu ertheilen hatte, rief sie die Lepski vor und gab derselben 8-10 Schläge mit dem Rohrstock, erst auf die Hände und da das Mädchen flüchtete, fielen einige Schläge auf die Oberarme und den Rücken. Die Mädchen in den oberen Klassen sollen erforderlichenfalls nur auf die Oberarme geschlagen werden, jedoch nicht auf den Rücken. Die Straftthat wurde nun in den Schlägen gefunden, welche das Mädchen auf den Rücken erhalten hatte. Der Arzt, welcher von den Eltern zugezogen worden war, hat Spuren von Schlägen auf dem Rücken des Mädchens nicht konstatirt. Der Gerichtshof entschied nun dahin, daß das Mädchen wegen seiner höchst ungebührlichen Anmerkung eine energische Züchtigung verdiene. Wenn das Mädchen sich durch Penitenz der Züchtigung entzog und davon lies, so sei es wohl möglich, daß ohne Willen und Wissen einige Schläge an die unrechte Stelle gelangt seien, daraus könne aber der Angeklagten kein Vorwurf gemacht werden und deshalb sei auf Freisprechung zu erkennen.

Die Berichtsermittlung muß nicht ganz genau sein. Denn es ist doch schwerlich anzunehmen, daß gebildete Männer die jarten Finger eines Schulmädchens für die richtige Stelle halten, um daraus mit einem Rohrstock Schläge zu ertheilen, mag auch diese abscheuliche Rohheit in manchen Gemeindegatschulen noch geübt werden.

Vermishtes.

Schiffunglück. Der Bremer Dampfer „Lindensfels“, von Antwerpen nach Bombay bestimmt, stieß während dichten Nebels mit dem englischen Dampfer „Wusbee“ zusammen; die Mannschaft wurde gerettet. Der Dampfer „Lindensfels“ lehrte mit beschädigtem Bug hierher zurück.

Patrioten-Lektüre. Durch die nationalliberalen Blätter geht folgende Notiz: Die Hunde des Fürsten Bismarck. Unter dieser Epithet schreibt der Pariser „Figaro“: Eine sehr bekannte Photographie des eisernen Kanzlers ist die, die ihn darstellt mit dem Schlapput und dem Regenmantel und zwei großen dänischen Doggen ihm zur Seite. Diese Hunde haben bis jetzt, wie andere von ihren hohen Herren geliebte Thiere, noch nicht das Glück gehabt, ihren Historiographen zu finden; und doch ist ihre Genealogie einige Worte werth: Eine der beiden Doggen des Fürsten Bismarck stammt von einer Hündin „Diana“, Eigenthum des Prinzen von Wales, und dem Hiesigen „Hamlet“, einem Viebling des Kaisers Alexander III. „Hamlet“ ist der Nachkomme „Polians“, der im Besitz der Gemahlin dieses Jaren war. „Polian“ stammt von „Claudio“, dessen Eigenthümer König Christian von Dänemark ist, der ihn bei Gelegenheit einer Jagd von einem Bauern gekauft hat. Der andere Hund Bismarck's ist der Urenkel eines prachtvollen Thieres, genannt „Wilhelm“, das dem Fürsten von einem seiner alten Universitätskameraden zum Geschenk gemacht worden war; die ganze Nachkommenschaft dieses Hundes wurde bei dem Ex-Kanzler aufgezogen.

Der „Figaro“ hat den Geschmack unserer Mannesgeelen sehr gut getroffen. Schade, daß Bismarck nicht länger im Amt geblieben ist. Treitschke wäre vielleicht zum Historiographen der großen Musterbestien, und eine von diesen selbst zum Staatsrath ernannt worden. Denn Senatorenstelen, wie im alten Rom für die Pferde der Cäsaren, giebt's bei uns leider noch nicht. Uebrigens hat der „Figaro“ sich bloß mit den vierfüßigen Hunden beschäftigt.

Briefkasten der Redaktion.

Rothe Erde. Als Leser unserer Zeitung dürfte Ihnen nicht entgangen sein, daß der „Vorwärts“ als erste Zeitung in Deutschland eine ausführliche, populäre Darstellung der Röntgen'schen Versuche gebracht hat. Das Nähere finden Sie in einem kleinen Buche von Prof. Röntgen, das für 60 Pf. in den Buchhandlungen käuflich, aber sehr schwer verständiglich ist. In rascher Folge erscheinen jetzt populäre Darstellungen der Sache, die Sie in jeder Buchhandlung erfragen können.

S. R. 42. Solche Uebertretungen müssen Sie sofort dem Fabrikinspektor anzeigen.

Da. 1. Sollten Sie im Termin verurtheilt werden, so legen Sie innerhalb einer Woche von der Verkündung ab Versicherung ein. Sie müssen barlegen, daß sechswochentliche Kündigungsfrist vereinbart und von Ihnen innegehalten ist. 2. Die Klage wegen des Dienstlohnes ist beim Amtsgericht anzustellen. — Rumbach. Ihre Strafe ist erlassen; Ihre Verpflichtung, drei Jahre lang zu dienen, bleibt bis zum vollendeten 42. Lebensjahre bestehen. — P. H. Es liegt Verführung vor. — T. D. 23. Die Invaliditätskarte hat auf Ansuchen des Arbeiters die Polizei dem Unternehmer fortzunehmen und dem Arbeiter zu übergeben. Ueberdies hat der Unternehmer sich durch die Zurückhaltung strafbar gemacht: Strafungsgehalt bei der Staatsanwaltschaft steht frei. Auf Herausgabe des Krankenlistenbuchs muß geklagt werden. Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor. — L. M. 64. 1. Der gewinnende Theil hat nicht zu zahlen. 2. Die Verjährungsfrist beträgt vier Jahre. — G. S. 46., M. 100. 1. Ja, aber weshalb denn? 2. Ja. 3. Soviel uns bekannt, das Ministerium des Innern. — Gasse. Wenden Sie sich an einen Arzt; wir geben über dergartiges keine Auskunft. — Abonnent Bremerhaven. Erforderlich ist ein gerichtlicher Vertrag. — S. J. 101. Nein. — S. 27. Ofterwickel. Den Vertreter brauchen Sie nicht zu akzeptiren. — P. 17. Außerhalb der Verkaufszeit darf er am Sonntag nicht über die Straße verlaufen. — Treuer Abonnent. Nein.

Briefkasten der Expedition.

Den Herrn Kassirer des Vereins der Banarbeiter Schönebergs ersuchen wir um gefällige Angabe seiner Adresse.
 Für die streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen gingen bei unserer Expedition ein:
 P. S. 300.—, Tebor 4.—, M. V. 100.—, Ungenannt 9.—, S. S. 1.—, G. S. 5.—, Durch Frau Peters von den Forster Genossinnen 25.—, Durch Frau Jörre 100.—, G. S. 8.—, Goldarbeiter von d. Mauer 5.—, Bureau-Schmied 8.—, Von Bruder Frihe und Familie 250.—, Graveure, Eislerne R. N. P. R. 4.—, Gef. Lindenstr. 70 G. S. 176.—, Von den proletarischen Frauen und Mädchen durch Frau Gerndt 50.—, Juan Villagos 10.—, Paul Grimm 20.—, Summa 648,25.
 Weitere Beiträge werden entgegengenommen.
 Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 12. Februar:
Opeuhans, Subskriptions-Ball.
Schauspielhaus, Die Kranke Zeit.
Deutsches Theater, Die Weber.
Festung-Theater, Der Thron seiner Väter.

Berliner Theater, Nora.
Neues Theater, Der Herr Direktor.
Residenz-Theater, Hotel zum Freihasen.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater, Der Hungerleider.

Theater Unter den Linden, Ball.

Schiller-Theater, Romeo und Julia.

Adolph Ernst-Theater, Charley's Tante.
 Tante, vorher: Die Bajazzi.

Central-Theater, Eine tolle Nacht.

Alle-Aliance-Theater, Hofeubens.

Alexanderplatz-Theater, Pitts.
 Hierauf: Die kleinen Lämmer.

National-Theater, Das Käthchen von Heilbronn.

American-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.

Hausmann's Variété, Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater, (Wallner-Theater.)

Mittwoch, abends 8 Uhr: **Romeo und Julia**.

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Romeo und Julia**.

Adolph Ernst-Theater, Charley's Tante.

Schauspiel in 3 Akten von Thomas Braubon. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.

Vorher: **Die Bajazzi**.

Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater, Alte Jakobstr. 30.

Emil Thomas als Gast.

Zum 159. Male:

Eine tolle Nacht.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Will. Mannstädt. Musik von Julius Einödhofer.

Anfang 1/2 Uhr.

Morgen und die folgenden Tage: Eine tolle Nacht.

Alexanderplatz-Theater, Anfang 8 Uhr: Zum 115. Male:

Nur noch 16 Aufführungen

Die kleinen Lämmer.

Comedie in 2 Akten von L. Varnes.

Vorher: **Pitts**.

Operette in 1 Akt. Text von Fritz Otto. Musik von Hans Levenfeld.

National-Theater, Große Frankfurterstr. 132.

Direktion: Max Samat.

Volks-Vorstellung

zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Gastspiel des Herrn Oscar Krüger vom Hoftheater zu Braunschweig:

Das Käthchen von Heilbronn.

Mittelschauspiel in 5 Akten von C. v. Kleist.

Regie: Fritz Schäfer.

Morgen: Die Waife von Lowood.

Der geheimnisvolle Fremde!

Der Hiesigenbrüdermenschen hat **Aufsehen** gemacht!

Kaufmann's Variété-Theater

Königsplatz, Colonaden.

Geradezu Sensation hat der beste aller Humoristen

Gentes gemacht!!

Theowin's Schönheits-Gallerie.

Das neue lustige Programm im Zoologischen Garten eine Pantomime wie sie sein soll.

Ein Restaurant umständehalber preiswerth zu verkaufen Rheindorferstr. 51.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark (Lehrer Bahnhof).

Geöffnet von 5-10 Uhr.

Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.

Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.

Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:

Affentheater und Circus.

30 Affen,

30 Hunde,

12 Pferde,

Esel, Ziegen, Schweine, Hasen

Castan's Panopticum.

Die **3** neuesten **Weltwunder**.

Kommen!

Kaiser-Panorama

(Passage).

Diese Woche: Neu! 8. Reise. Istrien. Abbazia, Cherso etc. II. Eine Wanderung durch das interessante Venodig. 3. Reise nur 20 Pf. - Kinder 10 Pf.

Abonnement 1 M.

Nächste Woche: **Corfu I**

Feen-Palast

Burgstrasse 22.

Direktion: Winkler & Fröbel.

Das kolossale Februar-Programm! Für Berlin

durchweg neue Spezialitäten!

Mrs. Martha, Mr. Franklof, Mr. Arvo, Gebr. Francs, Familie Schenk, Lotti Romanowitsch, Harlow Trio, Rembrand u. Cläri, Marvelli-Truppe, Robin u. Borat, Koller Palaschuss, 5 Personen auf dem Thurmsell. Ein 8 und 6 jähriges Mädchen als Thurnseiläufer.

Die tolle Jugend.

Urkommische Pantomime von der Gesellschaft Tass.

Anfang (Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr, Entree 30 Pf.)

Neuer Circus.

Circus Busch (Bahnhof-Börse).

Mittwoch, den 12. Februar: Abends 7 1/2 Uhr:

Grosse Extra-Vorstellung.

Fishens, das Waldmädchen.

Elektrisches Ballet.

Näherdem:

Frau Dir. Busch als Schulleiterin a. Thucydides, tralehner Bengst u. Zebanna a. d. Thudneide, Convarsano II, dress. u. ger. v. Gen. Foottit-Burghardt.

Ein equestr. Arrangement von 100 Hengsten, dressirt und vorgeführt v. Dir. Busch. Von keiner Konkurrenz erreichbar.

Mme. Maria Doré a. phänomen. Trahtseilkünstlerin. Bernhardt-Trio, Akrobaten a. d. Piederst. Potpourri v. 100 Clowns. Auftreten der beliebte. Clowns.

Donnerstag: Fishens.

Moabiter Stadttheater

Alt-Moabit 48.

Gente, sowie jeden Mittwoch:

Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Sobrador)

Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (s. Plakate).

Durchweg neues grand. Programm!

Näher anderem:

Meysel und Britton als „Kaffeeschwester.“ Der kleine Pietro als „gemüthliches Kerlchen.“ Steidl als „Parodist.“ Krone, Arie des Parero aus „Carmen.“ Röhl, Bahlied: „In den tiefsten Tiefen.“

Zum Schluss:

Die fidele Studenten.

Morgen Donnerstag:

Soiree in Sanssouci.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater. Dresdenstr. 52/53, Innenstr. 42/43 (City-Passage).

Täglich

Grosse Vorstellung.

Vollständig neues Programm.

Signorina Catl. Alfredo Rese. Lotte Siger. Käthchen Möller. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ref. 50 Pf. R. Winkler.

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.

Mlle. Eugenie

FOUGÈRE.

Die tolle Nacht.

Romische Pantomime von der Joseph Phoites-Troupe.

Ferner 30 Kunstkräfte I. Rangos. Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Empfehle mein Weiss- u. Bayrisch-Bier-Lokal, Vereinszimm. b. zu 20 Pers. mit Piano, für die ganze Woche frei.

W. Thielow, Lothringersstr. 112.

H. Scheip's Bierlokal,

Marfilinstr. 11, nahe d. Blumenstr. Weis- und Bairisch-Bierlokal. Besprechungslokal aller Sachsen. Gemüthliches Beisammensein des Sonnabends und Sonntags. 49018

Rixdorf. [49088] Rixdorf.

Viktoria-Säle.

Großer Saal für Vereine

Sonntags noch zu vergeben.

Empfehle Freunden u. Bekannten mein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.

A. Neufeld, Reichensbergerstr. 10. Vereinszimmer zu vergeben. 26818

Guten Morgen!

Lade zum Kauf bei mir ergehen ein.

Carl Schindler

55. Chausseestr. 55. A. III 8917. (Nordb., Vikore, Cognac, Rum, Ungarw.)

Den Genossen

halte ich meine 42918

Masten-Garderobe

bei Bedarf best. empfohlen.

Grösste Auswahl. Bill. Pr. Vereinen Preisermässig.

Fr. Panknin,

Oranienstrasse 178, Adalbertstr. 91, Ecke Oranienstr.

Zähne v. 2 M. ev. Theilz.

Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Herren-Hüte 65 Pf.

mit unbedeutenden Fehlern.

Bessere Hüte, enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir

Barnimstr. 4, Müllerstr. 12c.

Sophapläsch

in glatt, gepresst und gewebten Qualitäten, auch

echt Frise und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter,

spottbillig! Muster franco!

Abgepaßte Satteltaschen sehr hohelegante billig.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158

66. Resterhandlung. 66

billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an, bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie in Wintermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. 42508

Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.

66. Karle, Waldemarstrasse 66

Sehr billige Knaben-Anzüge, Paletot. Reiter zu Anzügen und einzelnen Hosen. Zuschneiden gratis. 42508

Hoffmann, Veteranenstr. 14.

Bur Aufklärung

für alle Schneider und Näherinnen der Herren- und Knaben-Konfektion, Mäntelnäherinnen, Wäglar, Stepper, Zuschneider, Kinder-Konfektions-Schneider und Näherinnen, sowie Schneider und Näherinnen aller Branchen der Konfektions-Industrie.

Die streifenden Kollegen und Kolleginnen, auch die, welche niemals auf Unterstützung reaktivieren, werden dringend ersucht, sich zur Kontrolle täglich zweimal, von 9-11 und von 3-5 Uhr, in unten aufgeführten Lokalen einzufinden. In derselben Zeit werden Streifkarten ausgestellt.

Das Haupt-Bureau ist: Annen-Strasse 16 (Konigsstädtisches Klubhaus).

Dort werden alle Anfragen erledigt, Listen ausgegeben und Sammlungen entgegengenommen u. s. w. Das Bureau ist geöffnet von 9-12 und von 3-7 Uhr.

Die Ausnahmen für den Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen werden nach wie vor im Bureau Alte Jakobstrasse 83 bei Pasch und in den bekannten Zahlstellen erledigt.

Pasch, Restaurateur, Alte Jakobstr. 83.

Jubeil, Restaurateur, Emdenstr. 106.

Kantenberg, Restaur., Oranienstr. 180.

Erwald, Restaurateur, Schöneinstr. 6.

Wilke, Restaurateur, Andreasstr. 26.

Mörchel, Schönhofstr. Allee 28.

Augustin, Restaur., Kastanien Allee 11.

Martin, Restaurateur, Ackerstr. 123.

Heumann, Pasewalkerstr. 3.

Scheps, Restaurateur, Gerichtsstr. 10.

Kaabe, Restaurateur, Kolbergerstr. 23.

Schmierke, Stromstr. 26.

Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 35.

Snadt, Restaurateur, Putzbuscherstr. 82.

Wibel, Restaurateur, Ackerstr. 145.

Vogt, Restaurateur, Fehrbellinerstr. 34.

Lichte (Insel Mügen), Schwebelstr. 83.

Höllig, Restaur., Neue Friedrichstr. 44.

Wernau, Restaur., Rosenthalerstr. 57.

Doberstein, Restaur., Mariannenstr. 31.

Mießt, Restaurateur, Weberstr. 17.

Owajedi, Restaurateur, Langestr. 65.

Wiedemann, Restaur., Blumenstr. 88.

Gold, Restaur., Frankfurterstr. 133.

Kaumann, Restaur., Blücherstr. 42.

Rixdorf:

Hilpert, Restaur., Karlsgrabenstr. 1.

Böttcher, Restaur., Hermannstr. 109.

Schöneberg:

Obst, Restaurateur, Grünwaldstr. 110.

Kollegen und Kolleginnen, welche sich eine Streifkarte ausstellen lassen, haben eine Legitimation mitzubringen, entweder Arbeitsbuch, Krankentassenbuch, Alters- und Invalidenkarte, oder einen ähnlichen Ausweis.

Die Streifenden haben zur Kontrolle stets in den Lokalen zu erscheinen, in welchen sie ihre Karte ausgestellt bekommen haben.

In obigen Lokalen kommt heute Nachmittag 3 Uhr ein Flugblatt an die Kollegen und Kolleginnen zur Verteilung. Wir ersuchen um zahlreiche Verbreitung.

Am Freitag, den 14. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr finden

Vier öffentliche Versammlungen

statt und zwar in folgenden Lokalen:

Sanssouci, Köffbuscher Straße 4a.

Keller, Koppen-Strasse 29.

Prater, Kastanien-Allee 7.

Kösliner Hof, Kösliner Straße 8.

Tages-Ordnung:

Der Stand unserer Lohnbewegung.

Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist Pflicht!

Frish auf! Durch Kampf zum Sieg!

Die Agitations-Kommission der Schneider u. Schneiderinnen Berlins

Im Auftrage: J. Timm.

Unbemitt. Musikunter. „K“ Postamt 79.

Möbel u. Polsterwaren, reelle Waare empf.

Franz Tutzauer,

Tischlermeister, [99618] Berlin SW., Glücker-Strasse 14.

Nach der Inventur!

Gardinen auch Reste

zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Gardinenfabrik v. Bruno Gähler, Grüner Weg 80, part. (kein Laden) Eingang vom Flur. 40078

Portièren

Restbestände

2 bis 8 Chts, à 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark.

Probe-Chals bei näherer Angabe franco zu Diensten.

Pracht-Katalog mit Portièren-Abbildungen gr. u. fr.

Teppich-Fabrik Emil Lefèvre,

Berlin S., Oranienstrasse 158.

Theilzahlung. Monatl. v. 10 M. an liefert elegante Anzüge nach Maß

Tomprowski, Schneidermeister, Berlin C., Jadenstr. 87, 1 Tr.

Unfallwagen, Klagen, Eingaben, Puffer, Steglitzerstr. 65.

Große Betten 12 M. (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit geräumigen neuen Federn bei Gustav Süßig, Berlin S., WeinstraÙe 46. Preisliste kostenfrei. **Die Anerkennungs-Schreiben.**

Kartoffel- u. Springgeschäft für

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 11. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische Justizminister Schönstedt und Kommissar, später Miquel.

Die Beratung des Justizetats wird bei dem Kapitel „Landgerichte und Amtsgerichte“ fortgesetzt. Abg. Munkel (fr. Ag.): In Berlin fehlen den Landrichtern die dienstlichen Arbeitszimmer, die nur dem Amtsdirektor zustehen. Der vorliegende Justizetat enthält Positionen für einen neuen Justizpalast mit vielen Säulen; vielleicht nimmt man darauf Bedacht, Arbeitszimmer einzurichten.

Minister Schönstedt: In der Natur der Arbeiten der Landrichter liegt es, daß diese Herren lieber zu Hause arbeiten. Die Abg. Seer (natl.), v. Gnyatten (B.), Jansen (B.), Kirck (B.) erörtern lokale Angelegenheiten. Auf ihre Anregung bemerkt

Minister Schönstedt, daß die Anlegung von Grundbüchern in der Rheinprovinz bereit gefördert sei, daß voraussichtlich in 3 bis 4 Jahren das ganze Werk vollendet sein wird.

Von den Abg. Frhr. v. Buddenbrock (L.) und Dr. Stephan-Geulden (B.) wird die Einführung der Dienstalters-Zulagen erörtert, von ersterem wird namentlich die Anrechnung der Dienstzeit als Gerichtsvollzieher auf das Dienstalter der Sekretäre verlangt.

Regierungs-Kommissar Geh. Justizrat Bierhaus: Die Einführung der Dienstalters-Zulagen wird im allgemeinen gegenüber den heutigen Verhältnissen für die Beamten vorteilhaft sein.

Abg. de Witt (B.): Bei Befragung der Assistentenstellen sind die Zivilanwärter gegenüber den Militäranwärtern sehr im Nachteil.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Bierhaus: Diese Zustände sind die Folge eines übermäßigen Andranges zur Gerichtsschreiber-Karriere.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Dallwig (L.) bemerkt der Regierungs-Kommissar Geh. Rath Starde, daß die Verfügung des enllassenen Strafgefängnisses über den ihm zustehenden Arbeitsverdienst durch eine Verfügung des Justizministers dahin geregelt ist, daß ihm das Geld nur im Einverständnis mit den Gemeindevorständen und Geistlichen ausgezahlt wird.

Die Abg. Im Walle (B.) und v. Seydebrandt (L.) wünschen, daß ein Teil des Arbeitsverdienstes der zur Armenunterstützung verpflichteten Behörde zustehe, als Ersatz für die den Angehörigen des Gefängnisses gewährte Unterstützung.

Regierungs-Kommissar Starde erwidert, daß die erwähnte Verfügung soweit nicht gehe; denn ein Anspruch auf den Arbeitsverdienst stehe dem Gefangenen überhaupt nicht zu, er wird als wohlthätige Zuwendung gewährt.

Der Etat wird bewilligt. Es folgt der Etat der „indirekten Steuern“, der nach ganz kurzer Debatte bewilligt wird.

Nächste Sitzung morgen Mittwoch 11 Uhr: Verteidigung der Mitglieder. Kleine Vorlagen, Petitionen und kleine Spezialetat (Kassette, Münzverwaltung, Seebehandlung etc.).

Schluß 3 Uhr.

Aus dem Transvaal.

Wir erhalten abermals von einem Arbeiter eine Zuschrift aus Pretoria, die über die Stimmung unter den dortigen deutschen Arbeitern Aufschluß giebt, obgleich wir uns für die sensationellen Einzelheiten nicht verbürgen können. Der Brief lautet:

Pretoria, den 12. Januar 1896.

Werthe Genossen!

Die vergangene Woche ist ziemlich ruhig abgelaufen und daher wenig neues zu berichten; das Bild ist ungefähr folgendes: Sonntag, den 5. war alles ruhig, es fand die erste Beratung zwischen der Regierung und dem Gouverneur von der Kapkolonie statt.

Am Montag stellte die Regierung an Johannesburg, welches inzwischen von den Buren vollständig umzingelt war, die Forderung, innerhalb 25 Stunden die Waffen, Munition und das Reformkomitee auszuliefern, widrigenfalls es beschossen würde.

Dienstag wurden ein paar hundert Gewehre abgeliefert und versuchten sie dadurch, die Sache in die Länge zu ziehen, weil sie noch immer auf Entlassung durch englische Truppen hofften.

Die Regierung stellte nochmals 48 Stunden Bedenkzeit, worauf sie sich endlich bequemen, am Donnerstag die neu gewählte Regierung, 2000 Gewehre und 8 Maximkanonen herauszugeben. Nur eine Mine weigert sich noch, die Waffen abzuliefern.

Am Freitag wurde das Komitee hier im Gefängnis eingekerkert; bisher sind 60 Mann verhaftet.

Sonabend wurden die gefangenen Engländer, welche unter Dr. Jameson's Führung in Transvaal einfielen, bis auf ihn und zwei Offiziere an England ausgeliefert.

Die Verhandlungen über die Forderungen schweben noch.

Kunst und Wissenschaft.

Die Nationalgalerie soll laut einer vom Kaiser am 29. Januar getroffenen Bestimmung der Generalverwaltung der Museen in Berlin unterstellt werden, zu deren Geschäftskreis schon bisher das Alte und das Neue Museum am Lustgarten, das Museum für Völkerkunde und das Kunstgewerbemuseum gehören. Die Ankäufe für die Galerie werden indes, wie die offizielle „Berl. Kor.“ schreibt, auch in Zukunft durch das Kultusministerium nach Anhörung der in jedem Frühjahr und sonst nach Bedürfnis zusammentretenden Landes-Kunst-Kommission bewirkt werden. Die Stelle des Direktors der Nationalgalerie, welche seit dem Jahre 1880 im Nebenamt von dem Kunstreferenten des vorgehenden Ministeriums verwaltet wurde, soll jetzt mit einem Beamten besetzt werden, welcher dem Institut und den mit der Leitung desselben in unmittelbarer Verbindung stehenden Geschäften seine volle Zeit und Kraft widmen kann. In letzterer Beziehung ist zu erwähnen, daß der Direktor der Nationalgalerie als solcher zugleich Mitglied der Landes-Kunstkommission und des Senats der Akademie der Künste in Berlin ist.

Für die Gemäldegalerie im Alten Museum ist soeben ein interessantes Werk eines überaus seltenen Meisters, Jean Fouquet, erworben worden. Der „Frankfurter Herald“ schreibt darüber: Man wird sich erinnern, daß gelegentlich des vor einigen Jahren erfolgten Verkaufs der Brentano'schen Miniaturen von Jean Fouquet an den Herzog von Kumaie, von einem Tafelbild desselben Meisters die Rede war, das sich im gleichen Besitze befand. Der damalige Versuch, dasselbe für Frankreich zu erwerben, scheiterte an der festen Absicht des Besitzers, es wenn möglich für Frankreich zu erhalten. Nach dessen Ableben war das Bild im vorigen Herbst im Stadel'schen Institute zur Ausstellung gelangt. Es ist der Flügel eines Altarbildes, ursprünglich für die Kathedrale in Melun gemalt, und

Damit scheint die Sache ein Ende zu haben, über die Gerüchte, daß es zwischen Deutschland und England zum Krieg kommt, kann man wohl mit Stillschweigen weggehen.

Die Buren haben sich in anbetrachter der Sachlage sehr anständig benommen, sie haben die Gefangenen gut behandelt, haben die Verwundeten, von den Engländern, die diese haben liegen lassen verbunden und gepflegt. Bei dieser Gelegenheit ist ein Bur, der einem verwundeten Engländer, weil er noch Hilfe schrie, zu Hilfe kommen wollte, von diesem erschossen worden. Die Engländer in Johannesburg haben die Kugeln gespalten, damit sie eine große Wunde verursachen. Von diesen Patronen soll an alle europäischen Mächte ein Paket geschickt werden.

Die Erbitterung der Buren ist natürlich durch diese Vorermisse aufs höchste gestiegen, obwohl sie von Anfang an mit Freude gegen die Engländer gingen. Alle Leute mit schneeweißen Haaren, die ganz gebückt auf den Pferden saßen und junge Leute von vierzehn Jahren sah man mitziehen. Distrikte, die sechshundert Mann zu stellen hätten, waren durch die doppelte Anzahl vertreten. Wenn es nach den Buren gegangen wäre, würde heute kein Engländer mehr in Transvaal sein.

Ebenso hätten es wohl die Engländer gemacht; die Reglerposten waren schon alle verheilt, der Präsident schon bestimmt, was aus den vorgefundenen Papieren hervorgeht. 200 Eisenbahnarbeiter warteten schon in Kapstadt um die hiesige Delagoa-Eisenbahn zu übernehmen; diese Bahn liegt ihnen sehr am Herzen. Alles war fertig; bloß der Putsch gelang nicht.

Aus allem diesem kann man sehen, wie sich die Kapitalisten nicht scheuen, Revolutionen ins Werk zu setzen, bloß weil ihre Geldbörse nicht in dem Maße befriedigt wurde, wie sie es wünschen. Wenn aber die Arbeiter nur Forderungen stellen, um ihre erbärmliche Lebensweise anzubessern, sind sie natürlich unerschämmt. Die Folgen, die durch diesen Kadava entstanden sind, lassen sich noch nicht übersehen. Daß die Engländer keinen Deutschen mehr beschäftigen, steht indes fest. Aus einer Mine, Simmer und Jack, der größten, werden Leute verlangt, „Deutsche aus-geschlossen“. Es war vorher schon schlimm für einen nicht englisch sprechenden Arbeiter, in Johannesburg anzukommen; sogar deutsche Firmen, wie Gruson und Krupp, haben keine Deutschen eingestellt; der Vertreter sagte einfach, er hätte einen englischen Vormann und könnte deshalb keinen nicht englisch sprechenden Arbeiter gebrauchen.

Aus einem zweiten Briefe des nämlichen Korrespondenten, datirt Pretoria, 19. Januar, theilen wir noch folgendes mit:

Die Beche beim Kadava bezahlen natürlich die Arbeiter. Deutsche und Holländer wurden auf den Minen entlassen, die dort 3 und 4 Jahre beschäftigt waren. Infolgedessen, die Arbeiter suchen, schließlich von vornherein Deutsche aus. Da die Minen und Reparaturwerkstätten fast alle unter englischer Leitung stehen, ist es sehr schwer, für die betreffenden anderweit Arbeit zu erlangen. Es war vorher schon schwer, denn einen nicht englisch Sprechenden stellen die Minen nur im allerhöchsten Nothfall ein. Hervorzuheben ist, daß der englische Gewerkschaftsverein von Johannesburg sich nicht an dem Putsch beteiligte; im Gegenteil, er schickte Abgeordnete nach Pretoria, die am 2. Januar von der Treppe des Parlamentsgebäudes zu dem versammelten Volk sprachen und es aufforderten, mit der Regierung zu gehen. Man sieht hier wieder, daß organisierte Arbeiter nicht zu jedem Handlangerdienst der Kapitalisten zu gebrauchen sind. Ich will hier auch nicht vergessen zu bemerken, daß Deutsche von den Engländern selten anders, als mit Bloody German (verdammt Deutsche) und ähnlichen Liebeswürdigkeiten bedacht werden, und daß alles dies die Deutschen veranlaßt hat, sich auf Seite der Transvaal-Regierung zu stellen.

Ein anderer deutscher Arbeiter schreibt uns aus Johannesburg über die Nachwehen des geplanten Putsches der englischen Kapitalisten:

Außer dem Schaden, den die Geschäftsleute gehabt haben, droht noch größerer Nachtheil in nächster Zeit den sämtlichen Minenarbeitern, die nicht die Partei der National-Union ergriffen hatten. Ich bin gut darüber unterrichtet, daß fast sämtliche Minendirektoren von den großen Allien-Männern (leider auch deutsche Großkapitalisten sind bei der National-Union) beauftragt sind, keinen Mann zu beschäftigen, der nicht bei der National-Union gestanden, und selbstredend alle gegenwärtig noch beschäftigten zu entlassen.

Gerichts-Beilage.

Nochmals die geschichtliche Würdigung todtter Hohenzollern vor dem Reichsgericht. Die Frage, ob durch die kritische Beurteilung der Vorfahren einer fürchtigen Person diese letztere selbst beleidigt werden könne, beschäftigte am 10. Februar den 3. Strafsenat des Reichsgerichts, wie sie am vorigen Freitag den 4. Strafsenat beschäftigt hat. Es handelte

sich den Stifter Moitte Etienne Chevalier mit seinem Schutzpatron, dem heiligen Stephan dar, der das Gebetbuch mit den berühmten Miniaturen, sowie den Stein, der ihn, den Märtyrer, tödtlich getroffen, in den Händen trägt. Es ist auf Goldgrund gemalt, um die Mitte des 15. Jahrhunderts entstanden und ein vorzüglich charakteristisches Merkmal dieser interessanten Periode; der andere Flügel des Altarbildes befindet sich im Museum zu Antwerpen.

Von der Popularität der Röntgen'schen X-Strahlen giebt der folgende Vorfall Kunde: Bei einem Arzt im Westen meldete sich eine Milchfrau, die über unerträgliche Schmerzen im Arme klagte. Bei der Untersuchung der Hand fand man einen kleinen schwarzen Punkt. Die Frau erklärte, sie habe sich vor zwei Monaten an dieser Stelle eine Nadel in die Hand gestochen, die beim Herausziehen vielleicht abgebrochen sei. Als der Arzt meinte, das sei schwer festzustellen, erwiderte — so erzählt das „B. Z.“ — die Milchfrau: „Ja wozu haben wir denn die X-Strahlen?“ Daran habe er auch schon gedacht, sagte der Arzt und versetzte sich mit der Frau nach der „Arantia“, wo es Herrn Dr. Spieß gelang, nach dreiviertel Stunden eine Photographie der Hand herzustellen, in der sich ein Nadelstücken genau hervorhob, dessen Herausziehen darauf mit Leichtigkeit erfolgte. Als die Milchfrau sich dann bedante, sagte sie die Worte bei: „Bitte, geben Sie mir auch eine Photographie, ich will sie in meiner Subile aufhängen, darauf bekomme ich neue Kunden.“ In der nächsten Sitzung der medizinischen Gesellschaft wird näheres über diese praktische Verwendung der neuen Entdeckung mitgeteilt werden. Demselben Blatte schreibt Herr Dr. Spieß zu der Meldung, daß Professor Salvioni in Perugia ein Instrument erfunden habe, durch welches man in den Stand gesetzt werde, Röntgen-Strahlen zu sehen, folgendes: „Ein Tubus, etwa gestaltet wie die Hälfte eines Opernglases, erhält statt der Linse eine undurchsichtige Pappe, welche auf der Innenseite mit fluoreszierendem Salze beschichtet ist. Gewöhnliches Licht sieht man durch diesen Tubus nicht. Die Röntgen-Strahlen aber durchdringen die

sich um denselben Zeitungsartikel in beiden Prozessen. Die beiden Angeklagten, Redakteure sozialdemokratischer Blätter, hatten ihn aus einem anderen Blatte abgedruckt. Während aber der Redakteur Jahn in Breslau auf Grund des Artikels wegen Beleidigung Wilhelms II. verurteilt wurde, ist der Redakteur des „Volkswillen“, Wilhelm Ziehlhorn in Hannover vom dortigen Landgerichte am 29. Oktober v. J. freigesprochen worden. Während der 4. Strafsenat bei der Verhandlung über die Revision Jahn's die Öffentlichkeit ausschloß, verhandelte diesmal der 3. Strafsenat öffentlich über die Revision der Staatsanwaltschaft gegen die Freisprechung Ziehlhorn's. Der fragliche Artikel verdankt seine Entstehung nach der Anklage der bekannten Rede des Kaisers, in welcher die Worte von der „vaterlandlosen Motte“ vorgekommen sind und welche den Staatsanwaltschaften Gelegenheit zur Einleitung unzulässiger Majestätsbeleidigungs-Prozesse gab. Der Verfasser des Artikels macht einen Eklat in die Vergangenheit des hohenzollernischen Hauses, um nachzuweisen, daß ein Anlaß, derartige Worte zu gebrauchen, nicht vorlag. Er nahm dabei Bezug auf die Handlungsweise zweier brandenburgischer Kurfürsten, die vor etwa 400 Jahren gelebt haben, hielt sich aber streng an die historisch beglaubigten Thatfachen. Das Gericht in Hannover betont diesen letzteren Umstand ausdrücklich. Es sagt ferner, in dem Artikel, der auch nicht ironisch gehalten sei, sei weder offen noch verdeckt zum Ausdruck gebracht, daß die inkriminierten Worte (mit denen die Handlungsweise der beiden Kurfürsten charakterisiert war) auf den Kaiser sich beziehen sollen. Die Apokryphe an den Kaiser sei zwar „nicht angemessen“, enthalte aber keine Beleidigung. — Die Revision der Staatsanwaltschaft gegen die Freisprechung Ziehlhorn's legte Gewicht auf den Umstand, daß der „Volkswillen“ kein Blatt sei, welches sich sonst mit historischen Untersuchungen abgebe. Ferner wurde die Ansicht des Gerichts, daß es keine mittelbare Beleidigung gebe, als unrichtig bezeichnet. — Rechtsanwalt Schumann erklärte, die Revision nicht vertreten zu können. Derselbe richtet sich, so führte er aus, zum Theil gegen die Rechtsprechung des Reichsgerichts, welches erklärt hat, daß es eine mittelbare Beleidigung nicht giebt. Der Senat wird auch keine Veranlassung haben, gerade mit Bezug auf diesen Fall von jener Rechtsauffassung abzuweichen. Abgesehen davon scheitert die Revision an der Auslegung, die der Artikel durch das Landgericht erfahren hat. Dasselbe ist auf Grund eingehender Prüfung zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Artikel weder mittelbar noch unmittelbar auf den Kaiser sich bezog und daß der Wille des Angeklagten nicht dahin gegangen ist, den Kaiser zu treffen. Auch ist festgestellt, daß der Angeklagte nicht habe annehmen können und nicht angenommen habe, daß etwa in diesem Sinne der Artikel von den Lesern des Blattes habe aufgefaßt werden können. Mit Rücksicht auf diese in der Revisionsinstanz nicht angreifbare Feststellung mußte das Landgericht nothwendig zur Freisprechung gelangen. Daß hierbei der Begriff der Majestätsbeleidigung verkannt sei, läßt sich nicht behaupten. Wichtig ist ja, daß in Breslau wegen des gleichen Artikels Verurteilung eingetreten ist und daß der 4. Strafsenat vorigen Freitag die Revision des Angeklagten verworfen hat. Das Breslauer Urtheil enthält aber eine ganz andere Auslegung des fraglichen Artikels. Auf Grund der Breslauer Feststellungen mußte allerdings die Verurteilung eintreten. Der Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ in Kiel, die den Artikel auch abgedruckt hat, ist ebenso wie der jetzige Angeklagte freigesprochen worden.

Derartige Vorgänge mögen bedauerlich sein, aber die Revisionsinstanz steht ihnen machtlos gegenüber, weil sie an die thatsächlichen Feststellungen gebunden ist; es steht nicht in ihrer Macht, hier selbst Abhilfe zu schaffen. — Gemäß diesen Ausführungen erkannte der 3. Strafsenat des Reichsgerichts auf Verwerfung der Staatsanwaltschaftlichen Revision.

Volle Beamtenqualität der diätarisch beschäftigten Hilfsarbeiter. Ein höchst wichtiges Erkenntniß des Reichsgerichts ist soeben ergangen. Es handelt sich um einen Prozeß wegen Fortzahlung des Gehalts an die diätarisch beschäftigten Kommunalbeamten nach ihrer Entlassung durch den Magistrat. In dieser Angelegenheit (Prozeß Maltz gegen die Stadtgemeinde Berlin) hat das Reichsgericht heute die Stadt Berlin zur Fortzahlung des Gehalts vom 1. Juni 1889 ab verurtheilt. Damit ist prinzipiell die volle Beamtenqualität der diätarisch beschäftigten Hilfsarbeiter, welche Beamtenfunktionen ausübten, anerkannt, und der Magistrat wird sich endlich wohl entschließen, dem bisherigen Zustande ein Ende zu machen.

Der Sedanstag als Hamburgische Staatseinrichtung. Unser Parteigenosse Buchdrucker Friedrich Meyer in Hamburg war am 28. November vorigen Jahres wegen Beleidigung des Hamburger Senats und Verdächtigmachung von Staatseinrichtungen zu der auffehererregenden Strafe von acht Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Er hatte, um das verspätete Erscheinen einer bei ihm gedruckten Zeitung zu entschuldigen, am 7. September v. J. an der Spitze des Blattes in mißliebiger

Pappe und bringen das Salz zum Leuchten. Die Abänderung gegenüber dem Röntgen'schen Verfahren besteht nur in der Anbringung des Tubus, welcher fremdes Licht vom Auge abhält, also die Beobachtung im hellen Zimmer gestattet.“ Die bisher bekannt gewordenen, mit den Röntgen-Strahlen hergestellten Photographie waren auf lichtempfindlichen Trodenplatten hervorgerufen und von diesen Platten dann auf photographisches Papier kopirt. Auf diesen Glasplatten erscheint alles für die X-Strahlen wenig oder garnicht durchlässige des Objekts nach der Entwicklung farblos, durchsichtig, und die nach der Platte gefertigte Kopie zeigt es also schwarz, z. B. Knochen, Ringe etc. Außerdem waren alle diese Kopien nur Spiegelbilder des eigentlichen Objekts, d. h. es war bei ihnen rechts und links vertauscht. Auf Anregung des Herrn Dr. Hefsel hat nun Privatdozent Dr. Frenkel in der landwirthschaftlichen Hochschule versucht, auf dem neuen Hefsel'schen Bromsilberpapier direkte Schattenbilder des auszunehmenden Gegenstandes zu erhalten und es ist bestens gelungen. Man hat nur nöthig, den mit X-Strahlen zu photographirenden Gegenstand auf das Papier zu legen, die Aufnahme zu bewirken, und man erhält sogleich ein richtiges, nicht umgekehrtes Bild auf kartonartigem Papier. Interessant ist, daß man auf diese Weise sich sehr wohl sogleich eine ganze Anzahl von Bildern auf einmal herstellen kann. Man muß zu diesem Zweck nicht ein Blatt, sondern deren mehrere unter das Objekt legen, die X-Strahlen gehen durch die oberen Platten hindurch und wirken auf die unteren noch ganz vorzüglich. Diese außerordentlich geläuterte Aufnahmeart nach Hefsel-Frenkel, die noch dazu das Objekt in der natürlichen Lage darbietet, kann für die Zwecke der ärztlichen Diagnose von großer Wichtigkeit sein. — Aus Graz wird gemeldet: Professor Doelter, Lehrer der Mineralogie an der dortigen Universität, stellte fest, daß echte und falsche Diamanten für die Röntgen-Strahlen verschiedene Durchlässigkeit haben. Die Röntgen'sche Erfindung scheint sich also auch auf dem Gebiete der Ermittlung von Fälschungen nützlich zu erweisen. Wie bereits mitgeteilt, ist es ja auch gelungen, mit Hilfe der neuen Strahlen echte von falschen Perlen zu unterscheiden.

Form auf den Hamburger Senat bezug genommen, der durch Besch vom 12. Juli 1878 den Sedantag zum bürgerlichen Feiertag erklärt hat. Die Revision, welche Meyer gegen das harte Urtheil eingelegt hatte, ist am 10. Februar vom Reichsgericht verworfen worden.

Soziale Rechtspflege.

Schlächtereibetriebe sind nach den bestehenden Gesetzen nur dann versicherungspflichtig, wenn sie einen fabrikmäßigen Charakter tragen und somit dies der Fall ist. Versicherungspflichtig ist danach auch derjenige Teil eines Berliner Schlächtereibetriebes, welcher sich im städtischen Viehhofe vollzieht, während der handwerksmäßige Betriebtheil in der Fleischerei desselben Meisters nicht der Versicherung unterliegt. Die Nahrungsmittel-Berufsgenossenschaft hatte unter Berücksichtigung dieser Rechtslage den Nennanspruch des Schlächters Kraft zurückgewiesen, welcher bei dem Versuch, einen Arbeitsgenossen durch Anstoßen an das Fenster aus dem Schlaf zu wecken, von der Leiter derart abgerutscht war, daß sein Arm die Scheibe durchschlug und sehr erheblich verletzt wurde. Die Berufsgenossenschaft betonte in ihrem Bescheid, daß Viehoff's Arbeiter nur gegen Unfälle versichert seien, die im Zentralviehhofe passirten. Das Schiedsgericht erkannte aus demselben Grunde auf Abweisung. Das Reichs-Versicherungsamt dagegen hielt die Sachlage noch nicht für genügend geklärt und erob deshalb weiteren Beweis. Es wurde festgesetzt, daß der Meisterrückläger am fraglichen Morgen schon vor dem Unfälle auf dem Zentralviehhofe Blut in Kanne gefüllt und Schweine in das Schlachthaus geführt hatte, und daß er, da er ohne seinen noch schlummernden Arbeitsgenossen nichts weiter machen konnte, mit dem Bemerkten fortgegangen war, jezt müsse er erst den L. aus dem Bette holen. Die beklagte Berufsgenossenschaft wurde nunmehr verurtheilt, die Rente zu gewähren: Die Thätigkeit, bei welcher R. verunglückte, sei hier als Theil der versicherten Betriebsthatigkeit im Schlachthause des Viehhofes anzusehen.

Eine für verunglückte Arbeiter äußerst wichtige Entscheidung hat aus Anlaß eines Spezialfalles das Reichs-Versicherungsamt getroffen. Dem verunglückten Arbeiter wird häufig die Geltendmachung seiner Rechte u. a. auch dadurch erschwert, daß Berufsgenossenschaften sich anmaßen, der Belehrung über das Recht zur Berufungseinlegung gegen ihre Entscheidungen die völlig gefehrvordige Behauptung zuzufügen: „Der Berufungsschrift ist dieser Bescheid“ (das ist der mittels der Berufung angegriffene Bescheid) „beizufügen.“ Kommt der Arbeiter dieser Aufforderung nach, so ist er in der Geltendmachung seiner Rechte außerordentlich behindert, weil dem außer Besitz des angegriffenen Bescheides Geschehen selten sachgemäher Rath erteilt werden kann. Der Maurer Klemme hat nun in einem Spezialfall die Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes gegen einen derartig unverschämten Angriff gegen das Vertheidigungsrecht des Arbeiters angefochten. Die nordholländische Bau- und Gewerkschaftsgenossenschaft hatte eine zweifelhafte dem minderjährigen verletzten Sohn des Maurers Klemme gebührende Rente nicht bewilligt. Hiergegen legte K. auf Anrathen eines Abgeordneten Berufung ein. Das Schiedsgericht forderte den Vater jedoch auf, den Bescheid, der hinreichend genau bezeichnet war, der Aufforderung der Genossenschaft entsprechend im Wortlaut beizufügen. K. lehnte es ab, dieser Aufforderung nachzukommen und legte gegen dieselbe Beschwerde beim Reichs-Versicherungsamt ein. Termin wurde inzwischen anberaumt und der klaren Sachlage entsprechend dem minderjährigen Klemme die ihm von der Berufsgenossenschaft versagte Rente zugewilligt. Und gestern wurde ferner dem Vater eröffnet, daß seine dem Reichs-Versicherungsamt vorgetragene Beschwerde für berechtigt erachtet ist. Es wäre wünschenswert, daß die Arbeiter in allen Fällen der Aufforderung der Berufsgenossenschaft, den anzugreifenden Bescheid in Wortlaut oder Abschrift beizulegen, nicht nachkommen und in jedem einzelnen Fall gegen das ungesegnete Ansehen, sich möglichst schußlos der Berufsgenossenschaft gegenüberzustellen, Beschwerde erheben.

Soziale Uebersicht.

Der Rückgang des Handwerks wird in einer Ausstellung deutlich sichtbar, die wir im „Osnabrücker Tageblatt“ fanden. Dabei gab es in Osnabrück

	bei einer Zahl von	Schlosser- meister	Gesellen	Lehrlinge	Schlosser in Fabriken
1850	12 000	27	45	26	0
1896	45 000	24	10	76	ca. 1000

Städtisches Arbeitsamt. Beim städtischen Arbeitsamte in München sind laut Bekanntgabe des Rechtsraths Dr. Menzinger in der letzten Sitzung des städtischen Verwaltungssenats im Monat Januar 2471 Arbeitgeber um Zuweisung von Arbeitern eingekommen; 1451 Arbeitgeber = 58,7 pCt. haben die verlangten Kräfte erhalten. Die Zahl der Arbeitnehmer, die sich anmeldeten, betrug 6160; von diesen haben 1451 = 23,5 pCt. Arbeit erhalten.

Sozialstatistisches aus Baden. Den Untergang der Kleinbetriebe durch die Großindustrie illustriert so recht deutlich die Abnahme der Bierbrauereien im Großherzogthum Baden. Im Jahre 1882 waren daselbst noch 1524 Brauereien in Betrieb. 1892 waren sie schon auf 1162 und bis 1894 sind sie auf 1079 gesunken. Die eingegangenen Brauereien waren durchweg Kleinbetriebe, welche die Konkurrenz der Großbetriebe verschluckt hat. Die noch bestehenden Kleinbrauereien haben in den letzten zwei Jahren 33 000 Zentner Malz weniger verbraucht, als ihr Durchschnittsverbrauch früher war, während die Großbrauereien sich in den letzten 2 Jahren um 2 vermehrt haben und 41 833 Zentner Malz mehr verbrauchen als früher. Es ist daraus zu entnehmen, daß in kürzester Zeit die Kleinbrauereien überhaupt verschwinden werden und an Stelle der ehemaligen handwerksmäßigen Herstellung des Bieres die Bierfabrik tritt, in der man nur einige wenige gelehrte Brauer nöthig hat und den größten Theil der Arbeiten durch Maschinen und schlecht bezahlte Tagelöhner besorgen läßt. Das ist ein vom Kapitalismus diktirter Prozeß, dem weder Zwangsorganisation des Handwerks noch Braumalz-Staffelsteuer Einhalt zu thun vermag. Fallen sah ich Zweig auf Zweig...

Aus Amerika. In Indiana hatten die Kohlengräber nach jahrzehntelangen Bemühungen 1893 die Legislatur veranlaßt, ein Gesetz zu schaffen, wodurch den systematischen Betrügereien, die die Unternehmer bei der Lohnberechnung verübten, ein Ziel gesetzt werden sollte. Dasselbe bestimmte, daß die Kohlen vor dem Sieben gewogen werden müßten und danach der Förderlohn zu berechnen sei. Jezt hat in einem Streitfall das Staats-Obergericht dieses Gesetz als „unanwendbar“ bezeichnet, weil gewisse Bestimmungen desselben so verfaßt seien, daß darauf keine Berufung zu laffen sei. Man sieht, die Unternehmer fallen, wie die Raken, immer auf die Füße.

Gewerkchaftliches.

Au alle Händler, Marktreisende und Hausirer Deutschlands! Kollegen! Gegenwärtig ist der Reichstag damit beschäftigt, die Novelle zur Gewerbe-Ordnung zu beraten, ein Gesetz, das geeignet ist, die Existenz von zahlreichen Angehörigen unseres Berufes zu gefährden. Schon in der vorigen Session des Reichstages sind von den Befürwortern dieses Gesetzes Entwürfe gegen unseren Stand die schwersten und unmotivirtesten

Schuldigungen erhoben worden. Wir haben es deshalb als unsere Pflicht erachtet, sowohl hiergegen wie auch gegen die uns drohende Gefahr erneuter behördlicher Plackereien und Einschränkungen des Handels Stellung zu nehmen. Unsere Berufsgenossen müssen sich im ganzen Lande zu einem Protest gegen die rigorosen Bestimmungen des Gesetzes vereinigen. Wir empfehlen deshalb, an allen Orten Versammlungen einzuberufen, die sich mit der für uns so bedeutsamen Frage beschäftigen und ihre Stellung zu dem Gesetzentwurf präzisiren. In Berlin wird heute Abend 8 Uhr im Englischen Garten eine Protest-Versammlung abgehalten, für welche der Reichstags-Abgeordnete Reichhaus das Referat übernommen hat. Mögen unsere Berufsgenossen für einen recht zahlreichen Besuch aller Theilnehmenden sorgen. Zuschriften und Anfragen sind zu richten an Herrn Emil Schröder, Berlin SO., Stalitzerstr. 130.

Mahnung, Maurer Berlins! Wegen des Zimmererstreiks wird Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße, eine große allgemeine Maurerversammlung abgehalten, wo Zimmerer E. Obst über den Streik referiren und der bisherige Delegirte zur Gewerkschafts-Kommission seinen Bericht geben wird. Kollegen! Angesichts des Zimmererstreiks ist es notwendig, daß Ihr jezt alle Meinungsverschiedenheiten hintenan sezt und die Versammlung so stark besucht, wie wir die Zimmerer-Versammlungen besucht haben. Sind wir auch in manchen Punkten uneinig, so können und müssen wir doch darin einig sein, unseren streikenden Arbeitsgenossen unsere Solidarität kundzutun. Laßt uns den Zimmerern zeigen, daß wir gewillt sind, sie moralisch und materiell zu unterstützen. Der Kampf der Zimmerer ist auch unser Kampf! Die Einberufer: Fr. Kater, E. Panzer.

Lohnbewegung der Holzarbeiter Berlins. Eine Anzahl Vertreter der Tischlerinnung und des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes besprachen am Montag in einer gemeinsamen Sitzung die von den Arbeitern gestellten Forderungen. Nach mehrstündigen sachlichen Verhandlungen wurde einstimmig beschlossen, einer von dem Obermeister der Innung einzuberufenden Allgemeinen Tischlermeisterversammlung folgende Vereinbarungen zur Annahme zu empfehlen: Die Maximal-Arbeitszeit wird pro Woche auf 52 Stunden festgesetzt (neunstündige Arbeitszeit; Montag und Sonnabend 8 Stunden). Die Minimallohn-Abschlagszahlung wird so normirt, daß nach prozentualen Lohnaufschlag der schwächere Mittelarbeiter 21,00 M. wöchentlich erhält.

Die Firma Hermann Jacob u. Braunsisch in Berlin, Alexanderstraße 27 a, erklärt uns gegenüber der in der Sonntagsnummer veröffentlichten Bekanntmachung des Bevollmächtigten der Berliner Filiale des Allgemeinen deutschen Tapezierverbandes:

Die von uns gezahlten Akkordlöhne sind nicht niedriger als die unserer Konkurrenz, was wir jederzeit unter Beweis zu stellen bereit sind. Die bei uns auf Lohn angestellten Tapezierer bezogen einen Minimallohn von 24 M. und die auf Akkord eingestellten verdienten nachweislich nach unseren Büchern in den Wochen, wo sie voll beschäftigt waren, von 20 M. an bis sogar zu 42 M. pro Woche. Es ist daher eine Schädigung unseres Renommee, wenn von Hungerlöhnen gesprochen wird. Lediglich in der letzten Woche sind die Gehältn nicht auf dieselbe Lohnhöhe gekommen, weil es jezt an Arbeit zeitweise mangelte und die Arbeit etliche Male, jedoch auf Stunden, aufgesetzt werden mußte; das wird in jedem Betriebe mal vorkommen. Wir beide Inhaber sind lange Jahre selbst Angestellte gewesen und würdigen sonst auf jede Weise die Interessen der Arbeiter.

Die Zahl der ungelerneten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins beträgt viele Zehntausende, aber nur etwa 800 sind, wie deren Vertrauensmann O. Schüler (Hochmeisterstr. 5) mittheilt, organisiert. Die Organisation für diese Arbeiter-Kategorie ist der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein. Um die Mitgliederzahl des Vereins zu vergrößern, werden jezt in allen Stadttheilen Berlins öffentliche Agitations-Versammlungen abgehalten werden. Da die Organisation der ungelerneten Arbeiter und Arbeiterinnen bekanntermaßen äußerst schwierig ist, ersuchen wir die Genossen, in ihren Kreisen fleißig mit dafür zu agitiren, daß die erwähnten Versammlungen von den ungelerneten Arbeitern und Arbeiterinnen zahlreich besucht werden.

Der Brauer Florian Tröger, Biondikirchstr. 23, ersucht uns um Abdruck folgender Erwidrerung:

Herr Direktor Arendt (Münchener Brauhaus, Berlin) bringt in Nr. 33 des „Vorwärts“ eine Erklärung, in der es über meine Person heißt:

Was den zweiten Punkt anbetrifft, so soll sich neulich der Brauer Tröger, der bei uns in Arbeit stand, erlaubt haben, in einer öffentlichen Versammlung zu sagen, die Arbeiter im Münchener Brauhaus wären Arbeiter zweiter Güte und es wäre vorzuziehen, lieber von milden Gaben zu leben, als dort zu arbeiten. Für seine schweren Beschuldigungen hat er bisher den Beweis nicht erbracht.

Hierauf habe ich zu erwidern: Als die Brauer, welche nach Aussage des Herrn Direktor Arendt bei dem gegen ihn ins Leben gerufenen „frivolsten Streik“ (gemeint ist damit der im November stattgefunden Streik) beteiligt waren, wieder in Arbeit traten, gab Herr Arendt ihnen folgende Erklärung: „Hiermit sage ich Ihnen, daß die Leute, welche mich in dieser schweren Zeit nicht verlassen haben (gemeint sind die Leute, welche nicht mit streikten) unter meinem persönlichen Schutz stehen; wer sie beleidigt, fliegt hinaus.“ Hiermit war der Willkür dieser Leute Thür und Thor geöffnet und die organisierten Brauer zu Arbeitern zweiter Klasse degradir.

Durch oben genannte Erklärung fühlten sich einige Vorderburschen und andere von den Leuten, die wegen ihres Verhaltens aus der Organisation ausgeschlossen wurden, veranlaßt, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die organisierten Brauer vorzugehen, um sie hinauszubringen.

Diesem Zustand gegenüber erklärte ich, und wohl mit Recht, in der Versammlung am Sonntag, den 2. Februar: „Wenn es so weiter ginge, sei das Sammeln von milden Gaben dem Arbeiter im Münchener Brauhaus vorzuziehen, da wir nach und nach doch alle auf die Straße fliegen würden, wenn von Seiten der Direktion keine Aenderung getroffen würde.“ Für obige Behauptungen verpflichte ich mich, jedem, der sich dafür interessiert, den Beweis zu erbringen; im übrigen kann ich mich auf eine weitere Erörterung in der Zeitung nicht mehr einlassen.“

Für den „Vorwärts“ ist diese Angelegenheit damit erledigt. Redaktion.

In Wittstock wurde kürzlich eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung abgehalten, wo Eckhardt aus Brandenburg über das Thema sprach: Warum organisiren wir uns? Zu der Versammlung hatten sich auch einige Tischler- und Klempner eingeschunden.

Die Zimmerer Zwickau's i. S. beschlossen am Sonntag in öffentlicher Versammlung, ebenfalls wie die Maurer, mit einer Minimal-Lohnforderung von 33 Pf. pro Stunde an die Meister heranzutreten. Wird diese Forderung nicht bewilligt, so wollen sie bei Beginn des Frühjahres in den Streik eintreten.

Die Metallarbeiter von Mühlhausen i. G. machten vor einigen Monaten bei der dortigen Kreisdirektion eine Eingabe um Genehmigung einer Verbandsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die Genehmigung wurde durch den Bezirks-

Präsidenten des Ober-Elsaß verweigert. Die Gesuchsteller wandten sich beschwerdeführend an das Ministerium für Elsaß-Lothringen und erhielten dieser Tage einen zusagehenden Bescheid. Das Statut des Verbandes ist ohne Einschränkung genehmigt. Andererseits sind die Legitilarbeiter immer noch als Einzelmitglieder ihrem allgemeinen Verbands angegeschlossen. Die Organisationen beider Branchen haben, infolge der Streibewegungen des verfloffenen Sommers, einen recht erfreulichen Aufschwung genommen.

Allgemeiner deutscher Gärtnerkongreß. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission schreibt: „Von Hannover aus wird eine kleine Broschüre, herausgegeben von den Gärtnervereinen in Hannover, Magdeburg und Göttingen, versandt, in welcher die gegenwärtigen Verhältnisse in der Gärtnerbewegung geschildert und zu geschlossenem Vorgehen auf gewerkschaftlichem Gebiete aufgefordert wird. Es wird für die Idee, einen allgemeinen Gärtnerkongreß einzuberufen, Propaganda gemacht. Auf diesem Kongreß sollen alle Richtungen in der Gärtnerbewegung sich vertreten lassen. Im wesentlichen wird es sich darum handeln, eine Einigung zwischen dem auf Hirsch-Bunder-schem Boden stehenden „Allgemeinen deutschen Gärtnerverein“ und dem auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden „Zentralverein deutscher Gärtner“ zu erzielen. Es ist nach den Vorgängen der letzten Jahre allerdings mehr als unwahrscheinlich, daß eine Einigung zu Stande kommt. Im Interesse der Gärtnerbewegung wäre dies zu wünschen. Bestimmte Vorschläge für Kongreßort und Zeit sind noch nicht gemacht worden.“

In Karlsruhe sind die Differenzen, die zwischen den Arbeitern und der Leitung der Steinbearbeitungsfabrik von Rupp. Müller bestanden, durch Schiedspruch des Einigungsamts beigelegt.

In Wien berieth am Sonnabend eine Versammlung von Schmiedemeistern über die von den Schmiedehilfen aufgestellten Forderungen einer zehnständigen Arbeitszeit und Lohnherhöhung. Die Meister erklärten die Forderungen für unerfüllbar und beschlossen die Sperrung der Werkstätten. Der Regierungsvertreter erklärte, der Beschluß werde behördlich unwirksam gemacht werden; die Vertrauensmänner der Meister beschloßen jedoch später, den Beschluß aufrecht zu erhalten und die Meister aufzufordern, ihre Werkstätten so lange geschlossen zu halten, bis die Gehältn ihren Widerstand aufgeben. Ueber hundert Meister sollen bereits dieser Aufforderung Folge geleistet haben.

Der Streik der Schuhmacher in Kopenhagen dauert unverändert fort. Alle Bemühungen der Fabrikanten, Streikbrecher zu bekommen, sind bis jezt an der Solidarität der Arbeiter gescheitert. Herr Schäfer hat extra auf Kosten des Fabrikantenvereins eine Kundreise durch Schweden gemacht, um Schuhmacher anzuwerben, was aber ebenso resultatlos war, als das Annonciren in den verschiedenen deutschen kapitalistischen Blättern. Aus ganz sicherer Quelle erfahren wir nun, daß derselbe Herr in den nächsten Tagen auch eine Reise durch Deutschland machen wird, um hier doch noch die nöthigen Kräfte anzuwerben. Wir richten daher die bringende Bitte an die deutschen Schuhmacher, ja vorzüglich zu sein und nicht zu vergessen, daß die Schuhmacher Kopenhagens den Kampf nur dann siegreich zu Ende führen können, wenn kein Zug auswärtsiger Arbeitskräfte eintritt. Die Haltung der Streikenden ist noch gerade so vorzüglich, wie in den ersten Tagen. Mißlingt den Unternehmern auch der erwähnte letzte Versuch, so wird der Kampf in kurzer Zeit zu gunsten der Arbeiter entschieden sein. Deutsche Kameraden! Laßt Euch ja nicht blenden durch die Veröffentlichung des hiesigen Lohnartikels; denn wenn Ihr hierher kommt, so bekommt Ihr ganz andere Löhne! Im Auftrage der Ausgesperrten: Peter Sottung.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Nachschrift. Soeben geht uns die Mittheilung zu, daß der Unternehmer Schäfer in Gesellschaft eines anderen Herrn bereits in Berlin eingetroffen ist, um Arbeitskräfte anzuwerben; angeblich hat er schon 20 Mann engagirt. Er soll beabsichtigen, nach Frankfurt a. M. zu fahren, um dort die Werbungen fortzusetzen.

Schweizerische Eisenbahnbeamten-Bewegung. Das Initiativkomitee der Beamten der schweizerischen Zentralbahn sagt in einem Zirkular vom 5. Februar, der neue Gehaltskatalog der Verwaltung sei im großen und ganzen annehmbar. Die Verlaufsleistung derselben biete jedoch keine Gewähr, daß die bisherige Willkürsystem nicht wieder Platz greife. Das Komitee habe daher einstimmig beschlossen, die Gehaltsordnung nur mit dem vom Komitee festgesetzten Zusätzen und Aenderungen anzunehmen.

In der Konferenz des Ausschusses des Initiativkomitees der Beamten und Angestellten der schweizerischen Zentralbahn mit den Delegirten des Direktoriums wurde kein einigstimmiger Ausgleich erzielt. Das Komitee wird seine Forderungen dem Direktorium nochmals schriftlich vorlegen mit dem Ersuchen, bis Ende der Woche zu antworten. Sollte die Antwort bis dahin nicht erfolgen oder negativ ausfallen, würde die Angelegenheit dem Zentralkomitee unterbreitet werden.

Die Direktion der St. Gotthardbahn veröffentlicht ein Antwortschreiben auf das Gesuch ihrer Angestellten um Lohnherhöhung. Dasselbe gemährt allmähliche Gehaltssteigerungen, verweigert aber Zulagen für den Nachtdienst. Im laufenden Jahre werden die Gehältn gemäß den Beschlüssen vom Herbst 1895 erhöht werden, jedoch nicht in dem vom Beamtenpersonal geforderten Maße.

Die schweizerischen Tabakarbeiter sind, wie uns von dort geschrieben wird, in eine Lohnbewegung eingetreten. In einer Eingabe an den Verein schweizerischer Zigarrenfabrikanten richtet der Vorstand des schweizerischen Tabakarbeiter-Verbandes das Gesuch um Erhöhung des Lohnes von 50 Cts. für deutsche und 30 Cts. für französische Façon. Die Tabakarbeiter in der Schweiz können eine kleine Lohnherhöhung recht nöthig brauchen, denn die Löhne gehören zu den niedrigsten aller schweizerischen Arbeiter, wie aus einer Lohnstatistik, die Herr Fabrikantenspektor Schüler in seinem Inspektionskreise aufgenommen, hervorgeht. Nach dieser Statistik stellt sich der Lohn für 208 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen wie folgt: Es verdienen pro Tag:

bis zu 1,—	Fr. 52 Arbeiter	= 25 pCt.
von 1,— bis 1,50	43	= 20,7 "
1,50 " 2,—	47	= 22,8 "
2,— " 2,50	30	= 14,4 "
2,50 " 3,—	14	= 6,7 "
3,— " 3,50	10	= 4,8 "
3,50 " 4,—	5	= 2,4 "
4,— " 4,50	4	= 1,9 "

Ungefähr $\frac{2}{3}$ von diesen 208 Arbeitern sind männliche, $\frac{1}{3}$ jugendliche. Mehr als 2 Fr. verdienen nur 81 pCt., ja in Graubünden ist der Tagelohn von 1,50 Fr. noch gar nie überschritten worden. Vergleicht man das Einkommen von 8 Winckler'scher Zigarrenfabrikanten von 100 000 Fr. jährlich mit diesen Löhnen, so muß man sagen, daß sie eine Steigerung der Löhne schon nach vertragen können, ohne verhungern zu müssen.

Die Gärtnermeister Basels haben alle von ihren Gehältn gestellten Forderungen abgelehnt und wollen auch von weiteren Unterhandlungen nichts wissen. Sofort mit Beginn der Saison wollen die Gärtnergehültn ihre Forderungen mittels Arbeits-einstellung durchsetzen.

Der Baseler Arbeiterbund hat seinen derzeitigen Ausschuh zur Bevollkommung ernannt, mit der Aufgabe, in der

Männer! **Frauen!**
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Donnerstag, den 13. Februar 1896, abends 8 1/2 Uhr,
 in Brochnow's Salon, Sebastianstraße 39:

Volkversammlung

Tages-Ordnung:
Die Ursachen der Arbeitslosigkeit.
 Referent: Reichstags-Abgeordneter Förster. 219/6
 Um zahlreichen Besuch, auch der Frauen, bittet **Der Einberufer.**

Achtung! Maurer. Achtung!
 Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr,
 im Louisestädtschen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:

Grosse allgemeine öffentliche Versammlung aller Maurer Berlins und Umgegend.

Tagesordnung: 1. Der Zimmererstreik. Referent: Zimmerer Obst.
 2. Diskussion. 3. Berichterstattung des bisherigen Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission, Kollegen Hempel. 4. Neuwahl eines Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission.
Fr. Kater. C. Panser.

Achtung! Achtung!
Große öffentliche Versammlung
 der an Holzbearbeitungsmaschinen und auf
 Holzplätzen beschäftigten Arbeiter
Mittwoch, 12. Februar, nachm. 3 Uhr,
 im Lokale des Herrn Joël, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung über die Lage des Streiks.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vertrauensmann.

Große öffentliche Versammlung aller in der

Hut- u. Filzwaren-Industrie
 beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins
Mittwoch, 12. Februar, abends 8 Uhr,
 im Saale der Brauerei Bötzw, Prenzlauer Thor.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl derselben. 2. Bericht der Lohnkommission und Neuwahl. 3. Jahresbericht vom Dispositionsfonds. 4. Stellungnahme zu den im "Vorwärts" erscheinenden Annoncen, den Hutverkauf durch sog. Fabrikkomptoirs betr. 5. Verschiedenes.
 Alle in der Hut- und Filzwaren-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden um ihr Erscheinen in dieser hochwichtigen Versammlung dringend gebeten.
 Ganz besonders aber sind alle in den Wollhutfabriken thätigen Zwischenmeister resp. Werkführer eingeladen.
Der Einberufer.

Vier grosse öffentl. Versammlungen sämtl. Schmiede und Berufsg.

1. Am Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Königshof“, Säulowstr. 37.
 2. Am Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Gröndel's Festsalon, Brunnenstr. 188.
 3. Am Freitag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Keller's Festsalon, Hopenstr. 29.
 4. Am Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Hoffmann, Alexanderstr. 27c.
- Tagesordnung in allen vier Versammlungen:
 1. Vortrag des Genossen **Paul Jahn.**
 2. Stellungnahme gegen den neuen Herbergswirth.
Die Agitations-Kommission.

Achtung! Zimmerer. Achtung!
 Donnerstag, den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Hrn. Boltz, Alte Jakobstr. 75 (oberer Saal):

Außerordentliche Versammlung des Verbandes Deutscher Zimmerleute (Zahlstelle Berlin).

Tages-Ordnung:
 1. Unsere Lohnbewegung im allgemeinen. 2. Wie gedenken wir unsere Unterstützung zu regeln.
 Alle umliegenden Zahlstellen sind hierzu eingeladen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Zimmerer Berlins und Umgegend!
 Freitag, den 14. Februar, abends 8 Uhr:

Große öffentl. Versammlung mit Frauen bei Buske (früher Seefeldt), Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Dr. Friedberg** über eine zu veranstaltende Statistik über die Lebenshaltung der Zimmerer. 2. Diskussion und Verteilung der Fragebücher.
Die Kommission.
 J. A.: **Gustav Dietrich, Zimmerer, Schöneberg, Bahnstr. 43.**

Achtung! Tapezirer! Achtung!
Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Boltz,
 Alte Jakobstr. 75:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Die Arbeitseinstellung sämtlicher 27 Kollegen der Firma Jakob u. Braunsfisch, Alexanderstr. 27a. 2. Diskussion.
Der Einberufer.

Die Geburt eines Sohnes zeigen statt besonderer Nachricht Freunden und Bekannten erfreut an
 26106
 Käthe Kollwitz, geb. Schmidt,
 Karl Kollwitz.

Dankagung.
 Für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau Emilie sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Zillmann, Tischler,
 26645 **nebst Kindern.**



Oeffentliche Radfahrer- Versammlung

am **Donnerstag, d. 13. Febr. 1896,**
 abends 8 1/2 Uhr,
 im **Restaurant von Wille,**
 Andreasstr. 26.

Tagesordnung:
 1. Bericht der Fünfer-Kommission, und welche weiteren Schritte sind zu thun gegenüber der Agitations-Kommission in Stuttgart. 2. Diskussion.
 Zur Deckung der Unkosten Zeller-Sammlung.
 2647b
Der Vertrauensmann.

Großer Inventur-Ausverkauf zu bedeutend herabgef. Preisen

Teppiche!
 Größe
 188x200 cm = 3,50, 5,-, 6,50
 bis 15 M.
 170x250 „ = 5,75, 11,50, 13,50
 bis 80 M.
 200x300 „ = 8,50, 13,-, 17,-
 bis 50 M.

Portièren
 in reiner Wolle, das Stück
 1,80 M.

Steppdecken
 in allen Farben, reine Wolle,
 160x200cm, das Stück 5,50 M.

Otto Büchler, Berlin O.
 Königstr. 26, Edelklosterl.
 Versand-Abtheilung D.

Rohtabake

ausgewogen, wie auch in Ballen, vorzüglich in Brand, deckfähig, hell- und mittelfarbig:
 Sumatra's „ v. 170-500
 Java's, Umblatt u. Einlage „ 80-140
 Domingo, do. „ 80-125
 Carmen, Umblatt u. Deckbl. „ 120-140
 Uckermark'ser Einlage und Umblatt „ 70-85
 Elsässer, Ia. Rabut „ 75-85
 Pfälzer u. Bülenthaler „ 75-95
 so auch Havanna-, Mexiko-, Soaleaf-, Cuba-Tabake offerirt
 2643b

Oscar Pietsch
 Berlin, Friedrichstr. 234.
 Proben nach auswärts geg. Nachnahme.

Arbeitsmarkt.

2 tüchtige Glaschleifer
 für Glasbuchstaben bei hohem Lohn sofort in dauernde Stellung gesucht. Offerten erb. unter Z. D. 207 an Rud. Mosse, Berlin SW.

1 Maler und Vergolder
 wird für eine Glasbuchstaben-Fabrik in dauernde Stellung bei hohem Lohn gesucht. Offerten unter Z. D. 207 an Rud. Mosse, Berlin SW.

Wäschebrande!

Wirklich tüchtige, geübte Zuschneider für Kragen, Manschetten etc. auf guten Wochenlohn suchen
Wolfradt u. Wolff, Stralauerstr. 56.
 Barockvergolder auf Reisen verl. Rottbuscher-Ufer 82. 2645b
 Farbigmacher verl. Wittschinerstr. 62, S. I.

Ein tüchtiger Schneider,
 der selbständig arbeiten, Zuschneiden, Maßnehmen u. Gutes leisten kann, wird nach außerhalb gesucht. Offerten mit Gehaltsanfrage unter **Schneider 1000** in der Exp. d. Zig. bis Freitag erbeten.

Tüchtiger Xylograph

für Wäsche, Handarbeiten u. Mode findet dauernde Stellung bei gutem Verdienst. Proben etc. einreichen.
 Verlagsbuchhandl. **J. H. Schwenke,**
 Berlin, Sieglitzerstr. 11. (M.)

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Achtung! Diejenigen Vertrauensmänner, welche ihre ausgefüllten Fragebogen noch nicht abgeliefert haben, werden dringend ersucht, dieselben zu der heute Abend stattfindenden Vertrauensmänner-Versammlung mitzubringen.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestraße 7/8.
Samstag, den 16. Februar 1896, nachmittags 2 1/2 Uhr:
 Zum ersten Male: 265/6

Wilhelm Tell.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
 Wilhelm Tell Mischla Preger a. G. | Attinghausen Charles Casmann.
 Stauffacher Wilhelm Ruff. | Krugart Hedwig Margot.
 Melchthal Julius Turt. | Gessler Rudolf Hod.

Kloster-Bockbier

in vorzüglich gerathener Qualität, aus den feinsten Rohmaterialien rein eingebraut, versendet von jetzt ab die

Actien-Brauerei-Gesellschaft Moabit.

Berlin NW., Stromstr. 11/16.
 Fernsprecher Amt Moabit No. 127. 4369L*

Empfehle Freunden und Bekannten mein
Weiß- und Gairisch-Bierlokal nebst großem Vereinszimmer.
Richard Halfter, Mühlentstr. 49a.

Hermann Schibolsky aus Bernau (Büffetier daselbst).

Ballschuhe,

Salon- und Promenadenschuhe in denbar elegantester und solbtester Ausführung, durchweg mit Lederfutter und Lederkappe, müssen in der kurzen Zeit bis zu dem Ende Februar stattfindenden Umzuge unbedingt geräumt werden.

Gemeiner Schuhe mit Seiden- Schleife, Holzabsatz, aufgeschritten M. 2,00	Dieselben mit Leder- absatz M. 3,50	Dieselben mit Leder- absatz M. 4,25	Weisse engl. Leder- schuhe, Schleife, Holzabsatz, ausge- schnitten M. 4,00
Salbiadschuhe mit Seidenschleife, Holz- absatz M. 3,50	Seidene Atlas- schuhe in rosa, weiß, hellblau mit Schleife M. 4,25	Fabrikant für Cigarren, Schuhwaaren, Herrengarderobe, Liköre	

Jacques Raphaëli

Berlin, Neue Promenade 8. Zweig-
 geschäft: Spandauer Brücke 2.

1000 (Modell) Damen!

Gelegenheitskauf Saison-Neuheiten, Frühjahr-Jadets 5-12,
 (mit Seide gefüttert 12-18 M.)
 Hochelegante Röder, Regenmäntel mit abnehm. Cape 8-20,00, Kragen, Capes
 in Wolle, Seide, Sammet 2,50-20,00, elegante Kindermäntel 8-10,00. P*
Gelegenheitskauf im Engros-
 Geschäft: Landsbergerstr. 59. 1 Tr. am
 Alex.-Platz

Rum

anerkannt gut, Literfl. à 1,10, 1,60, 2,10 M., bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger.
Gibwe-Extrakt, ausgezeichnet, Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, Liter 1,20 M.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M. [4184L*]
Cognac fine Champagne * à Fl. 3,50, ** à Fl. 4,50, *** à Fl. 5,50 M.
 empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co.

6a Belle-Alliance-Platz 6a 81 Neue Friedrichstr. 81.
 8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Hackescher J. Brünn Am Markt 4, Stadtbahnhof Ecke Neue Promenade „Börse“

Inventur - Ausverkauf!

**Teppiche! Gardinen! Portièren!
 Steppdecken! Leinentwaaren!
 Fertige Wäsche!**
 zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Verehrte Hausfrau!

Haben Sie schon einen Versuch mit dem
Dr. Thompson's Seifenpulver
 (Schuhmarke „Schwan“) gemacht?
 Wenn nicht, dann säumen Sie nicht länger damit! Es giebt
 kein probateres Mittel, um schnell und ohne viele Mühe, ohne
 Schaden für den Stoff, hübsche weiße Wäsche zu erhalten.
 In haben in den meisten Drogen-, Seifen- und Colonial-
 waarenhandlungen. M*